

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

106.

SITZUNG

22-3-1967

Presidente: PUPP

Vicepresidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 82 :

« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1967 »

pag. 5

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 82 :

**« Haushaltseinnahmen- und ausgaben-
voranschlag der Region Trentino-Tiroler
Etschland für das Rechnungsjahr 1967 »**

Seite 5

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.18.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): *(fa l'appello nominale)*.

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 21.3.1967.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): *(legge il processo verbale)*.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sul processo verbale? Nessuno, il processo verbale è approvato.

Rendo noto l'orario per la prossima settimana:

28-29-30 seduta mattina, pomeriggio e notte. 31 seduta mattina e pomeriggio.

AGOSTINI (P.L.I.): No, se la faccia lei la seduta notturna!

PRESIDENTE: Se lei vuol stare a casa, stia a casa.

AGOSTINI (P.L.I.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: Senta, cons. Agostini, se vuol parlare chieda la parola.

AGOSTINI (P.L.I.): Chi l'ha deciso questo orario?

PRESIDENTE: La Presidenza, è suo diritto.

AGOSTINI (P.L.I.): Va bene, comunque ne riparleremo. Neanche la Presidenza ha diritto di sottoporre il Consiglio ad un *tour-de-force*.

PRESIDENTE: Lei non ha la parola, basta!

AGOSTINI (P.L.I.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Posch.

POSCH (S.V.P.): Wir haben also Sitzung in den Tagen 28., 29. und 30. mit Nachtsitzungen. Versteht sich das so, daß an diesen drei Tagen je drei Sitzungen sind?

Le sedute si terranno dunque il 28-29-30 con inoltre sedute notturne. Ciò dovrebbe forse sottintendere che questi tre giorni compoteranno tre sedute giornaliere?

PRESIDENTE: Perché i signori capigruppo hanno preso l'impegno di finire il bilancio entro il 31 di questo mese. Io non posso prendere questa responsabilità; dobbiamo fare sedute notturne.

AGOSTINI (P.L.I.): Domando la parola.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Brugger.

AGOSTINI (P.L.I.): Ho chiesto la parola!

PRESIDENTE: Prima era Brugger!

AGOSTINI (P.L.I.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: Ma è possibile un atteggiamento simile, cons. Agostini? La richiamo.

AGOSTINI (P.L.I.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: La mando fuori dall'aula se parla ancora una volta

AGOSTINI (P.L.I.): Me ne vado io, Presidente.

(Il cons. Agostini abbandona l'aula).

PRESIDENTE: Bene. La parola al dott. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich wollte Sie nur bitten, Herr Präsident, ob es nicht möglich wäre, eine Änderung für die Sitzung vom 28. März zu erreichen. Es hat geheißen: vormittags, nachmittags und eventuell auch nachts ist Sitzung. Könnte man da nicht etwas später mit den Sitzungen beginnen, eventuell erst am Nachmittag, damit nach Ostern auch wieder eine Ausschusssitzung stattfinden könnte. Ich nehme an, daß auch die Provinz Trient ähnliche Erfordernisse hat und daher ebenfalls daran interessiert sein könnte die Sitzung eventuell vormittags später oder erst am Nachmittag zu beginnen, um sie dann in der Nacht fortzusetzen. Wir werden in diesen drei Tagen mit den Arbeiten sicherlich fertig werden. Ansonsten müßte man höchstens den 31. noch dazunehmen.

(Vorrei soltanto pregarla, signor Presidente, se sia possibile apportare un cambiamento alla seduta per il 28 la quale, si è detto, comporterebbe seduta antimeridiana, pomeridiana ed anche notturna. Forse si potrebbe iniziare un poco più tardi, eventualmente il pomeriggio, in modo da poter procedere ad una seduta di Giunta, anche dopo Pasqua. Ritengo che pure la Provincia di Trento abbia analoghe esigenze, per cui si potrebbe parimenti avere interesse a che la seduta inizi nella tarda mattinata o addirittura nel pomeriggio per poi proseguire alla notte. In questi tre giorni riusciremo

senz'altro a portare a termine i lavori, caso contrario si dovrebbe prolungare il termine al massimo sino al 31.

PRESIDENTE: Dobbiamo fare questi lavori, è inutile. Dobbiamo fare seduta il 28-29-30. Facciamo il 28 seduta notturna, poi magari, se non occorre più, possiamo lasciare il 29 e il 30, ma dobbiamo prevedere queste sedute, altrimenti io non ho la garanzia di finire. Intanto facciamo il 28-29 e 30 seduta notturna, il 31 seduta mattina e pomeriggio.

Riprendiamo l'esame del *disegno di legge n. 82. « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1967 ».*

Iniziamo con l'assessorato alla cooperazione.

La parola al senatore Raffener.

RAFFENER (Assessore cooperazione - T.H.P.): Meine Herren Kollegen! Ich glaube, daß ich Ihnen nichts Neues sage, wenn ich mit der Bemerkung beginne, daß die Ausübung der meisten Befugnisse und Obliegenheiten auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens durch das Regionalgesetz Nr. 8 vom Jahre 1964 auf die Provinzen übertragen worden ist. Nur ein ganz geringer Teil dieser Obliegenheiten und Befugnisse ist der Region verblieben. Ein anschauliches Bild darüber gebe ich Ihnen, wenn ich Ihnen die Beträge nenne, die der Region verbleiben und jener die von der Region den Provinzen abgetreten werden, damit die Provinzen den ihnen übertragenen Aufgaben gerecht werden können. Im Haushalt ist für das Genossenschaftswesen ein Betrag von insgesamt 71.500.000 Lire vorgesehen. Von diesen 71.500.000 Lire verblei-

ben der Region, damit sie ihren Aufgaben gerecht wird, 1.500.000 Lire, während die restlichen 70 Millionen, also das Gros, den Provinzen übertragen wird. Die wenigen Obliegenheiten, die der Region verblieben sind, sind die außerordentlichen Revisionen der Genossenschaften, wenn solche beantragt werden und die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Und eben zur Bestreitung der Kosten dieser außerordentlichen Revisionen ist der Region dieser Betrag von 1.500.000 Lire verblieben. Die weiteren Aufgaben, welche die Region auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens behalten hat, sind: die Ernennung der Provinzialkommissionen, denen die Aufgabe obliegt, die Genossenschaften zu registrieren oder, im Falle der Auflösung dieselben zu löschen und die auch die Revision bei jenen Genossenschaften über haben, die nicht einem dazu befugten Verband angeschlossen sind; dann die Ernennung der Regionalkommission. Weitere Aufgaben sind die für außerordentliche Revisionen zuständigen Personen zur Verantwortung zu ziehen, d.h. in der Hauptsache von ihnen den Rückersatz der Beträge zu verlangen, welche die Region für die außerordentlichen Revisionen auslegen mußte, dann die Auszahlung der Entschädigungen, die die Präsidenten der Provinzialkommissionen, der Präsident der Regionalkommission und die Mitglieder dieser Kommissionen als « gettoni di presenza », zu bekommen haben. Sie sehen, es sind sehr geringe Aufgaben, die der Region verblieben sind, während alle anderen Hauptaufgaben den Provinzen übertragen worden sind. Ich will damit nicht sagen, daß die Provinzen diesen Aufgaben nicht gerecht geworden seien. Die Berichte, die bei der Region einlangen, weisen darauf hin, daß auch die Provinzen auf diesem Gebiet ihren Aufgaben voll gerecht werden. Ich will das nur sagen, damit man sieht, daß die Region als solche auf

dem Gebiet des Genossenschaftswesens ein sehr beschränktes Arbeitsfeld hat.

Anders ist es auf dem Gebiet des Grundbuchwesens. Im Grundbuchwesen sind den Provinzen keine Befugnisse oder Obliegenheiten übertragen worden und dies wäre auch praktisch nicht gut möglich, denn es ist einleuchtend und klar, daß das Grundbuch für alle gemeinsam bleiben muß. Ja wahrscheinlich werden wir uns auch noch mit der Region Triest und Friaul in Verbindung setzen müssen damit auch dort die Sachen einheitlich wie bei uns geregelt werden, weil ja letzten Endes dieselben Gesetze dort wie hier gelten und es nur logisch ist, daß die Sache einheitlich sowohl bei uns wie auch dort geregelt wird. Eine Delegation der Funktionen auf dem Gebiet des Grundbuchwesens wäre also nach meiner Ansicht nicht begründet.

Was ist im vergangenen Jahr auf dem Gebiet des Grundbuchwesens geschehen? Im vergangenen Jahr sind zwei neue Grundbuchämter eingerichtet worden: das eine in Primiero in einem Neubau, der Eigentum der Region ist, während das zweite in Cavalese in einem gemieteten Lokal, das also nicht Eigentum der Region ist, eingerichtet worden ist. Für dieses Jahr 1967 ist vorgesehen, auch die Grundbuchämter vor allem in Schlanders, dann in Sterzing und in Trient selbst, herzurichten. Über den Zustand der Lokale, in welchen die Grundbuchämter in Schlanders und Sterzing untergebracht sind, haben wir schon in den vergangenen Jahren dauernd Klagen gehört. Nun, es werden dort eigene, der Region gehörende Gebäude errichtet, die noch im Laufe dieses Jahres 1967 fertig werden sollen, so daß noch im Laufe dieses Jahres 1967 die Grundbuchämter dort einziehen können. Das gilt für Schlanders und Sterzing. Auch in Trient muß das Grundbuchamt neue Amtsräume be-

ziehen, weil jene, in denen das Grundbuchamt in Trient heute untergebracht ist, nämlich im Justizpalast, absolut unzulänglich sind und die umfangreichen Grundbuchbände, Urkundensammlungen usw. nicht mehr fassen können. Heute schon weiß man nicht mehr wo alle Sachen unterbringen. Zu diesem Zweck sind Räume in einem Neubau gemietet worden, welcher der Landesbrandschadensanstalt gehört und sich in der Nähe des heutigen Regionalpalastes in Trient befindet. (Es ist dasselbe Gebäude, in dem vor einem halben Jahr ein Terroranschlag verübt worden ist). Dort, im ersten Stock, befinden sich wirklich geeignete Räume, in welche das Grundbuch von Trient in diesem Jahr noch übersiedeln wird.

Zu den Aufgaben, die wir uns auf dem Gebiet des Grundbuchwesens für das Jahr 1967 vorgenommen haben, gehört unter anderem die Fortsetzung der Anlegung der Karteien, so wie wir das mittels Gesetz beschlossen haben. Wir haben damals in jenes Gesetz — Sie werden sich alle noch erinnern — auch die Bestimmung aufgenommen, daß diese Karteien genau nach einem Reglement geführt werden sollen. Diese Durchführungsverordnung ist durch ein Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses erlassen worden und man ist heute dabei, die Karteien anzulegen. Dies geschieht hauptsächlich in folgenden Grundbuchämtern: in Rovereto, in Meran und in Bozen. In Bozen zunächst in den beiden umfangreichsten Katastralgemeinden Gries und Zwölfmalgreien. Die Arbeit geht langsam vor sich und es ist sehr kostspielig, aber sowohl die Rechtsanwälte wie die Notare, die Geometer und alle, die mit dem Grundbuch zu tun haben, haben sich bisher anerkennend über die Einführung der Karteien ausgesprochen. Wir werden auch in diesem Jahr mit der Anlegung der Karteien fortfahren, obwohl nicht daran

zu denken ist, daß wir in diesem Jahr oder auch nur in ein, zwei Jahren mit der Anlegung derselben fertig werden. Für kleinere Orte ist das auch nicht so dringend notwendig. Bei Kleinen Grundbüchern, wie wir solche beispielsweise in der Provinz Bozen in Sterzing oder in Welsberg haben oder in Brixen, genügt auch noch das Eigentümerregister. Es dient seinem Zweck, denn es ist klein und weist nicht so viele Veränderung auf, wie dies beispielsweise in einem großen Grundbuchamt wie Meran oder Bozen oder Trient oder Rovereto vorkommt. In großen Städten wird die Anlegung der Kartei sogar als ein dringendes Bedürfnis empfunden.

Weiteres haben wir vor, das Inspektorat für das Grundbuchwesen in einigen Durchführungsverordnungen abzuändern, eben durch Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses: Es sind altösterreichische Durchführungsverordnungen, die teilweise geändert werden müssen, weil sie nicht ganz oder nicht mehr den Erfordernissen von heute entsprechen. Ich möchte als Beispiel nur die altösterreichische Vorschrift erwähnen, nach welcher die Buchbinder von Rechts wegen mit der ganzen Apparatur ins Grundbuch kommen müßten, um dort die Bände einzubinden, weil es verboten ist, die Dokumente auswärts unterzubringen. Heutzutage ist das für gewisse Grundbuchämter ganz und gar undenkbar, weil man ja auch nicht einmal die Buchbinder finden würde, die sich mit der ganzen Apparatur ins Grundbuch begeben würden und weil die Grundbücher vielfach auch nicht die Räume haben, um dort eine Werkstatt einzurichten. Und so gibt es verschiedene Vorschriften, die einer kleinen Abänderung bedürfen, um der heutigen Zeit angepaßt zu werden.

Wichtig ist auch die Arbeit, die die im vergangenen Jahr eingesetzte Studienkommission für Grundbuchprobleme leistet. Im ver-

gangenen Jahr ist eine eigene Kommission eingesetzt worden, mit Sitz in Trient, mit der Aufgabe, Probleme des Grundbuchs zu studieren und Änderungen zu beantragen, die sich als notwendig erwiesen haben. Diese Grundbuchstudienkommission besteht aus zwei Herren des Appellationsgerichtshofs in Trient, aus Notaren, aus Rechtsanwälten, die von den Advokatenkammern in Bozen, Trient und Rovereto vorgeschlagen worden sind, aus den Grundbuchinspektoren und kurzum aus Personen, die über eine besondere Kompetenz in Grundbuchfragen verfügen. Die Probleme, mit welchen sich diese Kommission abgibt, können jedoch nicht durch Regionalgesetze gelöst werden, da es sich meistens, ja fast durchaus um Probleme handelt, die nur durch staatliche Gesetzgebung gelöst werden können, die aber bis heute ungelöst geblieben sind, weil in Rom die Initiative, möchte ich sagen, diese staatlichen Gesetze zu erlassen, fehlt. Diese Gesetze sind aber notwendig, um das Grundbuch wieder ä jour zu bringen. Es bestehen verschiedene Probleme und ich möchte nur eines als Beispiel zitieren: Der neue Text des Grundbuchgesetzes ist im Jahre 1929 anlässlich der Ausdehnung der italienischen Zivilgesetzgebung auf die neuen Provinzen veröffentlicht und bei uns eingeführt worden. Dieser neue Text des Grundbuchgesetzes (nuovo testo della legge sul libro fondiario) ist dem Bürgerlichen Gesetzbuch des Jahres 1865 angepaßt, das 1929 in Geltung war und auch damals eingeführt worden ist. Nun im Jahre 1942 hat Italien eine neue Zivilgesetzgebung eingeführt, während das Grundbuchgesetz so geblieben ist, wie es im Jahre 1929 war. Dies wäre eines der Probleme und es gibt deren noch verschiedene andere. Ich habe die Hoffnung, daß es dieser Kommission gelingen wird, vielleicht noch vor dem Sommer, aber jeden-

falls im Laufe dieses Jahres, konkrete paragrafierte Vorschläge dem Justizministerium in Rom vorzulegen, damit Rom gewissermaßen selbst die Initiative ergreift. Wir versprechen uns nämlich von einer sogenannten legge-voto nach den bisherigen Erfahrungen, die wir mit den leggi-voto ja alle gemacht haben, keinen besonderen Erfolg. Wir glauben vielmehr, daß die Sache erfolgreicher sein wird, wenn wir selbst konkrete paragrafierte Vorschläge machen, diese dem Justizministerium vorlegen. Sozusagen eine kleine Delegation hinunterschicken, die dann dem gesetzgeberischen Amt (Ufficio legislativo) des Justizministeriums beibringen soll, daß diese Abänderungen, die wir beantragen, dringend notwendig sind, mit dem Ziel, daß dann das Ministerium selbst gewissermaßen aus eigener Initiative die entsprechenden Gesetzesanträge im Parlament einbringt. Das ist wenigstens der Plan, den wir haben, wobei wir uns noch mit der Frage abgeben, ob wir uns nicht vorher auch noch mit den Triestineren über diese Abänderungsanträge einigen sollen. Wir fürchten nur, daß durch die Verhandlungen mit den Vertretern der autonomen Region Triest-Friaul erst wieder viel Zeit verlorenggeht, denn wir haben bei den Sitzungen dieser Kommission ja selbst gesehen wieviel Zeit verlorenggeht, bis man sich über die einzelnen Abänderungsbestimmungen einig ist. Es ist also nicht ganz sicher, daß wir uns vorher mit Vertretern der genannten autonomen Region in Verbindung setzen werden, obwohl von verschiedenen Mitgliedern dieser Studienkommission das gewünscht wird.

Wir haben in diesem Jahr keine Kurse für Grundbuchführer vorgesehen; das Kapitel ist nur « pro memoria » eingetragen. Im vergangenen Jahr hat ein solcher Kurs stattgefunden und daraufhin sind auch Leute aus diesem Kurs in den Ämtern aufgenommen worden.

Ich habe es nur bedauert, daß nicht mehr Leute sich zunächst einmal zum Kurs und dann zum Wettbewerb gemeldet haben. Denn zum Wettbewerb für die Besetzung der Stellen haben sich nicht mehr gemeldet als Stellen zu besetzen waren. Es hat jeder also von vorneherein mit Sicherheit rechnen können, den einen oder anderen Posten zu bekommen, denn 4 Posten waren ausgeschrieben und 4 Wettbewerber haben sich gemeldet. Ich wünschte, es hätten sich mehr daran beteiligt.

Bei diesem Kurs und auch nachträglich hat sich ein Problem herausgestellt, das zwar nicht heuer, wohl aber nach meiner Ansicht in nächster Zeit, vielleicht schon im nächsten Jahr oder in Zukunft gelöst werden muß: nämlich die Kenntnis der deutschen Schrift. In der Provinz Bozen sind die Grundbücher bis vor kurzer Zeit mit gotischer Schrift geschrieben worden, die wir in der Volksschule gelernt haben. Die meisten Urkunden sind so geschrieben, seien es die Urkunden im Verfachbuch im Archiv, als auch die Eintragungen im Grundbuch. Ja mir selbst ist es passiert, daß ich bei meiner ersten Grundbuchinspektion in einem der Grundbücher in unserer Provinz Bozen feststellen mußte, daß noch heute der Grundbuchführer die Eintragungen in gotischer Schrift gemacht hat. Ich habe dies natürlich eingestellt und gesagt, daß wir uns an die lateinische Schrift gewöhnen müssen. Aber die Tatsache ist die, daß heute viele der jungen Leute diese Urkunden nicht mehr lesen können und nicht mehr imstande sind, Abschriften davon zu machen. Wenn jemand eine Abschrift bestellt, das Dokument aber in der alten Schrift geschrieben ist, dann kann es vorkommen, daß der Grundbuchführer oder der Archivist nicht mehr imstande ist, die gewünschte Abschrift vorzunehmen. Dann wird eben eine Fotokopie gemacht. Ich

bin der Ansicht, daß wenigstens in der Provinz Bozen die Grundbuchführer und die Archivisten diese Schrift lesen können müssen. Ich halte das für eine Notwendigkeit, denn es ist ja Aufgabe der Grundbuchführer, die alten Eintragungen zu kontrollieren und zu verstehen. Das ist ein Problem, das sicher in den nächsten Jahren gelöst werden muß. Ich glaube, ich habe Ihnen damit das Wichtigste gesagt und schließe daher meine Ausführungen.

(Signori colleghi! Credo di non dirvi alcunché di nuovo se prendo il via con l'osservazione che in campo cooperativistico l'esercizio di maggior parte delle attribuzioni e dei compiti è stato, mediante la legge regionale n. 8 del 1964, trasferito alle Province cosicché alla Regione ne è rimasta solo una minima parte. Posso farvi il punto sulla situazione citandovi gli importi che permangono alla Regione e quelli che dalla Regione vengono ceduti alle Province, onde queste possano assolvere agli impegni loro trasmessi. Nel bilancio è previsto per la cooperazione un importo complessivo di 71.500.000 lire. Di questa cifra resta alla Regione, per le esigenze connesse ai suoi impegni, 1.500.000, mentre i restanti 70 milioni, dunque il grosso dell'importo, passa alle Province. Quei minimi compiti rimasti alla Regione comportano, fra l'altro, la revisione straordinaria delle cooperative, qualora tali revisioni venissero reclamate a qualora sussistessero le relative premesse. L'importo di 1.500.000 lire dovrà appunto servire alla Regione per sostenere le spese destinate alle citate revisioni straordinarie. Gli ulteriori compiti della Regione, nell'ambito della cooperazione sono: la nomina di commissioni provinciali preposte alla registrazione delle cooperative oppure, in caso di scioglimento, alla cancellazione

delle stesse e preposte inoltre anche alla revisione di quelle cooperative che non fossero consociate ad una Federazione all'uopo autorizzata; quindi la nomina della Commissione Regionale. Un altro fra i compiti della Regione è quello di domandar conto a coloro cui competono le revisioni straordinarie, vale a dire ad esigere essenzialmente da dette persone il rimborso degli importi che la Regione avesse dovuto sborsare per le citate revisioni, indi la liquidazione delle indennità che sotto la voce « gettoni di presenza » spettano ai presidenti delle commissioni provinciali, al presidente della Commissione Regionale ed ai membri delle commissioni stesse. Come si vede i compiti riservati alla Regione sono piuttosto insignificanti rispetto a quelli di sostanziale importanza trasferiti alle Province. Con ciò non intendo dire che le Province non ne siano all'altezza, tanto più che le relazioni che in merito giungono alla Regione, dimostrano come, in questo campo, l'operato delle Province sia soddisfacente. Io ho voluto rilevarlo semplicemente per dimostrare che nel settore della cooperazione il campo operativo della Regione è assai limitato.

Nell'ambito dei libri fondiari invece la cosa è diversa. Non ci sono stati in questo settore trasferimenti di competenze alle Province, il che in effetti non sarebbe neppur facile da attuarsi poiché è chiaro ed evidente che il libro fondiario deve restare di comune diritto per tutti. Può pure darsi che noi ci si debba ancora mettere in contatto con il Friuli Venezia-Giulia onde anche là le cose vengano uniformate come qui da noi poiché, considerando che in quella Regione vigono le nostre leggi, è logico che le faccende si uniformino alle nostre. Però una delega delle funzioni nell'ambito del libro fondiario sarebbe, a mio avviso, ingiustificata.

Vediamo dunque cosa è successo l'anno

scorso nel campo del libro fondiario. Sono stati approntati due nuovi uffici tavolari e precisamente uno a Primiero in una costruzione nuova di proprietà della Regione, e l'altro a Cavalese in un locale d'affitto e quindi non di proprietà della Regione. Per il corrente 1967 è prevista la risistemazione degli uffici tavolari, innanzi tutto a Silandro, poi a Vipiteno e nella stessa Trento. Sullo stato dei locali in cui attualmente sono insediati gli uffici di Silandro e Vipiteno ci sono pervenute già in passato ripetute lamentele. Ora si stanno costruendo in quelle località nuovi edifici di proprietà della Regione, edifici che dovrebbero essere pronti entro il 1967 cosicché i citati uffici vi si potranno trasferire ancora entro l'anno. Questo relativamente a Silandro e Vipiteno. Anche a Trento l'ufficio tavolare necessita di nuovi locali poiché quelli in cui attualmente è insediato, e precisamente nel Palazzo di Giustizia, sono assolutamente insufficienti a contenere le voluminose mappe catastali, i casellari etc. Dato che non si sa già più dove piazzare tutta quella roba, sono stati presi in affitto allo scopo dei locali in una nuova costruzione di proprietà dell'Istituto Provinciale di Assicurazione Antincendi sito in prossimità dell'attuale Palazzo della Regione di Trento (lo stesso cioè nel quale venne perpetrato sei mesi fa un attentato dinamitardo). In quell'edificio in cui si trasferirà entro l'anno l'ufficio tavolare di Trento, vi sono al primo piano locali veramente adatti allo scopo.

Nei compiti che in ambito catastale ci siamo prefissi per il 1967, rientra fra l'altro la prosecuzione dell'impianto di schedari, e ciò a norma di legge da noi emanata in tal senso. In quella legge — come tutti ricorderete — venne a suo tempo anche stabilito che questo schedario sia condotto secondo un preciso ordinamento. Tale norma di attuazione è stata

fissata mediante un decreto emanato dal Presidente della Giunta Regionale ed attualmente si sta dando corso agli impianti in parola, principalmente negli uffici tavolari di Rovereto, Merano e Bolzano. A Bolzano per intanto si stanno istituendo tali schedari per i Comuni catastali di maggiore entità e cioè Gries e Dodiciville. Il lavoro procede a rilento ed è assai dispendioso, comunque, sia gli avvocati come pure i notai, i geometri e tutti coloro che hanno a che fare con il libro fondiario, si sono finora espressi favorevolmente sull'introduzione di tali schedari. E noi continueremo su questa strada sebbene non sia pensabile che si possano portare a termine questi impianti entro l'anno o comunque in un anno o due. Del resto per le località minori ciò non è poi così urgente; infatti nei piccoli uffici tavolari, quali nella nostra Provincia possono essere Vipiteno o Monguelfo, oppure a Bressanone è tuttora sufficiente il registro dei proprietari. Esso è piccolo ma serve quanto basta poiché non presenta tanti cambiamenti, come si verifica invece nei grossi uffici quali quello di Bolzano, Merano o Trento, oppure Rovereto. Nelle grandi città l'impianto dello schedario è considerato addirittura un'urgente necessità.

Inoltre sempre in base al decreto del Presidente della Giunta Regionale, abbiamo l'intenzione di apportare alcune modifiche alle norme di attuazione in uso presso l'Ispettorato del libro fondiario. Si tratta infatti di vecchie norme austriache che vanno in parte modificate in quanto non corrispondono più, o almeno non interamente, alle odierne esigenze. Basta citare ad esempio quella vecchia norma di legge austriaca secondo la quale i legatori di libri dovevano portarsi al catasto con tutta la loro attrezzatura per rilegare sul posto i volumi dato che era proibito far uscire i documenti dalla sede. Oggigiorno, per determinati uf-

fici tavolari, una cosa del genere è del tutto impensabile, in quanto non si troverebbero neppure rilegatori disposti a spostarsi con tutta la loro attrezzatura, ed anche perché gli uffici in parola mancano di locali ove poter installare un laboratorio. E vi sono altre norme del genere che necessitano di una piccola modifica per adeguarsi alle esigenze del tempo.

Importante è pure l'opera che svolge la Commissione di studio. Tale Commissione, con sede in Trento, venne infatti nominata l'anno scorso con il compito specifico di studiare i problemi del libro fondiario e di proporre quelle modifiche che appaiono necessarie. Essa è costituita da due membri della Corte di Appello di Trento, da notai, da legali proposti dal Collegio degli Avvocati di Bolzano Trento e Rovereto, dagli ispettori del libro fondiario, insomma da persone che dispongono di particolare competenza in materia. Gran parte o pressoché quasi tutti i problemi preposti a questa commissione sono tuttavia rimasti a tutt'oggi insoluti, in quanto non ci si può avvalere per la soluzione, delle leggi regionali ma solo di quelle statali, ed a Roma manca, vorrei dire, l'iniziativa per procedere all'emanazione di queste leggi che peraltro sarebbero assai necessarie per aggiornare il libro fondiario. Vi sono svariati problemi fra i quali ne vorrei citare quale esempio solo uno: il nuovo testo della legge sul libro fondiario venne pubblicato e reso vigente qui da noi nel 1929, cioè allorquando la legislazione civile italiana fu estesa alle nuove Province. Il testo è conforme al codice civile del 1865 il quale, vigente nel 1929, venne allora appunto introdotto qui. Nel 1942 l'Italia ha però emanato un nuovo codice civile, mentre la legge sul libro fondiario è rimasta quale era nel 1929. Questo sarebbe uno dei problemi, ma ne sussistono ancora diversi. Io spero che la Commissione di

studio possa riuscire, forse ancor prima dell'estate, comunque entro il corrente anno, a sottoporre al Ministero di Giustizia in Roma concrete e paragrafate proposte, affinché Roma prenda, per così dire, essa stessa le iniziative del caso. Da una cosiddetta legge voto, considerando le esperienze fatte da noi tutti con tali leggi, non ci aspettiamo alcun particolare successo. Crediamo molto più di poter conseguire un migliore esito sottoponendo noi stessi al Ministero di Giustizia concrete e paragrafate proposte. Si vorrebbe mandare a Roma, per così dire, una piccola delegazione, con lo incarico di informare l'ufficio legislativo del Ministero di Giustizia sull'urgente necessità delle modifiche da noi richieste, onde il Ministero stesso sottoponga, — in certo qual modo di propria iniziativa — adeguate proposte di legge al Parlamento. Questo, perlomeno, sarebbe il nostro piano, ma nel contempo ci vien fatto ancora di chiederci se in merito a queste modifiche non dovremmo tuttavia accordarci a priori anche con i triestini. Noi si teme solo che le trattative con i rappresentanti della Regione Autonoma Friuli Venezia-Giulia possano comportare un'altra grossa perdita di tempo, nel senso che abbiamo potuto personalmente constatare, durante le sedute della Commissione di studio, quanto tempo vada sprecato prima di raggiungere l'accordo sulle singole disposizioni di modifica. Non si sa ancora quindi se ci metteremo, o meno, in contatto con le citate Regioni, sebbene ciò rispecchi il desiderio di diversi membri della Commissione in parola.

Non sono stati previsti per quest'anno corsi per conservatori; il capitolo è registrato solo « pro memoria ». L'anno passato si è tenuto un corso del genere, in seguito al quale negli uffici è stata assunta gente che vi aveva partecipato. A me è solo rincresciuto che trop-

po pochi si siano iscritti, al corso prima e quindi al concorso, poiché infatti il numero dei concorrenti non superava quello dei posti disponibili. Ognuno di essi ha potuto dunque fare sicuro assegnamento su di un impiego dato che quattro erano i posti e quattro gli aspiranti. Avrei proprio voluto che i concorrenti fossero stati di più.

Con questo corso è poi insorto un problema che, se non propriamente quest'anno, ma comunque col tempo o forse già l'anno prossimo, dovrà essere risolto e cioè la conoscenza del carattere gotico. In Provincia di Bolzano i registri del libro fondiario sono stati scritti fino a poco tempo fa in gotico, vale a dire la scrittura che abbiamo imparato alle elementari. La maggior parte dei documenti sono redatti così, sia i documenti riportati nel registro dell'archivio, sia le iscrizioni sul libro fondiario stesso. Durante la mia prima ispezione al libro fondiario mi è infatti capitato di dover personalmente constatare, in uno degli uffici tavolari della nostra Provincia, che per le registrazioni si usa ancora il carattere gotico. Naturalmente ho impartito le adeguate disposizioni, dicendo che ci si deve abituare alla scrittura latina. Comunque la realtà è che oggi come oggi molti giovani non sapendo decifrare quei documenti non sono neppure in condizione di rilasciarne eventuali copie. Infatti, qualora venga da qualcuno richiesta copia di un documento scritto in carattere gotico, può capitare che né il conservatore, né l'archivista siano in grado di aderire alla richiesta, per cui si ricorre poi alla fotocopia. Sono dell'avviso che almeno in Provincia di Bolzano i conservatori e gli archivisti debbano saper leggere quei caratteri. Ritengo questo di assoluta necessità per il libro fondiario in quanto è compito proprio del conservatore controllare e comprendere le registrazioni di vecchia data. È

un problema questo, ripeto, che dovrà nei prossimi anni venire sicuramente risolto. Credo con ciò di aver esposto le cose essenziali e pertanto chiudo.)

PRESIDENTE: Cap. 451.

Cap. 451

Contributi e sussidi per la revisione ordinaria e per l'assistenza tecnica, legale e amministrativa delle cooperative, nonché per l'azione di sviluppo e di riorganizzazione delle stesse svolta dalle associazioni riconosciute (art. 28, 1. comma della legge regionale 29 gennaio 1954, n. 7 e articoli 4 e 8 della legge regionale 14 febbraio 1964, n. 8) L. 35.000.000

Su questo capitolo ha la parola il cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich möchte nur ganz kurz zu diesem Abschnitt « Genossenschaftsangelegenheiten » unter Kap. 451 einige Fragen stellen, auf Grund auch einiger Ansichten, die im Laufe der Beobachtung der Revisionstätigkeit und Betreuung der Genossenschaften gereift sind. Wir sehen den Betrag von 35 Millionen laut Beilage 2) zum Haushaltsgesetz unter den beiden Provinzen Trient und Bozen so aufgeteilt, daß 21,5 Millionen der Provinz Trient zukommen sollen und 13,5 Millionen der Provinz Bozen. Ich glaube dieser Unterschied in der Zuteilung ist darauf zurückzuführen, daß im Trentino die Zahl der Genossenschaften im allgemeinen größer ist und daß die Zuteilung auf Grund der Anzahl der Genossenschaften der beiden Provinzen festgelegt wurde. Im Art. 5 des

Gesetzes vom 14. Februar 1964 Nr. 8 heißt es, daß die Zuteilungen dieser Beiträge an die einzelnen Verbände in Proportion « alla effettiva entità dei servizi svolti e al numero delle revisioni ordinarie da eseguirsi da parte di ciascuna associazione » erfolgen soll. Dieser Art. 5 wird sich immer auf die Zuteilungen des Provinzialfonds von seiten der Provinzen beziehen, aber hier versucht man aus der Zahl der Genossenschaften selbst eine Proportion zu finden, wie die Aufteilung des Gesamtbetrags des Kapitels auf die beiden Provinzen erfolgen soll. Und gegen diesen Maßstab der Zuteilung hätte ich einiges einzuwenden. Wenn es so ist, daß die Anzahl der Genossenschaften in beiden Provinzen maßgebend ist, dann werden die Genossenschaftskommissionen und die verschiedenen Organisationen, die Interesse an diesen Beiträgen haben, unwillkürlich danach streben, möglichst eine hohe Zahl von Genossenschaften aufzuweisen und man wird versuchen viele unbedeutende und untätige Genossenschaften weiterhin mitlaufen zu lassen. Diese Tendenz sollte unter keinen Umständen gefördert werden. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß die Genossenschaftskommissionen einen sehr strengen Maßstab bezüglich der Tätigkeit der einzelnen Genossenschaften anwenden und daß sie sich bemühen untätige, nur auf dem Papier sich befindliche Genossenschaften zu liquidieren. In diesem Sinne hat die Genossenschaftskommission der Provinz Bozen im Laufe der letzten Jahre, wie der Herr Regionalassessor auch bemerkt haben wird, sehr viel gearbeitet; es ist sehr viel Ballast in diesem Sinne weggestreift worden. Diese Arbeit sollte aber nun nicht dazu angetan sein, um die Beiträgezuteilung der Provinz Bozen negativ zu beeinflussen.

Man muß auch gewisse Bedenken haben,

die Zahl der Genossenschaften als Maßstab zu nehmen, weil es sehr viele kleine Genossenschaften gibt, z.B. Baugenossenschaften, bei denen die Revisionstätigkeit, die hier durch dieses Gesetz hauptsächlich berücksichtigt werden soll, eine Kleinigkeit ist. Auch die Zahl der Revisionen in Verbindung mit der Zahl der Genossenschaften gibt keinen richtigen Maßstab. Denn eine Sache ist es, eine Revision bei einer kleinen Baugenossenschaft beispielsweise vorzunehmen und etwas anderes ist es eine Revision bei einer kleinen Baugenossenschaft beispielsweise vorzunehmen und etwas anderes ist es eine Revision bei einer landwirtschaftlichen Genossenschaft, wie z.B. die CAFA oder die COFRUM, vorzunehmen. Hier braucht es Tage, manchmal Wochen, um eine genaue und ordentliche Revision entsprechend vorzunehmen; nicht weil man unordentliche Dinge vorfindet, sondern weil man, um bei diesen großen Genossenschaften die Revisionen richtig durchzuführen, Zeit braucht. Und soviel mir bekannt ist, haben sich besonders die Genossenschaftskommissionen der Provinz Bozen für die Seriosität der Revisionen sehr stark eingesetzt. Die Revisoren der Revisionsverbände wurden einzeln darauf aufmerksam gemacht, daß sie für die Revisionsergebnisse selbst verantwortlich sind, und nicht die Revisionsorganisation, in deren Dienst sie stehen. So lautet das Genossenschaftsgesetz und auf diese Bestimmung wurden die Revisoren aufmerksam gemacht. Man muß feststellen, daß in den letzten Jahren in der Provinz Bozen, besonders im Jahre 1966, die Revisionen auch seitens der Revisoren der Verbände viel ernster genommen worden sind als vielleicht früher, als man diesen Artikel des Genossenschaftsgesetzes den Revisoren nicht so direkt beigebracht hatte.

Wenn die Revisionen nun seriös gemacht

werden sollen, kann nicht die Zahl der Revisionen allein als Maßstab für die Zuteilung dieser Beiträge genommen werden. Der Maßstab für die Zuteilung dieser Beiträge für die Provinzen und von den Provinzen wiederum an die einzelnen Verbände ist viel komplizierter, als dies bei der einfachen Überprüfung der gesetzlichen Bestimmungen aufscheinen mag. Wenn man die Ergebnisse und die Tätigkeit der Revisionsverbände verfolgt, dann muß man sagen, daß auch die Tätigkeit der betreffenden Genossenschaft, z.B. wenn sie sich auch für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte interessiert, und auch das Kapital, welches diese Genossenschaft umsetzt, eine wesentliche Bedeutung hinsichtlich der Revisionstätigkeit hat. Diese Geldmittel sind ja für die Revisions- und Betreuungstätigkeit in der Hauptsache im Genossenschaftswesen vorgesehen. Ich würde deswegen eine entsprechende Abänderung des Gesetzes vorschlagen, in dem Sinne, daß bei den Zuteilungen mehr Elemente berücksichtigt werden.

Und da die Dinge so kompliziert sind, sollten wir hier eigentlich eine Hälfte-Hälfte-Zuteilung zwischen den beiden Provinzen vornehmen und eine differenzierte Zuteilung vielleicht dann erst wieder anwenden, wenn wir genaue Maßstäbe hinsichtlich der Leistungen der Revisionsverbände und auch hinsichtlich der Leistungen der Revisoren selbst vorliegen haben. Dies wollte ich zu diesem Kapitel sagen, weil meiner Meinung die Zuteilung und die Aufteilung der Beiträge viel komplizierter ist und nicht auf Grund der Elemente, die heute als Maßstab für die Zuteilung der Beträge an die beiden Provinzen genommen worden sind, ausgeführt werden kann.

(Desidererei soltanto porre brevemente alcune domande sul Cap. 541, relative a que-

stioni pertinenti la cooperazione, e ciò in base anche ad alcune opinioni maturate osservando via via l'attività delle revisioni e dell'assistenza alle cooperative. Vediamo qui che l'importo di 35 milioni è stato a norma della legge sul bilancio, ripartito fra le due province di Trento e Bolzano sulla base di 21,5 milioni per Trento e 12,5 milioni per Bolzano. Credo che questa differenza nella suddivisione sia da attribuirsi al fatto che nel Trentino il numero delle cooperative è in genere superiore, ed alla ripartizione si è proceduto appunto in base a tale entità numerica. L'art. 5 della legge nr. 8 del 14.2.1964 stabilisce infatti che la suddivisione degli importi alle singole associazioni sia da effettuarsi proporzionalmente all'effettiva entità dei servizi svolti dal numero delle revisioni ordinarie da eseguirsi da parte di ciascuna associazione. Questo articolo 5 concerne sempre la ripartizione dei fondi provinciali da parte delle due Province, ma qua si tenta, almeno da come è prevista la ripartizione del complessivo importo sui capitoli, di trovar fuori una proporzionale in base al numero delle cooperative. E proprio su una tale misura ripartitiva avrei da obiettare. Se nelle due Province, determinante è veramente l'entità numerica delle cooperative, le Commissioni e le diverse organizzazioni interessate a questi contributi mireranno automaticamente a segnalare un numero quanto più alto possibile di cooperative e si tenterà di tenerne in vita anche parecchie di quelle piccole e prive di importanza. Una simile tendenza non dovrebbe in alcun caso venire incoraggiata. Si deve provvedere a che le Commissioni provinciali adottino severe misure nei confronti dell'attività delle singole cooperative e che si adoperino di liquidare quelle che figurano quali cooperative solo sulla carta, ma che in realtà sono inattive. In questo senso la Commissione della Provin-

cia di Bolzano ha, negli ultimi anni, come notato anche dall'Assessore regionale, lavorato parecchio, e molta zavorra è stata spazzata via. Ma questo lavoro non dovrebbe però essere tale da influire negativamente sulla ripartizione dei contributi per la Provincia di Bolzano.

Bisogna anche avere un certo scrupolo nel prendere quale misura l'entità numerica delle cooperative, poiché di queste ve ne sono parecchie piccole come ad esempio le cooperative edili, per le quali il lavoro di revisione, che a norma di questa legge è tenuto in particolare conto, è una sciocchezza. Neanche il numero delle revisioni connesso al numero delle cooperative dà la giusta misura cui attenersi; poiché una cosa è ad esempio procedere alla revisione presso una piccola cooperativa edile e tutt'altro è procedervi presso una cooperativa agricola, quale ad esempio la CAFA o la COFRUM.

Per queste ultime necessitano giornate intere, a volte settimane, per effettuare adeguatamente una precisa e regolare revisione, e questo non perché si siano trovate delle irregolarità, bensì perché in queste grandi cooperative le revisioni, per essere fatte accuratamente, richiedono tempo. E proprio le Commissioni, della Provincia di Bolzano in particolare, per quanto mi consta si sono fortemente impegnate per l'effettuazione di revisioni veramente serie. Ogni singolo revisore è stato avvertito di doversi ritenere personalmente responsabile egli stesso dei risultati delle revisioni, e non l'organizzazione presso la quale presta la sua attività. Così stabilisce la legge che regola la cooperazione e su queste norme venne appunto richiamata l'attenzione dei revisori. È d'uopo prendere atto che negli ultimi anni, e specie nel 1966, in Provincia di Bolzano è stato dato alle revisioni, anche da parte dei revisori stessi, forse maggior peso di prima, di quando

cioè ai revisori non si era fatto prendere così direttamente atto di questo articolo della legge.

Dunque, se le revisioni devono essere effettuate con il dovuto impegno, non si può prendere quale metro per la ripartizione di questi contributi, soltanto l'entità numerica delle revisioni. Per regolare la ripartizione dei contributi alle Province, e quindi quella dalle Province alle singole associazioni, la cosa è molto più complicata di quanto possa sembrare qualora si parta semplicemente dalle norme di legge. Allorché si segue il corso dell'attività e dei risultati delle Federazioni, bisogna riconoscere che anche la attività della cooperativa, che ad esempio si interessi pure dello smercio di prodotti agricoli, come anche il capitale d'esercizio della cooperativa stessa, sono di essenziale importanza ai fini della attività revisionale. I mezzi finanziari necessari per le revisioni e per l'attività assistenziale sono previsti principalmente nel settore del cooperativismo. Proprio per tale motivo proporrei una adeguata modifica di legge, nel senso cioè che per le ripartizioni vengano vagliati più elementi.

E visto che la faccenda è così complicata, dovremmo ripartire i fondi per le Province metà e metà, e procedere di nuovo ad una suddivisione differenziata forse solo allorquando avremo la precisa misura del rendimento delle Federazioni e dei revisori stessi. Questo è quanto volevo dire su questo capitolo, poiché secondo me la ripartizione e distribuzione dei contributi è assai complicata e non vi si può procedere in base agli elementi che sono stati presi quale metro per le ripartizioni in parola.)

BERNHART (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich zu den Kapiteln über das Grund-

buch das Wort ergreife, so tue ich das ganz besonders in bezug auf das Kap. 443, das zwar, wie der Herr Assessor schon erwähnt hat und Sie alle beobachten können, keine Lire vorsieht, aber das mir von sehr großer Bedeutung scheint. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch nicht über die zahlreichen Versetzungen, die der Herr Assessor während des verlaufenen Jahres in den Grundbuchämtern der Provinz Bozen vorgenommen hat, kritisieren, denn dies würde zu weit führen. Ich behalte mir aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt dieses Problem noch einmal aufzugreifen. Ich möchte heute nur das Personalproblem in den Grundbuchämtern im allgemeinen streifen und in diesem Zusammenhang an den Herrn Assessor zwei Fragen stellen, und zwar die erste: ob der Herr Assessor informiert ist, daß fast sämtliche Grundbuchämter in der Provinz Bozen an Personalmangel leiden und daher bisher nur unter Einsatz all ihrer Kräfte imstande waren, die verantwortungsvollen Aufgaben zum Wohle der ganzen Bevölkerung zu verrichten. Die zweite Frage: ob er nicht gedenkt, diesem Übel abzuhelpen und zusätzliches Personal ausbilden zu lassen und in den Grundbuchämtern einzustellen. Mit diesem Fachkursen könnte ja auch diesem Übel abgeholfen werden, das der Herr Assessor vorhin erwähnt hat, nämlich daß das Personal in den Grundbuchämtern der Provinz Bozen nicht die gotische Schrift versteht oder lesen kann, was ich zwar nicht ganz glaube.

Um meine vorgebrachten Fragen klarer zu untermauern, sei es mir erlaubt, einige Daten anzuführen und den großen Unterschied zwischen der Arbeitsleistung in den Grundbuchämtern der Provinz Bozen und jenen in der Provinz Trient aufzuzeigen. Und zwar möchte ich gleich vorausschicken, daß in der Provinz Bozen alle Eintragungen sowie sämtliche Unterlagen, Verträge usw. in beiden Spra-

chen abgefaßt werden müssen; in andern Worten ausgedrückt bedeutet dies, daß das Personal in den Grundbuchämtern der Provinz Bozen praktisch die doppelte Arbeit oder, wenn man bescheiden sein will, zumindest ein Drittel mehr zu leisten hat als jenes in den Ämtern der Provinz Trient. Folglich müßte auch das Personal dieser Arbeitsleistung angepaßt sein oder werden. Und nun, Herr Assessor, bin ich am Kern meines Problems, meiner Frage angelangt und möchte Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, anhand einiger Daten aufzeigen, daß dem nicht so ist: Ende 1966 waren in den Grundbuchämtern der Provinz Trient insgesamt 49 Arbeitskräfte angestellt, und zwar 29 Grundbuchführer und der Rest sonstiges Hilfspersonal. Im gleichen Jahr waren in den Grundbuchämtern der Provinz Bozen 47 Arbeitskräfte angestellt, von denen nur 18 Grundbuchführer waren. Und jetzt noch einige Daten über die Arbeitsleistung, die durchschnittlich in den Grundbuchämtern beider Provinzen getätigt werden muß. Diese Daten beziehen sich zwar nur auf das Jahr 1963, aber man kann an nehmen, daß dieselben jedes Jahr im großen und ganzen gleich bleiben. Im Jahre 1963 wurden in den Grundbuchämtern der Provinz Trient zirka 15.000 Grundbuchanträge eingereicht und durchgeführt. Es wurden zirka 14.000 Grundbuchauszüge oder Kopien von Verträgen und Unterlagen ausgestellt und dabei Lire 7 Millionen an Gebühren eingehoben. In der Provinz Bozen hingegen schaut es folgendermaßen aus: Es wurden zirka 13.000 Grundbuchanträge eingereicht, zirka 22.000 Grundbuchauszüge oder Kopien von Verträgen ausgestellt und dabei 11 Millionen Lire an Gebühren einkassiert. Diese Daten, glaube ich, müßten genügen, um zu beweisen, daß in den Grundbuchämtern der Provinz Bozen mit der gleichen Anzahl oder sogar mit der

kleineren Anzahl an Arbeitskräften die doppelte Arbeit geleistet wird. Ich möchte deshalb den zuständigen Herrn Assessor ersuchen, sich bei der Regionalregierung zu verwenden, damit die Grundbuchämter in der Provinz Bozen zusätzliches Arbeitspersonal bekommen, sodaß dieselben die verantwortungsvolle Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit bewältigen können.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Da das Problem Kompetenzübertragung in diesen Tagen immer aktueller wird und die Region in allernächster Zukunft voraussichtlich einer größeren Aushöhlung ihrer Befugnisse unterworfen wird, möchte ich abschließend den Herrn Präsidenten des Regionalausschusses ersuchen, bei der Zentralregierung in Rom die nötigen Schritte einzuleiten, um die Übertragung der Kompetenzen über die Katasterämter vom Staate auf die Region zu verlangen. Auf diese Weise würden sich viele Doppelgleisigkeiten zwischen Grundbuch und Katasteramt vermeiden lassen und ganz besonders würden die Haupteinnahmequellen für die Region und die beiden Provinzen, wie z.B. Übertragungsgebühren, Grund- und Bodenertragssteuer, Einkommensteuer und Gebäudesteuer von der Region abhängen, und die Region könnte auf diese Weise diese Einnahmequellen besser verwalten und beaufsichtigen. Danke.

(Illustrissimo signor Presidente! Signore e Signori! Se prendo la parola sui capitoli relativi al catasto, lo faccio essenzialmente in relazione al Cap. 443 che, seppur come il signor Assessore ha già accennato e tutti possono rilevare, non prevede una lira, secondo me riveste comunque una grande importanza. Non intendo neanche muovere delle critiche sulla gran massa di trasferimenti attuati durante l'anno in corso dal signor Assessore nell'ambito degli uffici tavolari della Provincia di Bolzano

poiché ciò condurrebbe troppo lontano. Mi riservo comunque di riprendere questo discorso fra qualche tempo. Oggi vorrei solo sfiorare in linea generale la questione del personale occupato negli uffici del catasto e porre, in tal connessione, due domande al signor Assessore, di cui ecco la prima: vorrei sapere se il signor Assessore è a conoscenza che tutti gli uffici tavolari della Provincia di Bolzano soffrono di carenza di personale e che finora sono riusciti, soltanto mediante lo impiego di tutte le loro forze operative ad assolvere, nell'interesse dell'intera popolazione i loro compiti pieni di responsabilità. La seconda domanda: se il signor Assessore non pensa di mettere riparo a questo inconveniente, facendo istruire personale supplementare da impiegare negli uffici in parola. Con questi corsi speciali potrebbe essere rimosso anche l'inconveniente cui poc'anzi ha fatto cenno il signor Assessore, e cioè che il personale impiegato negli uffici tavolari della Provincia di Bolzano non conosce il carattere gotico, cosa questa alla quale non credo completamente.

Per convalidare meglio le domande dianzi poste, mi si consenta di citare alcuni dati e di porre in evidenza la grande diversità fra le prestazioni di lavoro della Provincia di Bolzano e quelle della Provincia di Trento. Vorrei comunque subito premettere che in Provincia di Bolzano tutte le registrazioni come pure tutti i documenti probatori, i contratti ecc., debbono essere redatti in ambedue le lingue; in altre parole ciò significa che negli uffici tavolari della Provincia di Bolzano il personale deve prestare un lavoro doppio, o volendo essere modesti, quanto meno superiore di un terzo a quello degli impiegati della provincia di Trento. Di conseguenza dovrebbe esserci personale all'altezza del compito o si dovrebbe provvedere a che lo divenga. Ed eccomi giun-

to signor Assessore al nocciolo della questione da me posta e vorrei, colleghe e colleghi, dimostrare, dati alla mano, come effettivamente stanno le cose: alla fine del 1966 negli uffici tavolari in provincia di Trento erano impiegate complessivamente 49 unità lavorative, di cui 29 i conservatori ed il resto personale vario ausiliario. Lo stesso anno negli uffici in provincia di Bolzano le forze operative assommavano a 47 unità, delle quali 18 i conservatori. E adesso ancora alcuni dati degli uffici tavolari di entrambe le provincie. Questi dati si riferiscono invero solo al 1963, ma comunque è supponibile che nel complesso restino ogni anno invariati. Nel 1963 dunque vennero inoltrate ed evase presso gli uffici tavolari della provincia di Trento circa 15.000 domande di registrazioni tavolari. Vennero rilasciati circa 14.000 estratti tavolari o copie di contratti e documenti probatori che fruttarono tributi per 7 milioni. A Bolzano di contro la situazione è la seguente: vennero presentate circa 13.000 domande tavolari e rilasciati circa 22 mila estratti tavolari e copie di contratti, con un incasso di 11 milioni di lire. Questi dati, io credo, dovrebbero essere sufficienti a dimostrare che negli uffici tavolari della provincia di Bolzano viene prodotto con lo stesso o addirittura con un minor numero di impiegati, il doppio del lavoro. Pertanto vorrei pregare il competente assessore di adoperarsi presso il Governo Regionale al fine di procurare agli uffici tavolari della nostra provincia un supplemento di personale onde gli uffici stessi possano fronteggiare, nell'interesse generale, quel lavoro così colmo di responsabilità.

Colleghe e colleghi! Dato che il problema del trasferimento di competenze sta diventando questi giorni sempre più attuale e che la Regione in un prossimo futuro verrà presumibilmente assoggettata alla esautorazione di

maggior parte dei suoi poteri, vorrei, concludendo, pregare il signor presidente della Giunta Regionale di avviare presso il Governo centrale in Roma i necessari passi per chiedere il trasferimento dallo Stato alla Regione delle competenze relative agli uffici catastali. In tal modo si potrebbe evitare il lavoro a doppio binario fra l'ufficio tavolare e quello catastale e ciò che più conta, i principali cespiti per la Regione e le due Provincie, quali ad esempio i diritti di voltura, le imposte sul reddito fondiario e sul reddito del suolo, le imposte sulla ricchezza mobile, sui fabbricati, verrebbero a dipendere dalla Regione, che potrebbe in tal modo amministrare e sorvegliare meglio detti cespiti. Grazie!)

PRESIDENTE: La parola al cons. Sembenotti, sempre sul cap. 451.

SEMBENOTTI: (P.P.T.T.): Brevissimamente, prima della replica o dell'intervento dell'assessore, vorrei dire qualche cosetta a proposito del cap. 451. Vedo qua un aumento di stanziamento di 5 milioni. Io, per quanto riguarda il settore cooperazione, non sono certo quello che dice di non aiutare la cooperazione, anzi; però vorrei sentire un po' dall'assessore qualcosa che riguarda questa cifra di aumento. Se questo aumento va a finire effettivamente come aumento di stipendio, di compensi per i revisori, per coloro che sono direttamente interessati alla revisione, perfettamente d'accordo; se invece questo aumento serve per rafforzare la burocrazia nella revisione —, parliamo pure di burocrazia: stampati, moduli, relazioni, cancelleria, viaggi, trasferte per far queste revisioni — allora bisognerà stare un po' attenti. Vorrei anche, accennare, a questo proposito, a quanto è stato detto prima di me dal

cons. Brugger, il quale si lamenta a proposito della divisione di questo capitolo tra la provincia di Trento e Bolzano. Io direi che è troppo semplicistico dividere lo stanziamento a metà, però è anche altrettanto semplicistico dividere lo stanziamento in base al numero delle revisioni. Difatti ci sono revisioni che possono essere effettuate nel giro di poche ore, come quelle che si possono effettuare o devono essere effettuate in non meno di una settimana. Però ci sono due aspetti della revisione: c'è la revisione di fatto, ossia il tempo impiegato veramente dal revisore nell'effettuare le revisioni, che può ridursi a poco più di un'ora, o a poco più di qualche ora, o addirittura giungere a delle settimane, come c'è l'apparato che segue e che prepara la revisione — che io chiamo burocrazia — che è fisso per ogni revisione, sia che comporti due ore di lavoro, come ne comporti una settimana. Perciò non è giusto dire che ogni revisione deve costare tot e fare la divisione in base al numero delle revisioni; però sarebbe anche semplicistico stabilire la divisione a metà, quando si sa che le revisioni sono molto di più a Trento che a Bolzano e che c'è comunque questo fisso di costo di revisione, che è la preparazione, la relazione, il tempo che perde il revisore, non in revisione effettiva, ma negli atti precedenti e conseguenti alla stessa. Io vorrei sentire proprio dall'assessore una parola di chiarimento in merito. Grazie.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Raffener.

RAFFEINER (Assessore cooperazione - T.H.P.): Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Herrn Kollegen Bernhart antworten, weil die Stellungnahmen der Herren

Brugger und Sembenotti ja zusammengehören, gewissermaßen dasselbe Thema betreffen und in einem beantwortet werden können.

Zu den beiden Fragen Personalmangel in der Provinz Bozen und welche Möglichkeiten bestehen, diesen Personalmangel zu beheben, ist folgendes zu sagen: Laut Gesetz können nicht ohne weiteres Leute aufgenommen und dem Grundbuch zugeteilt werden, wenn sie nicht die entsprechenden Voraussetzungen haben. Wir hatten im vergangenen Jahr gerade in der Provinz Bozen infolge von Todesfällen und weil ein Grundbuchführer in den Regionalrat gewählt worden ist, Ausfälle an Arbeitskraft. Um diese Ausfälle zu ergänzen, wurde zuerst ein Kurs veranstaltet, für den junge Leute aufgefordert wurden, zunächst in verschiedenen Grundbuchämtern eine mehrmonatliche Praxis zu machen, dann sich einer theoretischen Prüfung zu unterziehen, um dann beim öffentlichen Wettbewerb für ausgeschriebene Grundbuchstellen teilnehmen zu können. Ich habe auch bereits erwähnt, daß die Teilnahme an diesen Kursen sehr zu wünschen übrig ließ. Ich habe einzelne Leute unserer Sprachgruppe aufgefordert, sich zu diesem Kurs zu melden; leider haben sie sich nicht gemeldet, was ich sehr bedauert habe. Einer der Gründe, warum die Leute sich nicht zu diesem Kurs und zu diesem Wettbewerb gemeldet haben, ist der Umstand, daß sie aufgefordert wurden, sich als Mittelschullehrer provisorisch beauftragen zu lassen. Dort hatten sie Aussichten, sofort einen Monatsgehalt von weit über 100.000 Lire zu beziehen, während sie im Grundbuch vorerst gratis arbeiten mußten, da sie für die Praxis, die sie als Vorbereitung auf die Prüfung machten, keine Bezahlung erhielten. Das ist einer der Gründe, warum gerade unsere Leute nicht teilgenommen haben.

Für die Provinz Bozen ist außerdem die

Doppelsprachigkeit vorgeschrieben. Und gerade darin fehlte es. Für Die Provinz Bozen sind dann am Schluß nur mehr drei Kandidaten übriggeblieben. Der vierte Kandidat, der ebenfalls am Wettbewerb teilgenommen hatte, war nicht doppelsprachig. Er kam also für die Provinz Bozen gar nicht in Frage. Er ist dann auch nicht in der Provinz Bozen angestellt worden, sondern in der Provinz Trient. Also es ist nicht so leicht, dieses Problem zu lösen, aber es besteht die Absicht, im nächsten Jahr neuerdings den Leuten die Möglichkeit zu geben, bei einigen Grundbuchämtern Praxis zu machen, denn das ist, möchte ich sagen, eine grundlegende Voraussetzung: wenn jemand einige Monate in einem Amt praktiziert hat, dann fällt ihm auch das theoretische Studium leichter, weil er sich konkrete Vorstellungen machen kann von den Worten, die er im Gesetz liest und die er sonst nur theoretisch aufnimmt. Die Tatsache aber, daß von den Jungen viele nicht die gotische Schrift lesen können, habe ich selbst feststellen müssen. Dies ist ein sehr bedauerlicher Zustand. Und beim nächsten Kurs und beim nächsten Wettbewerb muß die Kenntnis der gotischen Schrift als Bedingung gestellt werden.

Was die Ziffern anbelangt, die der Herr Regionalratsabgeordnete Bernhart vorgebracht hat, muß ich bemerken, daß sie mit den Ziffern, die ich hier habe, nicht übereinstimmen. Die Ziffern, die ich ermitteln konnte sind wesentlich anders. Aber ich glaube, mit Ziffern langweile ich Sie nur. Also in der Provinz Bozen haben wir 10 Grundbuchämter, in der Provinz Trient haben wir 12 Grundbuchämter. Die erledigten Gesuche in der Provinz Bozen habe ich hier mit 11.920, in der Provinz Bozen mit 15.732 angegeben. Herr Bernhart, ich gebe Ihnen, wenn Sie wollen, die Aufstellung, denn wenn ich diese Ziffern vorlese, langweile ich wahrscheinlich den Großteil der Herren Kolle-

gen. Eines ist jedoch sicher, daß unsere Grundbuchführer wegen der Doppelsprachigkeit mehr Arbeit haben, weil sie sowohl die Grundbucheintragungen zweisprachig als auch von den Grundbuchdekreten eine Übersetzung machen müssen. Das bedeutet natürlich doppelte Arbeit, wofür im Personalplan nicht Rechnung getragen ist. In der Provinz Bozen halsen wir infolge der Doppelsprachigkeit den Grundbuchführern und auch jedem Gehilfen eine Mehrarbeit auf, die in der Provinz Trient nicht besteht. Ich kann mich leider nicht verpflichten, zusätzliches Arbeitspersonal einzustellen, weil ich keine Möglichkeit dazu sehe. Man kann nicht nur so, ohne Wettbewerb, ohne den gegebenen Voraussetzungen, Leute beauftragen. Für die Anlegung der Kartei haben wir kommandiertes Personal provisorisch aufgenommen. Aber für die normale Arbeit des Grundbuches sehe ich vorläufig keine Möglichkeit, Personal außerhalb des Personalplanes aufzunehmen.

Nun komme ich zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Brugger. Dr. Brugger ist der Ansicht, daß in der Provinz Trient die Tendenz besteht, kleine Genossenschaften am Leben zu erhalten, nur um eine möglichst große Zahl von Genossenschaften zu haben und um auf diese Weise einen größeren Beitrag bei der Aufteilung dieses Fonds des Art. 451 des Haushalts verlangen zu können. Nun, das glaube ich nicht. Erstens einmal ist mir persönlich bekannt, daß auch in der Provinz Trient, besonders bei der « Federazione dei consorzi cooperative », das Bestreben besteht, die Genossenschaften zusammenzuschließen, nicht viele kleine Genossenschaften zu haben, sondern die kleinen Genossenschaften zu bewegen sich zu vereinigen, weil sie sich sonst überhaupt nicht am Leben erhalten können. Aber der eigentliche Grund, warum ich nicht die Ansicht des

Dr. Brugger teile, ist der: Diese Beiträge, die die Revisionsverbände bekommen, stellen nur einen Bruchteil der Kosten dar, die die Revisionsverbände mit der Revision zu tragen haben. Also die « Federazione dei consorzi » in Trient hat im vergangenen Jahr 20 Millionen Lire bekommen, und die Provinz Bozen 18,5 Millionen. Das ist nur ein Bruchteil, denn die Revisionen haben 100 Millionen gekostet und nicht 18 Millionen. Die Federazione hat selbst ein Interesse, die Spesen möglichst zu reduzieren. Im Grunde genommen handelt es sich ja um einen Passivposten. Sie hat kein Interesse, möglichst viele kleine Genossenschaften am Leben zu erhalten, sondern ist daran interessiert, die Genossenschaften zu stärken, damit dieselben imstande sind, die Beiträge zu zahlen, die sie zahlen müssen, um dem Revisionsverband anzugehören. Die dem Revisionsverband angehörenden Genossenschaften müssen ja alle Beiträge zahlen und gerade die kleinen Genossenschaften sind dies oft nicht mehr imstande. Denn es besteht ja der Grundsatz, daß eigentlich jede Genossenschaft selbst die Kosten der Revision zu zahlen hat. In anderen Ländern, ich nenne beispielsweise Dänemark, wo das Genossenschaftswesen vielleicht am meisten entwickelt ist von allen Staaten Europas, bekommen die Genossenschaften überhaupt keinen Beitrag vom Staat. Es ist nur bei uns hier so der Brauch, daß die Genossenschaften unterstützt werden und einen Beitrag bekommen. Ich will deswegen nicht sagen, daß der Beitrag abgeschafft werden soll. Aber diese kleinen Genossenschaften sind heute vielfach nicht mehr imstande, die Beiträge zu zahlen. Alle Revisionsverbände jammern, daß infolge der Gehaltserhöhungen, die sie bewilligen müssen, notwendigerweise auch die Beiträge der angeschlossenen Genossenschaften erhöht werden müßten. Aber die Genossenschaften sind

vielfach schon im Rückstand mit der Zahlung dieser Beiträge und erklären sich außerstande, dieselbe zu bezahlen.

Nun, Herr Kollege Dr. Brugger, ich will Ihnen einige Ziffern vorlesen, aus denen Sie ersehen, daß in dieser Zeit, in der ich jetzt Mitglied des Regionalrats und Assessor bin, sich die Situation wesentlich zugunsten der Provinz Bozen gebessert hat. Welche Beträge hat Bozen im Jahre 1964 bekommen? Damals hat Bozen 4,5 Millionen Lire oder 32% des Gesamtbeitrages bekommen, der damals zur Erfüllung dieser Aufgabe ausgeworfen wurde, nämlich laut Text des Haushaltsgesetzes: « Beiträge und Unterstützungen für die ordentliche Revision und für den technischen, rechtlichen und verwaltungsmäßigen Beistand an die Genossenschaften usw. ». Im letzten Jahr 1965 hat Bozen schon um 2 Millionen mehr bekommen, nämlich: 6,5 Millionen oder 33% des Gesamtbetrags, der für diesen Zweck ausgeworfen wurde. Im Jahre 1966 hat Bozen 11,5 Millionen bekommen. Wir sind also schon über dem Doppelten von dem was Bozen 1964 bekommen hat, d.h.: 38%. Bezüglich 1967 haben Sie Ziffern zitiert, die nicht ganz stimmen; Sie haben sie aus dem Originaldruck entnommen, aber inzwischen sind diese Ziffern abgeändert worden. Für die Provinz Bozen sind für 1967 14 Millionen vorgesehen, für die Provinz Trient 21 Millionen, d.h. Bozen bekommt ein Drittel und Trient bekommt zwei Drittel. Diese 14 Millionen sind schon mehr als das Dreifache von dem, was Bozen 1964 bekommen hat. Absolut gesehen bekommt Bozen also schon das Dreifache. Auch die Proportion zu dem was Trient bekommt, ist gestiegen, wenn auch nicht auf eins zu eins, wohl aber schon auf 40%. Die Provinz Bozen bekommt heute 40%, während sie im Jahre 1964 bloß 32% bekommen hat. Nun kann ich nicht ganz die

Auffassung teilen, daß man Hälfte zu Hälfte teilen soll. Man muß schon auch die Bedürfnisse berücksichtigen. Tatsächlich bestehen in der Provinz Trient weit mehr Genossenschaften als in der Provinz Bozen. In Trient sind an der « Federazione dei consorzi » mit Stand vom 31. Dezember 1966 731 Genossenschaften angeschlossen. In Bozen haben wir zwei Revisionsverbände. So wie wir sogar im Katholischen Familienverband die Trennung haben zwischen einerseits Deutschen und Ladinern, andererseits Italienern, so hat man es auch für notwendig gehalten, hier eine scharfe Trennung zu ziehen und hat den « Raiffeisenverband » und die sogenannte « Unione Consorzi cooperativi e mutue » gebildet. Während in Trient der Federazione 731 Genossenschaften angeschlossen sind, hat in Bozen der Raiffeisenverband nur 234 und die Unione 98 Genossenschaften angeschlossen. Wenn wir daher auch die Ziffern zusammenzählen, kommen wir lange nicht auf die Hälfte! Dasselbe gilt auch, wenn man die Revisionsziffern als Grundlage nimmt. Auch wenn wir die Revisionsziffern hernehmen, hat Trient viel mehr Revisionen durchzuführen gehabt als die Provinz Bozen.

Nun möchte ich aber noch eine kleine Bemerkung machen. Ich bitte Sie, es mir nicht übel zu nehmen. Am 1. Jänner 1966 war in Bozen folgender Stand: Die Unione hatte 110 oder 111 Genossenschaften angeschlossen, der Raiffeisenverband 220, also genau doppelt soviel wie die Unione. Dabei sind die Genossenschaften, die der Unione angeschlossen sind, verhältnismäßig arme, kleine Genossenschaften, denn die reichen, die großen, die kräftigen Genossenschaften sind alle beim Raiffeisenverband. Wie sind nun innerhalb der Provinz Bozen diese 11,5 Millionen des Jahres 1966 aufgeteilt worden? Sie hätten von Rechts wegen eins zu zwei aufgeteilt werden müssen, ein

Drittel hätte müssen die Unione bekommen, zwei Drittel der Raiffeisenverband, wenigstens wenn wir die Zahl der Genossenschaften als Grundlage nehmen. Aber die Aufteilung war ganz anders. Zwei Millionen waren vom Jahre 1965 übriggeblieben und sind dem neuen Betrag hinzugefügt worden, so daß nicht bloß die 11 Millionen zu verteilen waren, sondern 13 Millionen, wovon der Raiffeisenverband 11.340.000 Lire und die Unione 2 Millionen Lire bekommen hat. Ich wundere mich nicht, daß die Unione ständig klagt und jammert, daß sie einfach nicht das Auskommen hat, wenn sie so schlecht bedacht wird. Ich bitte Sie deswegen nicht böse zu sein, aber vielleicht können Sie veranlassen, daß in diesem Jahr 1967 die Verteilung innerhalb der Provinz Bozen etwas gerechter und den Bedürfnissen entsprechender vorgenommen wird.

Nun zu dem, was Herr Kollege Sembnotti gesagt hat. Diese Beträge, die, wie gesagt, im Jahre 1967 insgesamt 35 Millionen ausmachen, von denen 14 Millionen Bozen und 21 Millionen Trient erhalten, kommen den Revisionsverbänden zugute und nicht den einzelnen Genossenschaften. Sie dienen nicht etwa zur Fütterung einer Bürokratie, sondern sie dienen nur dazu, den Passivposten, die großen Auslagen, welche die Revisionsverbände haben, einigermaßen abzudecken. Im Gesetz ist vorgesehen, daß diese Beiträge für die Revisionen und Beratungen bis zu 50% der Auslagen betragen können. Wir sind von diesen 50% noch weit entfernt. Der Betrag in Trient ist beiläufig 20%. Indirekt kommt dieser Betrag schon den einzelnen Genossenschaften zugute, weil dadurch diesen vermieden wird größere Beiträge zahlen zu müssen, um überhaupt die Existenz der Revisionsverbände zu ermöglichen. Insofern kommt dieser Betrag schon den einzelnen Genossenschaften zugute, aber er dient absolut

nicht zu einer Vergrößerung der bestehenden Bürokratie, sondern nur zur Verringerung eines Passivpostens, den die Revisionsverbände haben. Ich glaube, damit auch dem Herrn Kollegen Sembenotti geantwortet zu haben und schliesse meine Ausführungen.

(Signore e Signori! Dato che le prese di posizione dei signori Brugger e Sembenotti sono analoghe e concernono grosso modo lo stesso problema, per cui possono essere trattate contemporaneamente, vorrei anzi tutto rispondere al collega Bernhart.

Su due punti relativi alla carenza di personale in provincia di Bolzano ed alle possibilità che in merito sussistono per rimediarevi, vi è da dire quanto segue: Non si può, a norma di legge, assumere nel libro fondiario gente che non possieda i necessari requisiti. L'anno scorso proprio in provincia di Bolzano, in seguito a decessi ed in seguito alla nomina di un conservatore in seno al Consiglio Regionale, si verificò un vuoto tra le forze operative. Per riempire tale vuoto venne istituito un corso al termine del quale i giovani, onde poter poi partecipare al concorso indetto per posti nell'ufficio tavolare, avrebbero dovuto in primo luogo far pratica per più mesi presso gli svariati uffici tavolari e quindi sottoporsi ad un esame teorico sulla materia. Avevo già accennato a suo tempo che il numero di partecipanti a quel corso ha lasciato piuttosto a desiderare. Io stesso avevo invitato alcune persone del nostro gruppo linguistico ad iscriversi ma purtroppo non l'hanno fatto, cosa di cui mi dolgo assai. Uno dei motivi per cui questa gente non ha partecipato a quel corso ed a quel concorso consiste nel fatto che era stata offerta loro la possibilità di un incarico provvisorio quali insegnanti di scuola media. Sussisteva per essi in tal modo la prospettiva di uno

stipendio mensile molto superiore alle 100.000 lire, mentre presso il libro fondiario avrebbero dovuto, in qualità di praticanti, prestare gratis la loro opera, in attesa dell'esame.

In provincia di Bolzano inoltre è prescritto il bilinguismo e proprio a ciò si deve se alla fine in detta provincia i candidati erano rimasti soltanto tre; il quarto infatti non era bilingue e non potendo quindi essere utilizzato in provincia di Bolzano, venne impiegato in provincia di Trento. Non è quindi molto facile risolvere questo problema, comunque pare si sia intenzionati di offrire alla gente l'anno prossimo una rinnovata possibilità di far pratica presso alcuni uffici tavolari, poiché ciò costituisce — vorrei dire — una premessa di carattere fondamentale. Infatti chi abbia al proprio attivo alcuni mesi di pratica si troverà poi senz'altro agevolato nello studio teorico, in quanto avrà a priori preso concreta conoscenza dei termini legali, i quali sono più difficilmente assimilabili mediante lo studio della sola teoria. Per quanto concerne invece la spiacevole realtà della mancata conoscenza da parte dei giovani, della scrittura gotica, ho potuto constatare il fatto di persona e lo ritengo deplorabile. Al prossimo corso e concorso deve essere imposta la conoscenza del carattere gotico.

In merito ai dati enunciati dal Consigliere Regionale Bernhart, devo notare che differiscono sostanzialmente da quelli che ho potuto accertare io. Non vorrei annoiarla con la citazione di queste cifre. Abbiamo dunque in provincia di Bolzano 10 uffici tavolari e 12 in provincia di Trento. Se lei vuole signor Bernhart le do la nota, poiché temo, enumerando tutti questi dati di annoiare gran parte dei colleghi presenti. Una cosa comunque è sicura e cioè che i nostri conservatori hanno, a causa del bilinguismo, maggior lavoro, in quanto sia

le registrazioni tavolari, che i decreti relativi al libro fondiario devono essere redatti nelle due lingue. Ciò comporta ovviamente doppio lavoro, di cui peraltro nella pianta organica non si tiene alcun conto. Pertanto in Provincia di Bolzano i conservatori ed i loro aiutanti vengono a trovarsi con questo bilinguismo assai più oberati di lavoro che non quelli della provincia di Trento. Purtroppo non vedo la possibilità di potermi impegnare ed assumere del personale supplementare semplicemente così senza concorso, senza cioè che sussistano le adeguate premesse. Per l'impianto dello schedario abbiamo assunto in via provvisoria del personale comandato. Ma per quanto concerne il normale lavoro non vedo alcuna possibilità di aumentare l'attuale organico del personale.

Ed ora passo alle argomentazioni del dr. Brugger. Il dr. Brugger è dell'avviso che in Provincia di Trento sussista la tendenza di mantenere in vita piccole cooperative al solo scopo di averne un numero quanto maggior possibile, onde poter, nella ripartizione dei fondi sullo Art. 451 del bilancio, esigere un più forte contributo. Bene, io non ci credo. Tanto per cominciare sono personalmente a conoscenza che anche in provincia di Trento, particolarmente presso la « Federazione dei Consorzi Cooperative » non è che si tenda ad avere un gran numero di piccole cooperative, bensì si aspira e si cerca di spronare le stesse ad unificarsi, poiché altrimenti riuscirebbero difficilmente a mantenersi in vita. Comunque il motivo specifico per cui non condivido il parere del dr. Brugger è il seguente: quei contributi che competono alle Federazioni preposte alla revisione, rappresentano solo una frazione delle spese che le revisioni comportano per le Federazioni. Dunque la « Federazione dei Consorzi » di Trento ha ricevuto lo scorso anno 20 milioni di lire e la provincia di Bolzano 18,5 milioni. Si trat-

ta quindi di una piccolissima parte, considerato che le revisioni sono costate 100 milioni e non 18. La Federazione stessa ha interesse a ridurre quanto più possibile le spese. In ultima analisi si tratta di operazioni passive. Essa non ha pertanto alcun interesse a mantenere in vita un gran numero di piccole cooperative, bensì è interessata, mediante la loro unificazione, a rafforzarle, onde metterle in grado di pagare quei contributi che devono appunto versare per far parte della Federazione. Tutte le cooperative associate a questo organo devono, come si sa, versare dei contributi poiché è noto che vige una regola secondo la quale ogni cooperativa è tenuta a pagarsi le spese di revisione; ma le piccole cooperative si trovano spesso in condizioni di non poterlo più fare. In altri Stati, quale ad esempio la Danimarca, ove il cooperativismo rispetto agli altri Paesi europei è forse all'avanguardia, le cooperative non ricevono dallo Stato contributi di sorta. Solo da noi vige la consuetudine di sovvenzionarle mediante un contributo; con ciò non intendo dire che si debbano sopprimere tali contributi. Comunque le piccole cooperative si trovano oggi per la gran parte nella impossibilità di pagarli. Tutte le Federazioni si lamentano che in seguito all'aumento degli stipendi, a cui esse devono acconsentire, dovrebbero necessariamente venire aumentati anche i contributi da parte delle cooperative associate. Ma queste ultime, che forse sono già in arretrato con detti pagamenti, si dichiarano impossibilitate a farvi fronte.

Ora collega Brugger voglio leggerle alcune cifre dalle quali lei potrà rilevare che in questo periodo, da quando cioè svolgo qui la mia attività di membro del Consiglio regionale e di Assessore, la situazione è notevolmente migliorata a favore della provincia di Bolzano. Quali contributi ha ricevuto questa provincia nel 1964? Precisamente 4,5 milioni, ovvero il

32% dell'importo complessivo che allora era stato assegnato per questo compito, a norma del testo di legge sul bilancio « Contributi e sussidi per revisioni ordinarie e per l'assistenza tecnica, legale ed amministrativa delle cooperative etc. ». Nel 1965 la cifra per Bolzano era già salita a 6,5 milioni ovvero al 33% dell'importo complessivo assegnato per questo scopo. Nel 1966 Bolzano ricevette 11,5 milioni, vale a dire il 38%, il doppio cioè rispetto all'assegnazione del 1964. In merito al 1967 lei ha citato delle cifre non del tutto esatte; le ha rilevate dalla pubblicazione originaria, ma nel frattempo sono state modificate. Per la Provincia di Bolzano sono previsti nel 1967 14 milioni e per la Provincia di Trento 21 milioni vale a dire 1/3 per Bolzano e 2/3 per Trento. La cifra per Bolzano, rispetto al 1964 è quindi triplicata, pertanto questi 14 milioni comportano in via assoluta oltre il triplo di quanto Bolzano aveva ricevuto nel 1964. Anche in rapporto a quanto riceve Trento la cifra è aumentata, se non in proporzione dell'uno a uno, tuttavia pur sempre del 40%. La Provincia di Bolzano riceve oggi il 40% rispetto al 32% del 1964. Ebbene io non posso condividere pienamente il parere di una ripartizione metà e metà. Bisogna pur anche tener conto delle esigenze. Effettivamente in Provincia di Trento le cooperative sono assai più numerose che in Provincia di Bolzano. A Trento sono associate alla « Federazione dei Consorzi », a tutto il 31 dicembre 1966, 731 cooperative. A Bolzano vi sono due Federazioni. Così come finanche in seno all'associazione delle famiglie cattoliche abbiamo una divisione fra tedeschi e ladini da una parte ed italiani dall'altra, si è ritenuto altrettanto necessario tracciare anche in questo campo una netta linea di divisione, istituendo una federazione cooperative e la cosiddetta « Unione Consorzi Cooperative e Mu-

tue ». Mentre a Trento sono associate alla Federazione 731 cooperative, a Bolzano la Federazione ne conta solo 234 e l'Unione 98. Pur assommando queste due cifre siamo ancora ben lontani dalla metà. Lo stesso dicasi relativamente al numero delle revisioni. Infatti in base a questi dati Trento ha dovuto effettuare molte più revisioni di Bolzano.

Ora vorrei fare ancora una piccola osservazione e la prego, per questo, di non volermene. Il primo gennaio 1966 la situazione a Bolzano era la seguente: all'Unione erano associate 110 o 111 cooperative, alla Federazione 220, quindi esattamente il doppio. In soprappiù quelle associate all'Unione sono nella proporzione povere e piccole cooperative, poiché quelle ricche, grosse e solide, sono associate alla Federazione. E vediamo come furono ripartiti in Provincia di Bolzano gli 11,5 milioni del 1966. Di diritto quell'importo sarebbe dovuto essere, almeno in base al numero delle cooperative, suddiviso uno a due, cioè un terzo all'Unione e due terzi alla Federazione, invece si procedette alla ripartizione in tutt'altra maniera. Al nuovo importo sono stati aggiunti anche i due milioni avanzati nel 1965, per cui la cifra da suddividere non era più di 11 ma di 13 milioni di cui 11.340.000 lire andarono alla Federazione e due milioni all'Unione. Io non mi stupisco affatto che l'Unione protesti e si lamenti in continuazione che non riesce davvero a tirare avanti, visto che è così mal dotata. La prego di non volermene per quanto le chiedo, ma forse lei potrebbe disporre che quest'anno si proceda entro i confini della provincia di Bolzano ad una ripartizione più equa e più consona al fabbisogno.

Ed ora vengo su quanto ha detto il collega Sembenotti. Questi importi, che come già detto, ammontano per il 1967 a complessivi 35 milioni, di cui 14 destinati a Bolzano e 21

a Trento tornano a vantaggio delle Federazioni e non delle singole cooperative. Essi, caso mai, non servono a rimpinguare una burocrazia ma solo a coprire in certo qual modo le operazioni passive, le grosse spese che le Federazioni devono sostenere. La legge prevede che questi contributi per le revisioni, per le consulenze, possano ammontare al 50% delle spese, ma noi siamo ben lontani da questo 50%. A Trento l'importo dei contributi ammonta press'a poco al 20%. Indirettamente questa cifra può anche tornare a vantaggio delle singole cooperative poiché in tal modo viene loro evitato di dover versare quei forti contributi che sarebbero necessari per mantenere in vita le Federazioni in parola. In tal senso dunque questo importo può sì, come detto, tornare a profitto delle singole cooperative, ma è assolutamente escluso che debba servire al rafforzamento dell'attuale burocrazia; serve soltanto a ridurre le passività delle Federazioni. Credo con ciò di aver risposto anche al collega Sembenotti e pertanto concludo le mie argomentazioni.)

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 440: è approvato a maggioranza.

Metto in votazione il cap. 451: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Passiamo ora all'esame dell'assessorato economia montana e foreste. La parola all'assessore.

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, ritengo di dover dedicare questa illustrazione al bilancio del mio assessorato soprattutto alle previsioni di lavoro del 1967, poiché a me pare che quanto ho avuto occasione di dire in commissione finanze e quanto

è detto e illustrato nell'apposita relazione accompagnatoria del bilancio, e per quanto riguarda le attività passate, faccia una sufficiente documentazione. Per ciò che concerne quindi l'attività da prevedersi nel '67 e più avanti, dirò subito che riteniamo di poterci fondare, per il finanziamento di questo lavoro, soprattutto su due strumenti-leggi nazionali, che sono il Piano Verde n. 2 e la legge della montagna, che entro l'anno io ritengo sarà votata dal Parlamento nella nuova edizione, con un conseguente adeguato finanziamento. Oltre a ciò è chiaro che prevediamo la utilizzazione della legge-ponte sui fiumi, ultimamente votata dal Senato, per quanto riguarda in particolare l'aspetto del settore idraulico-forestale, e poi ovviamente, come è chiaro, il bilancio regionale, attraverso le voci che esamineremo. Inizio riferendomi a quanto prevediamo di fare nel settore idraulico-forestale, in connessione soprattutto con le recenti alluvioni, che hanno in questo settore comportato particolari problemi, e in ordine alla progettazione di opere e in ordine alla esecuzione in modalità anche di carattere straordinario. Posso dire che, per quanto riguarda appunto il settore idraulico-forestale, abbiamo predisposto fino a questo momento una disponibilità di spesa di 6 miliardi e 800 milioni. Di questa somma, la massima componente è costituita dai 4 miliardi e 800 milioni che utilizzeremo sulla legge 1142 e il miliardo 150 milioni che utilizzeremo ricavandoli dalla legge per le aree depresse. Con tale somma riteniamo di avere predisposto quanto occorre per operare per due anni, quanto meno, intendendo noi, quest'anno, sia pure forzando notevolmente i tempi e i programmi, spendere complessivamente in Regione circa 3 miliardi, il che dovrà più che raddoppiare praticamente quanto siamo riusciti a realizzare l'anno scorso, nel '66, quando abbiamo speso

un miliardo e 300 milioni nel settore sempre delle opere idraulico-forestali. Questo anche comporterà che si arrivi a 230 mila giornate lavorative e una ancora maggiore meccanizzazione degli interventi, secondo un certo piano di acquisizione di macchinari che già è in atto, e con un potenziamento che andrà progredendo nei mesi, poiché allo scorso febbraio avevamo in atto complessivamente 25 squadre, alla fine del mese scorso, e complessivamente 280 operai; contiamo di arrivare, nel massimo del ritmo di lavoro, a 1000 operai che opereranno in questo settore. Divideremo l'attività in due tempi: la prima, che è quella dedicata alle cosiddette opere di somma urgenza, per le quali già sono disponibili 950 milioni, oltre a fondi regionali, e la seconda fase, che praticamente avrà inizio in maggio, sarà quella cosiddetta del ripristino e quindi della impostazione dei temi delle costruzioni di opere nuove o che si siano rese necessarie o che occorre in qualche modo consolidare lungo i corsi d'acqua. Aggiungo che in questo settore è andato maturando, e si è praticamente definito, un certo rapporto, una certa intesa con gli organi dello Stato, e quindi a livello del Ministero dell'agricoltura e del Ministero dei lavori pubblici, per i quali oggi possiamo dire di avere concretato quanto da tempo veniva auspicato e cioè una ripartizione di competenze tra Regione e Genio Civile, tale da evitare che per il futuro — ove questa definizione venga siglata in sede ministeriale, secondo la proposta anche da noi fatta e in via di massima accolta, oralmente, in sede ministeriale — che per il futuro vi siano contestazioni in questo tema. In sintesi posso dire che la Regione conviene sul criterio che all'interno dei bacini montani, classificati come tali ai sensi della legge forestale del '23, operi soltanto la Regione, attraverso i propri uffici specializzati di Trento e di Bolzano, e che il

Genio civile quindi si ritragga dall'operare lungo i corsi d'acqua compresi nei bacini montani. Il Genio civile invece opererà lungo i corsi d'acqua principali, soprattutto nel fondovalle, ma non solo nel fondovalle, in quelli che sono corsi d'acqua di terza categoria o che hanno i requisiti per essere classificati tali e in quanto tali sono già oggi esclusi dai bacini montani, per quanto, ripeto, non classificati e quindi sono in questo momento corsi d'acqua senza un padre.

Abbiamo pure, convenendo su questi criteri, proposto al Ministero dei lavori pubblici che, oltre a provvedere alle classifiche dei corsi d'acqua appunto di terza categoria, si preveda una diversa classificazione per alcuni corsi d'acqua, l'Isarco, il Talvera e il Brenta, che noi giudichiamo abbiano ad essere classificati in seconda categoria, poiché essi hanno le caratteristiche per essere inseriti in tale categoria.

Abbiamo pure chiesto in sede ministeriale che ci venga riconosciuta la totale competenza in materia di polizia idraulica, ed è un tema questo fortemente contestato e contrastato, poiché certamente le norme di attuazione di per sé non ci consentono di fare questa richiesta, anche se il buon senso dovrebbe avallarla. Credo che al limite potremmo trovare una formula di intesa fra Regione e Ufficio del Genio civile, al fine di realizzare, lungo i corsi d'acqua sui quali noi lavoriamo, queste opere di polizia idraulica, che sono indispensabili tanto quanto le opere stesse che andiamo a costruire. Sempre nel settore delle sistemazioni idraulico-forestali, cito un avvenimento ormai imminente, la conferenza dell'« Adige », che avrà luogo a Trento il 7 e 8 aprile e che è singolarmente dotata, vorrei dire, dal punto di vista dei relatori, che sono uomini tra i più eminenti nel campo della pratica e anche della scienza. Noi vogliamo dare un'impostazione molto pra-

tica a questa conferenza, ma è chiaro che anche l'apporto che ci verrà dalla presenza e dalle relazioni o dalle comunicazioni di eminenti specialisti nel settore dell'idraulica, ci potrà favorire notevolmente nel chiarire a noi stessi, in quanto occorra, le idee circa la dimensione del tema e il modo di affrontare il tema stesso e cioè le opere nell'ambito dei bacini montani della Regione. È chiaro che noi facciamo questa conferenza con lo spirito di agevolare il lavoro in atto in sede nazionale, attraverso la commissione Demarchi, la commissione dei fiumi, la quale prevede di completare la propria attività con la predisposizione di un disegno di legge, quello cosiddetto della sistemazione del suolo, e che dovrà dare seguito allo stanziamento, già prevedibilmente in atto tra non molto, della legge - ponte dei fiumi, che è notoriamente di 200 miliardi in due anni, 110 miliardi dei quali destinati al settore dell'agricoltura, al settore della bonifica e al settore della bonifica montana e all'assetto idraulico - forestale.

Vi è poi un altro aspetto che mi preme sottolineare del lavoro in corso, che è quello che prelude alla predisposizione definitiva del piano di intervento, del quale più volte si è parlato, e che riguarda uno schedario, per così dire, dei bacini montani, fatto secondo un lavoro, pressoché ultimato nella fase preliminare, e che è tale da poter consentire di classificare, secondo caratteristiche a livello evidentemente di opere tecniche da effettuarsi, i singoli bacini della Regione, quindi con conseguenti previsioni di spesa e quindi con possibilità di dislocare nel tempo tutto quanto occorrerà fare in sede di finanziamento per poter attuare questo programma. Questo lavoro già avanzato avrà, io ritengo entro l'estate, una definizione tale che dovrebbe permetterci sicuramente per l'autunno di avere il piano decennale pressoché

predisposto e tale da poter essere presentato anche all'attenzione del Consiglio regionale.

Mi intrattengo poi su un secondo aspetto del lavoro che riguarda i ripristini, per così dire, post-alluvionali; mi riferisco alla operazione Cadino, come chiamiamo l'operazione che abbiamo già messo in atto e già avviata nella foresta demaniale della Valle di Fiemme, là dove l'alluvione del 4 novembre ha abbattuto complessivamente, su una superficie di 300 ettari, 60.000 mc. di legname. E qui evidentemente il tema si è posto e si pone in una prospettiva del tutto eccezionale, tale da richiedere conseguenti impegni anche di ordine organizzativo e del tutto eccezionali. Dico che per questo aspetto noi abbiamo considerato opportuna e possibile anche una presenza in dotazioni meccaniche specializzate del Consiglio nazionale delle ricerche, il quale va intervenendo già nella operazione a collaborazione con l'attività che noi, come assessorato, abbiamo predisposto, e come Regione abbiamo già messo in essere. Questa operazione verrà effettuata direttamente dalla Regione e quindi abbiamo abbandonato, dopo opportuna considerazione delle cifre, l'ipotesi che il legname schiantato nella foresta venisse venduto tale e quale, come giaceva, a privati e operatori, perché essi poi provvedessero alle operazioni del caso. Abbiamo studiato opportunamente il tema e confrontato le cifre; abbiamo visto che quel tanto che i privati operatori ci assicuravano per l'acquisto del legname come stava, quel tanto stesso può essere sicuramente assicurato dalla nostra attività diretta e attraverso la nostra organizzazione. Il che comporta, nelle previsioni fatte, che si abbia a stabilire un programma in tre anni, ma che si avrà quest'anno una principale iniziativa, consistente nell'esbosco di tutto il legname abbattuto, cioè in tutti i 60 mila mc., e quindi la sramatura e la scortecciatura conseguente, al

fine soprattutto di evitare che si abbiano infezioni e quindi il fenomeno del bostrico, con conseguenze anche economiche che sarebbero veramente pesanti. Fatta questa operazione entro l'anno, già quest'anno inizieremo la scelta e la lavorazione del legname nella segheria di Predazzo, ove concentriamo la lavorazione, e anche in quella del Latemar. E questa seconda fase avrà inizio quest'anno, ma particolare sviluppo l'anno prossimo e una coda di sviluppo ulteriore ancora nel terzo anno, quando completeremo anche la fase delle vendite del legname che in questo modo abbiamo lavorato. A conti fatti, a valutazioni serie e approfondite, noi riteniamo che questa operazione comporti complessivamente nel triennio spese per 573 milioni e una conseguente entrata, attraverso le vendite del legname e segato e tondo, per 985 milioni. Questa operazione, fatta da noi e studiata con estrema serietà, è quella che dovrebbe anche consentire di evitare che una troppo sollecita e totale immissione nel mercato, soprattutto locale della valle di Fiemme, del legname, quale sarebbe venuto pensabilmente se l'iniziativa avesse fatto capo a operatori privati, possa invece essere dislocata nel tempo, quindi consentendo anche di evitare turbamenti di mercato quali altrimenti noi riteniamo sarebbero potuti avvenire. A questo riguardo, di ciò che concerne l'attività del demanio forestale, posso dire che è stato già predisposto dalla Giunta regionale un disegno di legge che dovrà dare una fisionomia giuridica all'azienda forestale regionale; tale disegno di legge è già nella commissione legislativa a livello dei tecnici e sarà tra non molto esaminato dalla Giunta regionale. Ciò evidentemente consente anche di rispondere ad un quesito che il cons. Corsini aveva avanzato qui nella discussione generale, cioè su quello che concerne l'andamento della gestione del settore

forestale con riguardo al demanio. Io dico che se ci siamo orientati — e già ripeto il disegno di legge è pronto per la realizzazione dell'azienda — ciò è proprio al fine di fare alcune operazioni di chiarificazione al riguardo, in modo da portare tutte le voci pertinenti dentro ciò che concerne la gestione e l'andamento del demanio forestale. Dico tuttavia che per quanto riguarda cifre alle quali egli si era riferito al fine di sapere se l'andamento è positivo o negativo, io mi riferisco a quanto in linea di massima, come larga indicazione, noi abbiamo ricavato dall'andamento del 1966, dicendo che complessivamente le spese per il governo delle foreste, per così intendersi, quindi dalle strade alle utilizzazioni e via dicendo, hanno comportato un esborso di 213 milioni; le spese sostenute per il pagamento di 34 operai di ruolo e per il personale direttivo sono ammontate a 120 milioni. Quindi un totale di 335 milioni a fronte di un'entrata di 295 milioni. Questa differenza intorno ai 40 milioni ha una sua giustificazione, comunque, almeno parziale, e che è derivante dal fatto che, per conseguenza dell'alluvione, non si sono potute effettuare aste nel mese di novembre, quali erano in programma, ed esattamente un'asta di 28 milioni — tale è stato il frutto di quell'asta fatta in febbraio — del legname esboscato dalla foresta di Cavalese . . .

CORSINI (P.L.I.): Posso interromperla, per evitare poi? Le spese del personale sono tutte comprese?

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): Sì. Devo poi aggiungere che, indipendentemente dalla costituzione dell'azienda, sono in atto dall'anno scorso delle iniziative di razionalizzazione ulteriore del set-

tore, e questo ha avuto soprattutto riflesso nella chiusura di tre segherie del Trentino e nella concentrazione del legname a Predazzo. Questo ha comportato che si sia avuta una maggior resa del legname segato del 26% rispetto a quanto avveniva precedentemente con la diversa distribuzione del legname e della sua lavorazione in tre segherie, con un incremento di 1684 lire per mc. Devo dire che un tema che si porrà per l'azienda forestale sarà comunque questo al quale mi riferisco adesso, cioè della opportunità o meno di procedere anche alla operazione di lavorazione del legname, cioè nel mantenere o meno in piedi queste segherie che abbiamo, le quali evidentemente, ove si vogliono portare su un piano di totale competitività, comportano degli ammodernamenti tecnologici che sarà indispensabile realizzare. Mi riferisco poi, dal momento che ho accennato al disegno di legge sul demanio, a due altri disegni di legge — ai quali ha fatto riferimento mi pare anche il cons. Vinante nella discussione generale — cioè un disegno di legge a carattere alluvionale, che riguarda il ripristino della viabilità alluvionale, attraverso un intervento sia in conto contributo, sia attraverso un mutuo agevolato, e un secondo disegno di legge che riguarda l'operazione di esbosco del legname, cioè la fase precedente all'asportazione del legname. Dovremmo in questo modo prevedere, per questa fase di esbosco, operazioni complessive finanziate in modo agevolato e quindi dalla Regione, per un miliardo circa nei boschi della Regione, e per il secondo aspetto, quello del ripristino della viabilità forestale, una operazione complessiva su 600 Km. di strade, che risultano appunto in regione alluvionate. Mi riferisco poi a due ulteriori disegni di legge, già predisposti, e che andranno anch'essi prossimamente all'esame del comitato legislativo a livello tecnico: uno che istitui-

sce un fondo di rotazione regionale per il finanziamento dei piani economici silvo-pastorali, in modo da agevolare la predisposizione di questi fondamentali strumenti di buon governo della foresta, ed un secondo che prevede la partecipazione della Regione a consorzi di custodia boschiva da farsi nella provincia di Trento e nella provincia di Bolzano, questo al fine di alleviare i grossi oneri attuali che sono tipici del settore e che sono sostenuti dai comuni, e anche al fine di riordinare questo settore, di fronte a una sovrabbondanza di custodi comunali e di fronte a una diversa dimensione che occorre dare a questo tema, anche nella sua dimensione geografica e quindi rispetto a compiti di istituto. Mi riferisco infine a due altri aspetti che completano questi accenni di massima al settore del quale mi occupo, ed un primo è quello che concerne il settore silvo-pastorale. Io vorrei qui dire che l'atto conclusivo di questo lavoro, che è già in atto e già avviato, riguarderà una vera e propria carta delle malghe. E questo, cosa significa? Significa che, attraverso il ripristino dei due uffici che si occupano del settore dell'agricoltura presso i ripartimenti di Trento e di Bolzano, avvenuta l'anno scorso, abbiamo già effettuato 70 sopralluoghi; stiamo individuando le zone tipiche ove una tale attività ha ragione economica per essere sostenuta e per poter proseguire, e quindi per dare anche agli interventi che noi effettueremo, tramite il Piano verde soprattutto, dei sostegni ad iniziative che abbiano un autentico fondamento economico e che non si riversino soltanto, come fin qui troppo spesso avveniva, nella costruzione o ricostruzione di stalle, comunque nella parte muraria di questo tema, ma che riguardino complessivamente l'aspetto dello sfruttamento dei pascoli attraverso la bonifica e un miglioramento dei pascoli, che sono anch'essi evidentemente condizione primaria

perché queste attività abbiano a sostenersi. E questo facciamo anche utilizzando le risorse nuove della tecnica o della scienza. Abbiamo avviato l'anno scorso un esperimento che ha dato fin qui per quello che si è visto interessanti e positivi risultati in valle di Fiemme, al fine di restituire al pascolo una zona di montagna che non era utilizzabile in nessun modo, una fascia lungo l'Avisio estremamente interessante come possibilità di sfruttamento e secondo un piano che appunto l'anno scorso ha avuto una prima esecuzione, che quest'anno verrà proseguito, al fine di poter consentire che, attraverso questa bonifica di queste zone non produttive, si possa destinare alla zootecnia nuove aree di insediamento e tali da consentire di conseguenza che anche le prospettive che in quella valle in modo specifico esistono nel settore lattiero-caseario, possano avere opportuna continuità. Ma iniziative di questo tipo prevediamo anche per l'Alto Adige, e questo attraverso soprattutto l'uso dell'elicottero della Regione, attraverso l'uso dei prodotti chimici concentrati, attraverso quindi quel tanto che la scienza e la tecnica oggi ci può consentire in modo assai egregio.

Un secondo aspetto al quale mi riferisco, fra i compiti di istituto, è quello dei comprensori di bonifica montana. È noto che il Piano verde n. 1 e anche il Piano verde n. 2 prevedono la delimitazione di determinati territori nei quali sia fortemente necessaria una ripresa in senso anche economico e sociale, che prevede delle agevolazioni in misura straordinaria con carico pressoché totale presso l'ente pubblico, lo Stato o la Regione nel caso nostro, al fine di effettuare opere pubbliche; infrastrutture quindi fondamentali che possono andare dagli elettrodotti, agli acquedotti, alle strade. Già sul primo Piano Verde si sono potute concretare opere di estremo interesse; la nuova

dotazione del Piano Verde potrà consentirci, sia pure con non grande dimensione di fondi, perché le trattative fatte fin qui assicurano una certa quota, ma che certamente non è sufficiente per venire incontro a tutte le necessità, dovrebbe permetterci di realizzare ulteriormente opere e nel Trentino e nell'Alto Adige. Dico tuttavia che, fino a questo momento, lo Stato ha di fatto riconosciuto nella regione, come comprensori di bonifica montana, solo il 3% del territorio, il che ha obbligato la Regione a intervenire con propri fondi sulla legge n. 4, per le altre zone non comprese nei territori di comprensorio riconosciuti dallo Stato. Noi ora abbiamo impostato un discorso specifico dei comprensori di bonifica montana nell'ambito del nuovo disegno di legge sulla montagna; e poiché la nuova legge della montagna sarà articolata in modo che prevedibilmente il 70% degli interventi saranno destinati ai comprensori di bonifica montana, noi abbiamo già fatto le opportune proposte a Roma, in sede ministeriale, perché l'estensione del territorio da classificarsi in comprensori di bonifica, venga portato dal 3% al 38% complessivamente, tenendo conto della situazione di fatto e cioè del fatto che purtroppo in passato vi è stata una certa iniziativa direi un po' spinta nei territori appenninici, che hanno portato purtroppo le zone tipicamente montane — mi riferisco al Piemonte e al Veneto — in una posizione di un certo disagio. E quindi, considerato che non si prevede di classificare più di un milione e mezzo di ettari nuovi come comprensori di bonifica, noi abbiamo dovuto fare una proposta che sia mediamente quella più conveniente per noi, anche se evidentemente avremmo titolo per fare proposte più in là, più avanzate, arrivare almeno al 60% di comprensori di bonifica, rapportati al territorio regionale. Questo in riferimento al Trentino e al-

l'Alto Adige, evidentemente, tuttavia con conseguenze che ritengo positive per l'una e per l'altra provincia.

Accenno poi all'aspetto specifico forestale, diciamo, al settore dei vivai, al settore delle strade forestali. Un certo sforzo di razionalizzazione in questo settore si va conducendo, si è in parte attuato, una sua scadenza nel settore dei vivai l'avremo nel 1970. Noi giudichiamo che l'attuale produzione di piante, intorno ai 5 milioni e 700 mila piante all'anno, sia sufficiente per venire incontro alle esigenze della regione. E quindi riteniamo che, con gradualità, sia possibile prevedere una riduzione dei vivai, che tuttavia dovrebbe avere un certo compenso, per quanto questo occorra, in una acquisizione di vivai, sul quale sia possibile più intensamente utilizzare mezzi meccanici, e quindi su superfici più estese. Noi abbiamo calcolato che su 42 vivai che erano esistenti nel '61 in provincia di Bolzano, diventati 27 l'anno scorso, sia possibile arrivare entro il '68 a 15 vivai. Per la provincia di Trento sarà possibile passare da 21 dell'anno scorso a 13 della fine '69 e, ripeto, assicurando in ogni modo quel tanto che è indispensabile per le opere di forestazione, che, come è noto, sono anche previste a titolo di agevolazione di incremento dal nuovo Piano Verde, e questa è la novità del Piano Verde n. 2, poiché il n. 1 non si occupava in modo esplicito del settore forestale.

Per quanto attiene poi alla viabilità forestale, io so quanto sia un tema di estremo interesse e per il Trentino e per l'Alto Adige, vorrei dire soprattutto per l'Alto Adige, data la struttura geografica ed economica della situazione. E io posso dire che non è una novità la volontà di voler fare strade, e se mai il discorso concerne la possibilità di finanziare in modo adeguato. Il nostro obiettivo sarebbe

quello di raddoppiare l'attuale dotazione di strade forestali entro il ventennio, passare cioè da 6 mila Km. attuali a 12 mila Km., e quindi con un passaggio dall'attuale dotazione di 10 ml. per ettaro ai 20. Questo tema, questa prospettiva, tuttavia, ha bisogno di essere inquadrata nelle reali possibilità finanziarie, che ora sia la legge della montagna nuova, sia il Piano verde esistente, sia le possibilità regionali, potranno consentirci di dimensionare con esattezza. Posso dire tuttavia che l'anno scorso in provincia di Bolzano, dove, ripeto, il tema mi pare particolarmente urgente, abbiamo realizzato strade per 100 Km. circa. È noto come questo comporti conseguenze positive e in ordine alla valorizzazione del legname, poiché là dove si fanno strade forestali il legname acquisisce subito un maggior prezzo, tra le mille e le due mila lire il mc., e anche attraverso la apertura di nuovi itinerari a carattere turistico. Con ciò, evidentemente, agevoliamo la montagna anche in questo aspetto di attrazione che essa può rappresentare in modo specifico. Dico poi che utilizzeremo anche noi il FEOGA, cioè Fondo europeo di orientamento di garanzia, e le possibilità finanziarie che il FEOGA consente attraverso il MEC. Abbiamo impostato in sede romana, per ora, del Ministero agricoltura e foreste, un programma di strade forestali per 780 milioni in provincia di Bolzano, che riguarderanno soprattutto la Val d'Ultimo e la Valle Venosta. Posso dire che l'esame già avvenuto in sede ministeriale ha comportato un giudizio favorevole, cosicché questo programma per la Val d'Ultimo e la Val Venosta verrà inserito in quello ufficiale del Ministero, che verrà inviato a Bruxelles, e che evidentemente, oggi come oggi, non assicura che Bruxelles finanzierà questo programma, tuttavia io dico che, poiché siamo in buona posizione e siamo, tutto sommato, quelli che più hanno insistito

a Roma perché questo avvenisse, rispetto anche ad altre regioni o province, io ritengo che le possibilità di arrivare con il tempo a questo finanziamento dovrebbero essere abbastanza consistenti. C'è un ultimo accenno che desidero fare in risposta soprattutto al cons. Brugger e al cons. Kapfinger, e che concerne la vicenda del concorso per le 24 guardie forestali di lingua tedesca. Io dico subito che se ci vogliamo riferire al calendario, cioè ai tempi di attuazione di questo concorso, indubbiamente le critiche del cons. Brugger e del cons. Kapfinger hanno fondamento. Non accetterei tuttavia una interpretazione che è stata data, anzi non la posso accettare, e che cioè questa diluizione dei tempi di attuazione del concorso nel tempo sia avvenuta con intenzione, cioè si sia voluto ritardare questo fatto. Non c'era e non c'è mai stata alcuna intenzione al riguardo, anche se convengo, posso convenire che il meccanismo dei concorsi pubblici — non solo per colpa nostra, evidentemente, noi dobbiamo anche riferirci a norme di carattere generale dello Stato — è estremamente macchinoso, troppo complesso, troppo lungo. Io riconosco bene, cons. Kapfinger, che è in sé assurdo che tutti i candidati al concorso per guardie forestali, che per 24 posti sono stati 399, è assurdo che tutti debbano fare la visita medica e che invece la visita medica non sia riservata a quei 25 che frequenteranno il corso. Tuttavia a ciò siamo indotti da una disposizione di legge del 1964, e evidentemente alla legge occorre riferirsi. Se mai sarà compito nostro, di legislatori, fare maggiore attenzione anche a questi aspetti. Dico purtroppo — e questa è una notizia dolente che devo dare — che le visite mediche fin qui effettuate hanno fatto registrare una piuttosto notevole incidenza di guai fissi, che i medici hanno rivelato, cosicché è da temere che almeno il 40% dei concorrenti de-

ve essere scartato per questo fatto delle infermità fisiche venute in rilievo in sede di visita medica. Complessivamente quindi 324 di lingua tedesca, 64 di lingua italiana e 7 ladini hanno fatto questa domanda di partecipazione a questo concorso per 24 posti.

Al cons. Kapfinger interessava in modo particolare avere una qualche ripartizione sui titoli di studio. Dico che i candidati forniti di licenza elementare, complessivamente erano 253, candidati forniti del titolo di licenza di scuola media statale inferiore erano 15, candidati forniti del titolo di scuola media superiore erano 21. Di essi molti avevano già diplomi che li ponevamo come particolarmente idonei a conseguire questo concorso: la frequenza alla scuola di Edolo, la frequenza ad una scuola superiore forestale, la frequenza alla scuola di Rotholz in Austria, per 21 dei richiedenti di lingua tedesca. E a questo punto posso dire che, superati gli intoppi che sono stati molteplici, non ho alcuna difficoltà a dirlo, ma che in ogni modo non sono stati intenzionali, ora la Giunta regionale ha già nominato 15 giorni fa la commissione, che dovrà procedere all'esame, alle prove per i candidati e già le visite mediche sono pressoché ultimate. Faccio presente tuttavia che 50 dei richiedenti non si sono presentati alla prova, non si sono presentati alla visita medica, per ragioni loro evidentemente, e quindi praticamente le file saranno molto assottigliate. Comunque, a questo punto — eventualmente posso anche documentare le varie fasi dell'attuazione di questo concorso — a questo punto, ultimata la visita medica, siamo nella possibilità di dare il via in modo definitivo a queste prove e conseguentemente ai 5 mesi di scuola che sono previsti per i 24 che parteciperanno al concorso.

Concludo con un altro accenno al quale mi induce un'osservazione del cons. Brugger.

Egli dice: occorre, nel settore forestale, insistere maggiormente nell'aspetto dell'aiuto, della consulenza, per così dire, più che nell'aspetto repressivo. Io concordo pienamente con quello che lui dice, anche se evidentemente è chiaro che in questo settore possono esservi norme e disposizioni di carattere repressivo, come ci sono in tutti i paesi del mondo. Devo dire però che a fronte — mi riferisco alla provincia di Bolzano — di 456 contravvenzioni fatte nel '56, dieci anni fa, l'anno scorso esse sono state appena 105, per un complesso di 2 milioni 600 mila lire, mi pare, di contravvenzioni, che fa intendere come non si tratti in ogni caso di grosse cifre, in ogni caso non si tratta di molte contravvenzioni. Nel Tirolo, posso documentare che si è molto più, non dico avanzati in questo settore, perché non è un settore nel quale è utile essere avanzati, comunque si va sulle 3-400 contravvenzioni, almeno per quanto riguarda l'anno scorso.

Concludo con un accenno ultimo all'aspetto della ricerca applicata e all'aspetto della ricerca scientifica. Voglio dire che è già in costruzione il Centro del legno, che tutte le opere conseguenti alla realizzazione del Centro del legno sono già appaltate. Si tratta di un investimento di 340 milioni, al quale provvede la Regione e la Provincia di Trento in quota parte. Interverrà a suo tempo il Consiglio nazionale delle ricerche, il quale avrà sotto la sua egida quanto riguarda l'aspetto scientifico e la ricerca applicata al settore del legno. Voglio dire che questo è un aspetto da mettere in rilievo: è l'unico istituto di questo tipo esistente in Italia, e noi adesso andiamo sviluppando un'azione intesa a fare in modo che quanti operano nel settore del legno, dagli artigiani ai grossi industriali, ai mobiliari e via dicendo, vengano in questa sede a utilizzare le ricerche di quanto si va già facendo, sia pure presso

una sede non definitiva, a S. Michele, oggi in questo settore della ricerca applicata.

Mi riferisco poi a un secondo collegamento, che si ha contemporaneamente con l'Università di Firenze e con l'Università di Padova, per l'aspetto selvi-culturale. Cioè a noi pare che questo fatto della selvicoltura abbia da essere portato sempre più a confronto con quanto le ricerche scientifiche oggi suggeriscono e consentono, e che quindi le iniziative in atto presso queste Università e che noi intendiamo più solidamente agganciare e più solidamente anche, per quanto ci riguarda, incrementare, possano poi tramutarsi in opportuni e utili consigli e orientamenti presso i nostri tecnici, presso gli ispettori forestali, affinché appunto sempre di più, come auspicava il cons. Brugger, come auspicava il cons. Volgger, questa attività forestale sia di maggiore utilità per l'economia della nostra regione e in modo specifico evidentemente per una economia spesso depressa o manchevole, qual è l'economia montana della nostra regione.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Ich werde sehr kurz sein, Herr Präsident! Ich danke dem Herrn Assessor für seine Ausführungen. Er hat uns manches Erfreuliche gesagt und auch manches weniger Erfreuliche. Ich möchte nur auf einen Sektor zu sprechen kommen, und das ist der Bau von Güterwegen. Da habe ich vom Herrn Assessor eine präzise Stellungnahme vermißt. Der Herr Assessor wird sich vielleicht erinnern, daß die Fraktion der Südtiroler Volkspartei bei der vorigjährigen Bilanzdebatte folgende Tagesordnung eingebracht hat:

« Der Regionalrat stellt fest, daß es in den Berggebieten der Provinz Bozen noch viele Dörfer, Weiler und Fraktionen gibt, die überhaupt über keinerlei Verkehrswege verfügen. Er stellt fest, daß ohne die verkehrstechnische Erschließung dieser Berggebiete keine wirtschaftliche Entwicklung in den genannten Gegenden möglich ist und deswegen vor allem die Jugend zur Abwanderung und Auswanderung gezwungen ist. In Anbetracht dieser besorgniserregenden Lage in den genannten Gebieten, verpflichtet der Regionalrat den Regionalausschuß: 1. zur schnellsten Ausarbeitung eines Planes zur verkehrstechnischen Erschließung dieser Bergzonen; 2. zur Einbringung eines Gesetzentwurfes im Regionalrat zum Bau von Güter- und Forstwegen in der Bergzone, mit welchem die bürokratischen Schwierigkeiten der Ausarbeitung von entsprechenden Projekten beseitigt werden sollen und die Erstellung dieser Wege vereinfacht werden soll; 3. zur Bereitstellung der Geldmittel, um die bereits vorliegenden Beitragsgesuche der Provinz Bozen raschestens erledigen zu können ».

Das war die Tagesordnung, Herr Assessor Grigolli, die wir voriges Jahr als Fraktion eingebracht haben. Sie haben diese Tagesordnung angenommen, der Regionalausschuß hat sie angenommen. Nun müssen wir leider feststellen, daß bisher weder ein Plan ausgearbeitet noch das berühmte Gesetz eingebracht wurde, durch welches die bürokratischen Schwierigkeiten — Sie kennen diese besser als ich, denken wir nur an Ulten, das Sie schon erwähnt haben — beseitigt werden können. Ich vermissen also in Ihren Ausführungen Hinweise auf diese Tagesordnung. Bezüglich der Geldmittel sind Sie auch sehr generell geblieben.

Ich würde Sie nun bitten, in Ihrer Antwort festzustellen, wieviel Gesuche um Erstel-

lung von Güterwegen bei der Region und beim Landesforstinspektorat vorliegen, und die Höhe der Beträge, die notwendig sind, um diese Gesuche erledigen zu können. Ferner würde ich Sie bitten uns zu sagen, ob Sie nicht doch diesen Gesetzentwurf zum Bau von Güterwegen einbringen wollen. Wie Sie wissen, haben die anderen Regionen Sardinien, Aosta und Friaul-Julisch Venetien bereits solche Gesetze. Drittens würde ich Sie bitten, genau zu präzisieren, welche Geldmittel Sie eventuell zur Verfügung stellen können. Ich weiß, Herr Assessor, daß Sie an dieser Sache sehr interessiert sind, daß Sie ein Herz dafür haben. Das habe ich auch persönlich feststellen können. Ich weiß, daß Sie für die Bedürfnisse dieser Bergbevölkerung sehr, sehr aufgeschlossen sind, daß Sie selbst von der Notwendigkeit des Baues dieser Güterwege überzeugt sind. Nur würde ich Sie bitten, in Ihrer Antwort noch genauer zu werden.

Noch folgendes: Sie wissen auch, daß es in der Provinz Bozen noch große Zonen gibt, die über kein elektrisches Licht verfügen. In Ulten, in Tall, in Karneid gibt es Gegenden, die überhaupt keinen elektrischen Strom haben. Im zweiten Grünen Plan sind 8 Milliarden für die Erstellung von elektrischen Leitungen vorgesehen, 20% der Kosten zahlt das ENEL und 80% der Staat. Ich würde Sie sehr, sehr bitten, daß man die Prozeduren zum Bau dieser Leitungen beschleunigt. Ich würde Sie darum wirklich von Herzen bitten. Sie haben sich selbst überzeugen können, wie schwierig die Lage dieser Menschen ist, die keinen Weg, kein Wasser und kein Licht haben. Ich hoffe, daß Sie uns in Ihrer Antwort zufriedenstellende Auskünfte geben können.

(Sarò breve signor Presidente. Ringrazio il signor assessore per le sue esposizioni. Egli

ha detto delle cose soddisfacenti ed altre che lo sono di meno. Io desidererei toccare un solo settore e precisamente quello che riguarda la costruzione di strade interpoderali. Ho notato in merito, la mancanza di una precisa presa di posizione da parte del signor assessore, il quale si ricorderà forse che il gruppo della S.V.P. ha presentato l'anno scorso, in occasione del dibattito sul bilancio, il seguente ordine del giorno:

« Il Consiglio regionale ha accertato che nelle zone montane della provincia di Bolzano molti paesi, borgate e frazioni sono assolutamente privi di vie di comunicazione. Ha accertato inoltre che l'impossibilità tecnica di accesso a quelle zone ne impedisce lo sviluppo economico, per cui, soprattutto la gioventù, è costretta ad andarsene, ad emigrare. In considerazione di questa inquietante situazione nelle citate zone, il Consiglio regionale impegna la Giunta regionale: 1. alla rapida elaborazione di un piano per l'accessibilità a queste zone; 2. alla presentazione in seno al Consiglio regionale di un disegno di legge per la costruzione di strade interpoderali e forestali nelle zone di montagna; questo disegno di legge deve servire ad eliminare le difficoltà burocratiche relative all'elaborazione dei necessari progetti e semplificare in tal modo la costruzione di quelle strade; 3. a mettere a disposizione i fondi necessari per dare rapida evasione alle domande già giacenti negli uffici della Provincia di Bolzano ».

Questo, assessore Grigolli, era l'ordine del giorno che il nostro gruppo ha presentato l'anno scorso. Lei lo ha accettato come lo ha accettato la Giunta regionale. Ebbene dobbiamo purtroppo prendere atto che finora non è stato né elaborato un piano e neppure presentato quel disegno di legge, mediante il quale si dovrebbero eliminare le difficoltà burocrati-

che che lei conosce meglio di me; ci basti pensare alla Val d'Ultimo. Ho notato dunque nelle sue esposizioni un mancato richiamo a quell'ordine del giorno. Anche in merito ai mezzi finanziari lei si è mantenuto sulle generali.

La pregherei di voler nella sua sua risposta precisare, quante domande relative alla costruzione di strade interpoderali giacciono presso la Regione e presso l'Ispettorato provinciale alle foreste, ed accertare l'entità degli importi necessari per soddisfare dette domande. Vorrei pregarla inoltre di dirci se intende presentare questo disegno di legge per la costruzione delle strade in parola. Come lei sa, nelle altre Regioni, ossia Sardegna, Val d'Aosta, Friuli-Venezia Giulia vigono già queste leggi. Vorrei chiederle in terzo luogo, quali fondi potrebbe eventualmente mettere a disposizione. Io so signor assessore che lei è parecchio interessato alla cosa, che la faccenda le sta a cuore; l'ho potuto infatti constatare personalmente. So che lei è molto, molto aperto ai fabbisogni di questa popolazione e so anche come lei stesso sia convinto della necessità di queste strade. Ebbene la prego di volerci fornire una risposta davvero esauriente.

Ed ancora questo: lei è anche a conoscenza che vaste zone della provincia di Bolzano non dispongono di luce elettrica. In Val d'Ultimo, Talle, Cornedo vi sono contrade prive assolutamente di corrente elettrica. Nel secondo Piano Verde è prevista una spesa di otto miliardi per l'installazione di elettrodotti, spesa di cui il 20% è a carico dell'ENEL e l'80 per cento a carico dello Stato. La prego caldamente, a che vengano accelerate le procedure per la realizzazione di questi elettrodotti. Lei ha potuto constatare di persona quanto sia scabrosa la situazione di quella gente priva di strade, di acqua e di luce. Spero proprio che lei

possa darci in merito una risposta tranquillizzante.)

PRESIDENTE: La seduta è tolta e riprendiamo alle ore 15.

(Ore 12.30).

Ore 15.18.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Mi permetta, signor Presidente, di fare una richiesta, a nome del gruppo liberale, sull'ordine dei lavori. Nell'intervallo tra la seduta di questa mattina e la seduta del pomeriggio, abbiamo avuto una comunicazione da parte del nostro Presidente del comitato regionale del P.L.I., il quale ci prega di tenerci liberi per una convocazione urgente per mercoledì mattina e mercoledì pomeriggio, per discutere intorno al contenuto del pacchetto, quel pacchetto che ormai è stato reso noto attraverso la stampa e anche attraverso una conoscenza diretta, come ho avuto io stesso occasione di dire in seduta. Per cui io la pregherei, signor Presidente, di voler prendere in considerazione le necessità anche dei gruppi di minoranza, e consentire che la seduta di mercoledì venga rinviata. Poiché questa mattina è accaduto quello che è accaduto — io non ero presente a come si sono svolti i fatti in quest'aula — io tengo a dichiarare che sono estremamente dispiacente di dover fare questa richiesta, perché non sembri una forma di ritorsione od altro nei confronti di consensi che

sono stati dati ad altri gruppi. Dichiaro, sotto la mia personale responsabilità, che quanto chiedo corrisponde alla verità di fatto e pertanto prego la Presidenza del Consiglio di voler avere anche verso il gruppo liberale gli stessi riguardi che sono stati avuti verso altri gruppi. Grazie.

PRESIDENTE: Convocherò i capigruppo poi. Intanto do la parola al cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Der Herr Assessor hat uns heute in einem ausführlichen Bericht Mitteilung gemacht über die derzeitige Situation und über die derzeitigen Möglichkeiten im Bereiche seines Assessorates. Bereits mein Vorredner hat gesagt, in diesen Mitteilungen war Gutes und weniger Gutes enthalten. Ich will mich jetzt nicht so sehr über die mehr oder weniger große Güte unterhalten, sondern ein paar Probleme vorbringen, unter denen leider auch das Problem der Wildbachverbauung nicht fehlen kann.

Ich habe zuerst zum Kap. 481 um das Wort gebeten. Hierzu muß ich dem Herrn Assessor bestätigen, daß er mir verschiedene Fragen, die ich beabsichtigt hatte an ihn zu richten, in seinen Mitteilungen schon beantwortet hat. Ich muß aber mit Bestürzung feststellen, daß gerade durch diese Mitteilung das Ausmaß der Schäden, die die Region in ihrem Vermögen — in diesem Falle in den Regionalforsten — erlitten hat, viel größer ist, als wir eigentlich, wenigstens ich, bis jetzt angenommen haben. Laut Ihren Mitteilungen haben Sie uns ungefähr gesagt, daß aus den aufzuarbeitenden 60.000 m³ Holz, ungefähr 900 Millionen Erlös möglich sein werden, und daß die Aufarbeitungsspesen für diese Holzmengen, wenn ich

richtig gehört habe, 400-500 Millionen Lire betragen werden, dh. also, daß als sogenannter erntekostenfreier Stockpreis (macchiatico) pro Kubikmeter nicht einmal 1.000 Lire Erlös zur Verfügung stehen werden, dabei hat gerade das Holz aus den Regionalforsten bis heute bei normalen Schlägerungen wohl immer wenigstens 10.000 Lire betragen. Wir kommen also kaum auf 600-700 Lire Nettowert — um es nicht gar zu forstlich zu sagen — pro Kubikmeter Holz, so wie es heute im Walde steht. Das bedeutet einen Schaden von über 1,5 Milliarden Lire, gar nicht zu sprechen vom sogenannten, bzw. technisch so definierten Ernteentgang, der durch das zu frühe Abholzen entstanden ist; weiters der Schaden, der am Waldboden selbst durch Zerstörungen entstanden ist, so daß wir wohl mit einem Betrag von rund 1 Milliarde Lire nur an Schaden am Vermögen der Region in diesen Regionalforsten rechnen müssen. Es wird sicher angebracht sein, falls es der Herr Assessor nicht schon getan haben sollte, auch diesen großen, von der Region erlittenen Schaden, bei jeder Gelegenheit anzumelden.

Wir haben heuer bei den Einnahmen auf Kap. 35 unter Erlös aus Regionalforsten 300 Millionen Lire vorgesehen. Diesem Posten stehen heuer bereits 332 Millionen Lire für die Ausgaben gegenüber. Wie gesagt, diese Schadenssumme von rund 1 Milliarde müssen wir, glaube ich, zu allen übrigen großen Schäden, die die Region erlitten hat, dazurechnen und versuchen, dafür eine entsprechende Berücksichtigung zu finden. Dies sollte für den Regionalausschuß Gegenstand der Verhandlungstechnik und -taktik mit den Ministerien in Rom sein.

Des weiteren hat der Herr Assessor, wenigstens nach meiner Ansicht, nur sehr kurz die Notwendigkeiten der Almwirtschaft gestreift.

Er hat wohl deren Wert hervorgehoben, hat auch finanzielle Möglichkeiten im 2. Grünen Plan, durch das in Verabschiedung befindliche neue Berggesetz gesehen; trotzdem haben wir zur Zeit, gerade auch in Hinsicht auf die heutige Bilanz, viel zu wenig finanzielle Möglichkeiten zur Verbesserung der Almwirtschaft vorgesehen. Es ist dem Herrn Assessor viel bessern bekannt als mir, wieviele Gesuche um weit über einen Milliardenbetrag z.B. nur beim Landesforstinspektorat in Bozen auf Erledigung harren.

Die Wichtigkeit des Waldwegebaues ist auch erwähnt worden. Auch ich habe mich sehr verwundert, daß der Herr Assessor dieses Problem, das er vor einem Jahr schwungvoll zur Kenntnis genommen hat, dann im Laufe des Jahres und auch in den Heutigen Mitteilungen ziemlich vernachlässigt hat und uns über das, was in nächster Zukunft geplant ist, sehr wenig gesagt hat. Ich möchte dies mit einem italienischen Ausdruck aus dem Straßengebrauch definieren: « saltato a pie' pari ».

Aber ich komme nun zum ganz großen Problem, und der Herr Assessor weiß schon, welches ich da meine: die Wildbachverbauung. Ich werde jetzt absolut nicht über die Wichtigkeit oder Dringlichkeit der Wildbachverbauung sprechen. Darüber haben wir schon alle, ich nicht als letzter, soviel gesprochen, daß es wirklich keinen Sinn mehr hat, das noch näher zu betonen. Im übrigen hat uns die Natur selbst die nötige Lektion in dieser Hinsicht gerade erst vor wenigen Monaten erteilt. Der einzige Lichtblick in diesem Unglück besteht in der Mitteilung des Herrn Assessors, nämlich, daß er berechtigte Hoffnung hat, ungefähr einen Betrag von 4 Milliarden Lire für Wildbachverbauungen zu erhalten, sei es unter Titel Wiederinstandsetzung der zerstörten Bauten wie auch zur Errichtung solcher ex novo.

Und hier muß ich leider auf die sehr unangenehme Analyse der Aufteilung dieser Geldmittel zwischen den beiden Provinzen eingehen. Wenn ich richtig informiert bin — aber es soll mich freuen, wenn mir der Herr Assessor diese meine Informationen nicht bestätigt —, dann hat Trient im vergangenen Spätherbst nach erfolgtem Unglück ungefähr einen Bedarf für 7 Milliarden Lire auf diesem Sektor angemeldet. Die Provinz Bozen, die ja erfreulicherweise im vergangenen November weniger Schäden erlitten hat, hat ungefähr 3,3 Milliarden Lire angemeldet. Und auf Grund dieser Vergleichszahlen, habe ich den Eindruck, wird nunmehr geplant und disponiert und werden auch die Geldmittel für die beiden Provinzen vorgesehen. Vielleicht ist es dabei entgangen, daß in der Provinz Bozen bereits dreimal vorher große Schäden durch Unwetterkatastrophen gerade im Sektor der Wildbachverbauung entstanden sind: im Juli 1965, im September '65 und im August 1966. In der Landwirtschaft sind ja die Schäden im August 1966 im allgemeinen Gesetz « Unwetterschäden 1966 » zusammengefaßt oder eingegliedert worden. Die Schäden, die in der Provinz Bozen eben in diesen drei Einzelfällen an Wildbachverbauungen, an Verwüstungen durch Wildbäche entstanden sind, sind jedesmal wenigstens in der Höhe von 1 Milliarde Lire gewesen, so daß wir zu den 3,3 Milliarden Lire vom November 1966 noch weitere 3 Milliarden Lire aus den drei vorherigen Unwettern hinzufügen müßten, wodurch wir leider Gottes fast auf denselben Stand kommen. Wir würden sehr gerne der Provinz Trient den Vorrang lassen, um 7 Milliarden Lire Schaden erlitten zu haben, und würden gerne behaupten daß bei uns nicht einmal die Hälfte davon gewesen sei.

Sowiet ich informiert bin, liegen beim Wildbachverbauungsamt in Bozen bereits end-

gültig, ausgearbeitete Projekte für rund 1,4 Milliarden Lire vor. Ich bin nicht informiert, inwieweit man in dieser Hinsicht in Trient vorgearbeitet hat, aber ich glaube nicht, daß man dort weiter ist. In diesem Fall dürfte wohl kaum das Verhältnis bestehen, das hier vor einigen Wochen diskutiert worden ist und wo dann zum Schluß erklärt wurde, die Provinz Trient hat so viele Voranmeldungen und Projekte eingebracht und die Provinz Bozen viel, viel weniger, weshalb Trient größere Beträge erhalten müsse. In diesem Fall möchte ich, Herr Assessor, wirklich eindringlich auf diesen Umstand hinweisen. Ich betone, ich würde mich freuen, wenn Sie mir meine Ausführungen widerlegen könnten.

Noch einige Worte bezüglich Sofortmaßnahmen, wenn ich so sagen darf, über die « Feuerwehr » in der Wildbachverbauung. Soviel mir feststeht, hat man für die Provinz Trient für Sofortmaßnahmen im Sektor Wildbachverbauungen rund 200 Millionen zur Verfügung gestellt, in der Provinz Bozen rund 12 Millionen, die jedoch auch noch nicht zur Verfügung stehen.

Gerade das ist ein ganz besonders wichtiger Umstand, denn im Wege verkürzter Projektierungen könnten kleinere Arbeiten sofort gemacht werden, auf die sonst bei normaler bürokratischer Abwicklung vielleicht ein Jahr und noch mehr gewartet werden müßte. Ob es nicht überhaupt möglich wäre, für solche kleinere Arbeiten nicht unbedingt jedesmal komplett formvollendete Projekte zuerst abzuverlangen? Mir ist bekannt, daß z.B. in unserem Nachbarland, in Nordtirol für Wildbachverbauungsarbeiten, die sich auf Baggerarbeiten oder Holzbauten beziehen, überhaupt keine Projekte abverlangt werden. Ich glaube, es wäre sehr gut, wenn dies auch bei uns möglich wäre. Hoffentlich laufen wir nicht Gefahr, daß

durch die zu ausführlich verlangte Projektierung zum Schluß keine Sperrmauern da sind und wir an der Stelle von Beton- und Zementmauern nur mehr Papier- und Dokumentmauern haben, die natürlich nicht gut standhalten würden.

Wir haben hier auch das Problem der forstpolizeilichen Maßnahmen. Sie haben uns ja heute vormittag in Ihrem Bericht erklärt, wie wichtig auch Sie es finden, daß diese forstpolizeilichen Maßnahmen Zuständigkeit der Region werden, daß aber leider trotz vieler erfolgter Versuche hierin große Schwierigkeiten, vielleicht auch politischer Art, bestehen. Es ergeben sich unmögliche Situationen in Detailfällen, die Ihnen ja bestimmt zumindestens so gut bekannt sind wie mir. Wir haben z.B. Fälle, wo unser Wildbachverbauungsamt die Möglichkeit hätte, in einem Wildbachinzugsgebiet mit den Arbeiten zu beginnen, es aber der guten Laune des Genio Civile anheimgestellt ist, ob unsere Dienststellen überhaupt Steine und Sand aus demselben Wildbach entnehmen dürfen, um im selben Wildbach mit diesem Material die Schutzbauten zu errichten. Solche Inkongruenzen können sich heute ergeben und es hat auch scheinbar schon Fälle gegeben, wo man auch kleinlich genug gewesen ist solche Schwierigkeiten zu machen. Vielleicht könnte diesen Herren so richtig vor Augen geführt werden, wie sehr hier gegen die Interessen der Öffentlichkeit vorgegangen wird. Sie haben uns erfreulicherweise mitgeteilt, daß ein Übereinkommen wenigstens vorgesehen ist, nach welchem der Genio Civile endlich die Zuständigkeit für alle Wildbäche der Region übergeben soll und Sie hoffen, daß dies beim Ministerium auch in amtlicher oder gesetzlicher Hinsicht endgültig bestätigt wird. Wie sehr das für uns wichtig wäre, ist überflüssig zu betonen. Ich möchte hier nur — wie Sie wissen, habe ich

mir es auch anläßlich der Diskussionen in der Finanzkommission zu sagen erlaubt — ganz besonders auf die derzeitigen Zustände im Einzugsgebiet der Passer im Passeiertal hinweisen, wo der Genio Civile seine Zuständigkeiten bis nach Moos ausgedehnt hat, wo wie aber gerade in der Talsohle Zustände haben, die einem Wildbach sehr ähnlich sind und wo die Passer dauernd an den Ufern wertvollsten Kulturgrund wegreißt und dieses Material in die Ebene bringt, wo es dann Überschwemmungen verursacht. Wichtig wäre, ob wir in diesen besonderen Fällen, bei Problemen, die einer dringenden Lösung bedürfen nicht eine sofortigen de-facto Regelung finden könnten.

Abschließend möchte ich mir gerne vom Herrn Assessor eine Antwort, die er mir am 19. Jänner anläßlich der Bilanzdiskussion gegeben hat, rückversichern lassen. Ich habe Sie damals gefragt, ob eine Garantie dafür besteht, daß, sobald es die Witterungsumstände erlauben, mit den Wildbachverbauungsarbeiten begonnen werden kann und ob auch die nötigen Geldmittel dann vorhanden sein werden.

Außerdem ob im Falle, daß die zwar zugesagten Staatsmittel nicht rechtzeitig flüssig geworden sein sollten, nicht die Region eine Überbrückungsmöglichkeit versehen könnte, z.B. aus unserem gemfan vielen Milliarden, die wir ja laufend beim Schatzamt in Trient liegen haben. Sie haben mir damals die Versicherung gegeben, daß nach Ihrer Kenntnis der Dinge diese Sicherheit für den kontinuierlichen Geldfluß, wenn ich so sagen darf, für diese Bauten gegeben ist und daß im allersclimmsten Fall auch die Möglichkeit einer Entleiherung aus dem Depot der Regionalkasse positiv in Erwägung gezogen werden könnte. Inzwischen haben wir ja erfreulicherweise gesehen, daß vom Staat einmal 946 Millionen Lire für diese Arbeiten zugesichert worden sind und dann noch

ein Betrag von einigen hundert Millionen. Ich hätte gerne gehört, ob auch die weiteren Geldmittel von rund 4 Milliarden, die Sie angedeutet haben, wenigstens zum Teil, ich sage nicht in allernächster Zukunft, aber in einer kurzen Zeitspanne greifbar sein werden. Denn es ist offensichtlich, daß die Wildbachverbauungen heuer ganz besonderen Belastungsproben ausgesetzt sein werden. Wenn es uns nicht gelingen wird, rechtzeitig und massiv einzugreifen, dann werden die schon entstandenen Schäden noch größer werden.

Herr Assessor, wenn Sie mir hier eine etwas beruhigende Antwort geben können, werde ich Ihnen sehr dankbar sein.

(Oggi il signor Assessore ci ha resi edotti, con una particolareggiata relazione, sull'attuale situazione e sulle attuali possibilità sussistenti nell'ambito del suo Assessorato. L'oratore che mi ha preceduto si è già espresso in merito, dichiarando che le comunicazioni dell'assessore contengono del buono e del meno buono. Io non intendo soffermarmi su questo argomento, bensì esporre un paio di problemi fra i quali, non può mancare purtroppo, quello relativo alla sistemazione dei bacini montani.)

In merito al Cap. 481, sul quale ho anzitutto chiesto la parola, devo dichiarare al signor Assessore che nella sua relazione ho peraltro già trovato risposta a diverse di quelle domande che intendevo rivolgergli. Attraverso le parole del signor Assessore devo prendere atto con sgomento come le misure dei danni patrimoniali — relativi in questo caso al settore forestale — subiti dalla Regione siano assai più rilevanti di quanto noi, o almeno io, avessi finora ritenuto. Dalle sue parole risulta press'a poco che 60.000 metri cubi di legname da lavorazione potranno fruttare circa 900 milioni di lire e che le spese per la lavorazione

di questa massa di legname ammonteranno, se ho ben capito, a 400-500 milioni, la qual cosa sottintende che resteranno a disposizione come cosiddetto « macchiatico » scarse mille lire pro metro cubo, mentre finora proprio per il legname del demanio regionale, abbattuto normalmente, il prezzo era di diecimila lire. Per il legname boschivo ancora da abbattere possiamo quindi far calcolo a malapena su di un prezzo netto di 600-700 lire per metro cubo. Ciò significa un danno di un miliardo e mezzo, per non parlare poi del cosiddetto ovvero tecnicamente definito « calo di crescita » provocato da un troppo anticipato disboscamento; vi è inoltre il danno provocato dalle devastazioni allo stesso terreno boschivo, cosicché tutto sommato dobbiamo calcolare che per il solo patrimonio forestale della Regione i danni ammontano ad un miliardo tondo. Sarebbe certamente opportuno, qualora il signor Assessore non lo avesse ancora fatto, di notificare in qualsiasi occasione anche questo altro grave danno subito dalla Regione. Per le entrate del Cap. 35 abbiamo messo in previsione, sotto la voce « Introiti del demanio forestale » 300 milioni. Come contropartita a questa cifra vi sono 332 milioni di spese. Io credo che quel citato ingente danno di un miliardo noi lo si debba assommare a tutti gli altri danni subiti dalla Regione cercando poi di tenere il tutto nel dovuto conto. Questo dovrebbe essere per la Giunta Regionale l'argomento tecnico e tattico nelle trattative con i Ministri in Roma.

Inoltre il signor Assessore, almeno a mio avviso, si è soffermato troppo brevemente sui fabbisogni dell'alpicoltura. Ne ha messo è vero in rilievo l'importanza, ed ha pure intravisto possibilità finanziarie nel secondo Piano Verde da conseguirsi attraverso la nuova legge sulla montagna in fase di approvazione; nondimeno proprio anche per quanto riguarda il bilancio

di quest'anno noi abbiamo previsto troppo pochi mezzi finanziari per il miglioramento dell'alpicoltura. Il signor Assessore sa meglio di me che, ad esempio, solo presso l'Ispettorato Provinciale delle Foreste giacciono, in attesa di evasione, istanze per un importo che supera largamente il miliardo.

E stato fatto cenno anche all'importanza della costruzione di nuove strade forestali. Io pure mi sono assai meravigliato che il signor Assessore, il quale un anno fa era parso vivamente interessato alla questione, se ne sia poi col passar del tempo occupato assai relativamente e che nella sua relazione abbia detto ben poco su quanto progettato, in merito, per il futuro. Tutto ciò potrebbe venire sottolineato da un detto di uso corrente nella lingua italiana « Saltato a pie' pari ».

Ma eccomi giunto al problema più grosso, ed il signor Assessore sa già che con ciò alludo alla sistemazione dei bacini montani. Non intendo assolutamente argomentare sull'importanza o urgenza di questo problema, poiché tutti, me compreso, ne hanno già parlato abbondantemente per cui non avrebbe senso continuare a ribadirlo, tanto più che proprio pochi mesi orsono la natura stessa ha pensato bene di impartirci la necessaria lezione in merito. L'unico sprazzo di luce in questa disgrazia, consiste in quella comunicazione del signor Assessore secondo cui egli avrebbe fondate speranze di ottenere, per la sistemazione dei bacini montani, un importo di circa 4 miliardi, da utilizzare sia per le opere di ripristino delle strutture danneggiate, che per le costruzioni ex novo. E qui devo purtroppo procedere ad una spiacevole analisi sulla ripartizione di questi fondi fra le due Province. Se non sono mal informato — mi rallegrerei comunque, qualora il signor Assessore potesse poi smentirmi — nel tardo autunno scorso la Provincia di Trento, in

seguito alle alluvioni, ha denunciato per questo settore un fabbisogno pari a 7 miliardi di lire. La provincia di Bolzano, che lo scorso novembre ha subito fortunatamente danni meno ingenti, ha denunciato un fabbisogno di 3,3 miliardi di lire. Ho l'impressione che per progetti, disposizioni ed anche per quanto riguarda i fondi previsti per le due Province ci si stia ora basando sulle cifre dianzi citate. Probabilmente in tutto ciò è sfuggito il particolare che la Provincia di Bolzano ha già subito in passato, per ben tre volte, ingenti danni alluvionali e precisamente nel luglio e settembre 1965 e nell'agosto del 1966. I danni prodotti all'agricoltura nell'agosto del 1966 sono stati incorporati nella legge generale « Danni alluvionali 1966 ». La nostra Provincia per quanto toccato appunto nei tre specifici casi, ai bacini montani e per le devastazioni provocate dai torrenti in piena ha dovuto ogni volta lamentare danni aggirantesi sul miliardo di lire, cosicché ai 3,3 miliardi del novembre 1966 si dovettero assommare gli altri 3 miliardi relativi ai danni delle tre precedenti alluvioni, per cui arriviamo, malauguratamente allo stesso livello della Provincia di Trento. Noi vorremmo più che volentieri poter affermare di non aver subito neppure la metà dei danni patiti dalla citata Provincia e poterle così dare la priorità, per il suo fabbisogno di 7 miliardi.

Per quanto mi consta sono pronti presso l'Ufficio Speciale per la sistemazione dei bacini montani, progetti già definitivamente elaborati, per una corrispondente spesa di 1,4 miliardi di lire. Non so a che punto sia giunto in tal senso il lavoro preparatorio a Trento, non credo, comunque, che laggiù si sia molto avanti. In tal senso non dovrebbero sussistere quei presupposti sui quali in questa sede si è discusso alcune settimane orsono, discussione conclusasi alla fine con le dichiarazioni che a-

vendo la Provincia di Trento presentato X numero di preventivi di spesa, ed avendone la Provincia di Bolzano presentati assai meno, a Trento spetterebbero di conseguenza importi maggiori. Vorrei vivamente insistere in questo caso affinché si tenga in dovuta considerazione un tale stato di cose. Ripeto comunque che mi rallegrerei, qualora il signor Assessore potesse confutare queste mie citazioni.

Ancora qualche parola in merito a provvedimenti d'urgenza, cosiddetti pompieristici, nel settore dei bacini montani. Per quanto è a mia conoscenza, in Provincia di Trento sono stati messi a disposizione, per provvedimenti di emergenza nel settore bacini montani, ton-di 200 milioni, ed in Provincia di Bolzano 12 milioni; questi ultimi peraltro non ancora disponibili. È proprio questa è una circostanza particolarmente importante poiché si potrebbero, sulla base di progettazioni più ridotte, attuare subito i lavori di minore entità per i quali seguendo la normale prassi burocratica si dovrebbe attendere un anno o forse più. Che non sia proprio possibile procedere a questi piccoli lavori senza dover ogni volta richiedere a priori progetti completi e perfezionati in ogni dettaglio? Mi risulta che ad esempio nel Sud-tirolo per quanto in relazione alla sistemazione dei bacini montani, concerne i lavori di dragaggio e di carpenteria, non vengono affatto richiesti progetti, e credo che sarebbe proprio bene rendere possibile qui pure una cosa del genere. È sperabile che con tutte queste esigenze di progetti oltremodo particolareggiati, noi non si corra il rischio di ritrovarci dighe con i paramenti costruiti anziché in cemento e calcestruzzo, con scartoffie e documenti, la qual cosa ovviamente non servirebbe molto allo scopo.

Vi è poi anche il problema relativo alle misure di politica forestale. Lei ci ha spiegato

stamani, nella sua relazione, quanto lei pure consideri importante che questi provvedimenti di polizia forestale passino alla competenza della Regione ed ha soggiunto che purtroppo, malgrado i numerosi tentativi in tal senso, la faccenda presenta grosse difficoltà, forse di natura anche politica. Vengono così a crearsi per delle minuzie delle situazioni impossibili di cui lei è certamente a conoscenza almeno quanto me. Abbiamo per esempio dei casi in cui il nostro Ufficio Speciale per la sistemazione dei bacini montani, avrebbe la possibilità di dare l'avvio ai lavori in un bacino imbrifero ma ciò dipendentemente dall'umore del Genio Civile che deve autorizzare i nostri posti di servizio a prelevare pietrame e sabbia dal medesimo torrente sul quale con quello stesso materiale si dovranno poi costruire le opere protettive. Oggi possono appunto verificarsi incongruenze del genere e sembra che si siano già avuti casi in cui ci si è adoperati con molta grettezza a creare di queste difficoltà. Forse si dovrebbe poter dimostrare, in tutta evidenza, a quei signori, fino a che punto essi abbiano agito contro il pubblico interesse. Fortunatamente lei signor Assessore ci ha comunicato che perlomeno è previsto un accordo secondo cui le competenze del Genio Civile relative a tutti i bacini montani dovrebbero finalmente passare alla Regione ed ha espresso la speranza che anche presso il Ministero questo venga approvato e reso definitivamente valido a tutti gli effetti. È superfluo ribadire quanto ciò sia importante per noi. E qui vorrei solo accennare, come — se lei ricorda mi sono permesso di fare in occasione delle discussioni in seno alla Commissione Finanze — vorrei ripeto solo fare un particolare accenno all'attuale stato del bacino imbrifero del Passirio nella valle omonima, dove il Genio Civile ha esteso le proprie competenze fino a Moso ed ove però, proprio

il fondovalle è quasi simile ad un torrente ed il Passirio strappa dalle rive prezioso terreno coltivabile, trascinando questo materiale in pianura, il che provoca poi gli straripamenti. Sarebbe di somma importanza che in questi particolari casi in cui i problemi necessitano di urgente soluzione, noi potessimo trovare de facto la via per una immediata regolazione.

E per concludere desidererei che il signor Assessore mi riconfermasse quella risposta che mi ha dato il 19 gennaio in occasione del dibattito sul bilancio. Le avevo chiesto allora, signor Assessore, se sussistesse una garanzia che non appena le condizioni atmosferiche dovessero permetterlo, si possa dare inizio ai lavori per la sistemazione dei bacini montani e se vi saranno anche i fondi necessari. Inoltre se, qualora i mezzi invero promessi dallo Stato, non dovessero rendersi disponibili in tempo, la Regione potrebbe superare questo scoglio ricorrendo ad esempio al nostro deposito di molti miliardi, che teniamo sempre giacente presso l'Ufficio del Tesoro di Trento. Lei mi aveva assicurato, che stante le sue cognizioni sulla faccenda, sussiste la garanzia di un continuativo afflusso — se così posso dire — dei fondi necessari per le opere in parola, e che nelle peggiori delle ipotesi si potrebbe prendere in seria considerazione la possibilità di un prestito dal deposito della Cassa Regionale. Nel frattempo abbiamo potuto notare con piacere che dal Governo ci sono stati assicurati per questi lavori in un primo tempo 946 milioni, e successivamente ancora qualche centinaio di milioni. Mi farebbe inoltre piacere sapere se si possa, non dico in un prossimo futuro ma almeno entro un breve lasso di tempo, fare assegnamento anche sugli altri 4 miliardi di lire cui lei ha accennato, o quanto meno su di una parte di essi, poiché è evidente che la sistemazione dei bacini montani richiederà quest'anno sforzi par-

ticolarmente impegnativi. Se non ci riuscirà di entrare in azione tempestivamente e con mezzi massicci, l'entità dei danni già sussistenti diventerà assai maggiore. Le sarei molto grato signor Assessore se potesse darmi in merito una risposta tranquillizzante.)

PRESIDENTE: La parola al dott. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Um nicht wieder in dieselbe Lage zu kommen wie anlässlich der Behandlung des Genossenschaftswesens, habe ich mich, um über diesen leidigen Forstwettbewerb und zur Antwort des Herrn Assessors noch etwafas sagen zu dürfen, bei diesem Kapitel 461, obwohl es « pro memoria » ist, zu Wort gemeldet, weil dieses Kapitel mit meiner Frage wesentlich zusammenhängt. Ich möchte mich in meinen Ausführungen desselben ruhigen Tosen befließen, wie ihn sich der Herr Vorredner Dr. Kapfinger angeeignet hat und der immer wesentlich angenehmer wirkt.

Ich wollte nur einiges zu dem was ich hinsichtlich des Forstwettbewerbes gesagt habe klären, bzw. noch einige zusätzliche Fragen stellen. Wenn ich in meinen Ausführungen einen Termin angedeutet habe, so beziehe ich mich auf den im Gesetz vom 28. November 1964 Nr. 41 Art. 7 festgesetzten Termin, nach welchem der Wettbewerb gemäß Regionalgesetz Nr. 21 vom 7.12.1962 innerhalb fünf Monaten ab Erlass dieses Gesetzes auszuschreiben ist. Wir haben hier eine etwas unübersichtliche Gesetzgebung, denn diese Ausschreibung wird eigentlich dann wieder auf das Dekret des Regionalausschußpräsidenten vom 14. Februar 1963 Nr. 31 bezogen. Ich wollte wissen, ob dieser Termin, der hier mit fünf Monaten

festgelegt worden ist, eingehalten wurde. Der Herr Assessor hat gesagt, es seien keine in diesem Gesetz festgesetzten Termine überschritten worden. Ich werde hier wahrscheinlich falsch informiert sein, denn mir ist gesagt worden, daß dieser Termin, der sich auf das Gesetz Nr. 21 vom 7.12.1962 bezieht, überschritten wurde und daß dadurch einige ältere Forstbeamte gegenüber jüngeren ins Hintertreffen geraten sind. Ich bitte Sie, Herr Assessor, mir zu sagen, ob der in diesem Gesetz festgelegte Termin hinsichtlich der Ausschreibung wirklich nicht überschritten wurde. Es handelt sich um einen Abschnitt im Art. 7 des genannten Gesetzes vom 28. November 1964 Nr. 41. Ich würde mich sehr freuen, zu erfahren, daß es sich hinsichtlich der Terminverletzungen nur um Gerede handelt und nur ungerechtfertigte Behauptungen aufgestellt worden sind. Jedenfalls soll dies öffentlich in einer Diskussion im Regionalrat geklärt werden.

Des weiteren möchte ich mich hinsichtlich meiner Behauptung, die ärztlichen Untersuchungen hätten auch anders vorgenommen werden können, auf den Art. 2 Punkt b) beziehen, in dem es heißt, daß diese ärztlichen Prüfungen — von denen gesagt worden ist, daß sie samt und sonders abgeschlossen werden —, vor der schriftlichen Prüfung erfolgen müssen. Es steht nirgends im Gesetz, daß die Sprachprüfungen bei allen Bewerbern, die allfälligen mündlichen Prüfungen, nicht vorher, und die ärztlichen Prüfungen dann bei den aus den sprachlichen Prüfungen hervorgegangenen Kandidaten, hätten vorgenommen werden können, und nachher dann die schriftliche Prüfung. Dies wäre jedenfalls eine Vorgangsweise gewesen, die man hätte genauer angeben können. Dadurch, stelle ich mir vor, hätte die Zahl derer, die die ärztliche Prüfung

machen müssen, etwas eingeschränkt werden können.

Was nun die Ausschreibung dieses Wettbewerbs für die Neueinstellung von Forstwarten betrifft, möchte ich doch noch einmal auf das was ich behauptet habe zurückkommen. Es besteht kein vorgeschriebener Termin innerhalb welchem der Wettbewerb ausgeschrieben werden muß; deswegen kann auch kein Termin verletzt werden. Wohl aber glaube ich, es stimmt, daß die Ausschreibung dadurch verzögert wurde, weil man bei der Region abwarten mußte, bis durch das Ministerium die Verwaltungsmaßnahmen hinsichtlich zweier Forstwarte des Trentino aus Cittaducale getroffen wurden, bei denen man die Kommandierung noch vor Ausschreibung des Wettbewerbes durchsetzen wollte. Wenn dies nicht stimmt, Herr Assessor, bitte ich Sie, mir diese Behauptung zu widerlegen. Auf Grund dieses Abwartens, um diese zwei noch vorher unterzubringen, ging wertvolle Zeit verloren und der Wettbewerb, der längst schon vorbereitet war, wurde lange Zeit liegen gelassen. Wegen der Regelung dieser zwei aus Cittaducale kommenden Forstbeamten des Trentino ist dieser Wettbewerb, bei dem sich 400 Südtiroler gemeldet hatten und bei dem 24 bzw. 25 neue Stellen ausgeschrieben wurden, ich glaube fast ein halbes Jahr hinausgezögert worden. Ich bitte, mich auch in diesem Fall entsprechend zu berichtigen, falls ich falsche Behauptungen aufstelle.

Ich bitte dann noch um eine weitere Aufklärung. Es bestehen eigentlich 50 Stellen, die noch ausgeschrieben werden könnten. Dieser Wettbewerb, der jetzt nun in Angriff genommen worden ist, sieht 25 vor. Es könnte daher recht bald ein zweiter ausgeschrieben werden. Wie sieht es mit der Ausschreibung eines zweiten Wettbewerbes aus, der unmittelbar erfol-

gen könnte? Wenn ich nicht ganz irre, so ist der im Haushalt 1967 für den Wettbewerb vorgesehene Betrag nicht mehr so sehr für den Wettbewerb bestimmt, von dem wir jetzt sprechen, sondern eigentlich für den nächsten. Wollen Sie uns bitte sagen, wann dieser nächste Wettbewerb für die weiteren 25 Stellen ausgeschrieben wird.

Ich wäre Ihnen für eine präzise Klärung dieser meiner Fragen sehr dankbar, damit hier im Regionalrat festgestellt werden kann, ob die Dinge, die man so im Laufe des Jahres erfährt, den Tatsachen entsprechen oder ob diese Behauptungen aus der Luft gegriffen sind. Wenn Sie imstande sind die Klärungen derart zu geben, daß damit unsere Behauptungen widerlegt werden, werde ich sehr zufrieden sein.

(Onde evitare il ripetersi di una situazione analoga a quella verificatasi in occasione dell'esame relativo al cooperativismo, ed onde poter dire qualcosa in risposta al signor Assessore e sull'incresciosa faccenda relativa al concorso per il personale forestale, ho chiesto la parola su questo Cap. 461, sebbene sia « pro memoria », poiché detto capitolo è sostanzialmente connesso alla mia domanda. Mi studierò di disporre le mie idee con la stessa pacatezza, propria del precedente oratore dr. Kapsfinger, e che resta indubbiamente più gradita.

Desidererei soltanto chiarire alcune cose su quanto ho già detto relativamente al concorso per il personale forestale, nella fattispecie, porre alcune domande supplementari. Se nelle mie esposizioni ho citato un termine, mi riferivo con esso a quello fissato nella legge del 28.11.1964 nr. 41 art. 7, in base alla quale, a norma della legge regionale nr. 21 del 7.12.1962, il concorso dovrebbe essere bandito entro cinque mesi dall'emanazione della

legge stessa. Si tratta qui di una legislazione poco chiara, poiché questo bando viene a richiamarsi in effetti al Decreto del 14.2.1963 nr. 31 del Presidente della Giunta Regionale. Desideravo sapere se questo termine fissato a cinque mesi sia stato rispettato. Il signor Assessore ha affermato non esservi stata alcuna trasgressione ai termini fissati in questa legge. Devono avermi male informato dicendomi che quel termine riferentesi alla legge nr. 21 del 17.12.1962 è stato oltrepassato, e di conseguenza alcuni anziani impiegati forestali sono venuti a trovarsi posposti ai giovani. La prego, signor Assessore, di volermi dire se veramente non si sia trasgredito al termine in parola. Si tratta di un capoverso nell'art. 7 della citata legge nr. 41 del 28.11.1964. Mi farebbe molto piacere l'apprendere che queste trasgressioni sono solo frutto di dicerie e di asserzioni prive di fondamento. In ogni modo ciò dovrà venire discusso e chiarito in seno al Consiglio Regionale.

Inoltre, a proposito della mia osservazione secondo cui alle visite mediche si sarebbe potuto procedere anche diversamente, vorrei richiamarmi all'art. 2 punto b), nel quale è stabilito che queste visite mediche — delle quali è stato detto che verranno effettuate tutte in una volta — non possono aver luogo prima degli esami scritti. Non risulta in nessun punto della legge che in merito al richiesto esame di bilinguismo non si possa procedere prima agli esami orali e quindi con le visite mediche a quei candidati che avessero superato questo esame, e terminare poi con gli esami scritti. Questa comunque è una procedura che avrebbe dovuto essere stabilita con più precisione. Immagino che in quella maniera verrebbe a ridursi la cifra di coloro che devono sostenere la visita medica.

Per quanto riguarda i bandi di concorso

per l'assunzione di nuove guardie forestali vorrei ribadire l'argomento. Non sussistendo alcun termine regolamentare entro il quale debba essere bandito il concorso, non si può parlare di una violazione di termine. Penso comunque sia vero che la pubblicazione del bando di concorso abbia subito un ritardo, considerato che presso la Regione si è dovuto attendere fino a quando, tramite il Ministero, non vennero convenuti i provvedimenti amministrativi relativi a due guardie forestali trentine, di Cittaducale, che dovevano essere comandate ancor prima del bando di concorso. Se queste esposizioni non fossero esatte la prego, signor Assessore, di volerle rettificare. A causa di quell'attesa per poter collocare quei due prima del concorso, andò perduto del tempo prezioso ed il concorso già preparato da molto tempo, rimase bloccato per mesi. Per i citati due impiegati forestali trentini provenienti da Cittaducale, credo che questo concorso, cui si erano iscritti 400 sudtirolesi e con il quale erano stati banditi 24 o 25 nuovi impieghi, sia stato procrastinato di quasi 6 mesi. Prego di volermi pure in questo caso rettificare convenientemente, qualora quanto da me sostenuto fosse errato.

Desidererei ora un'ulteriore chiarificazione. Sussistono propriamente ancora 50 posti per i quali si potrebbe bandire un concorso. Quello al quale si sta procedendo ora, ne prevede 25, per cui ne potrebbe essere bandito un secondo. Che prospettive ci sono per un secondo bando di concorso che si volesse indire con una certa immediatezza? Se non erro la somma, stanziata nel bilancio del 1967, per il concorso, non è prevista più tanto per il concorso fissato quanto propriamente per il prossimo concorso. Voglia dirci per favore quando verrà bandito questo secondo prossimo concorso per gli ulteriori 25 posti.

Le sarei oltremodo grato per una precisa chiarificazione a questa mia domanda, onde si possa stabilire in seno al Consiglio Regionale se le cose di cui durante l'anno si viene via via a conoscenza, rispecchino reali dati di fatto o se sono campate in aria. Qualora lei fosse in grado di confutare, mediante esaurienti chiarificazioni, le nostre tesi, me ne rallegrerei molto.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente e signor assessore, io debbo riconfermare per la terza volta, e penso che mi accadrà di doverlo fare anche in sede di discussione degli altri assessorati, che sarebbe stato estremamente utile che accanto alla relazione del signor Presidente della Giunta regionale, che è una relazione sulla quale ormai si sono espressi da parte di tutti i gruppi i giudizi che abbiamo sentito, e da parte anche del gruppo liberale, ci fossero state le relazioni consegnate per iscritto da parte dei signori assessori competenti ai singoli dicasteri di amministrazione della Regione Trentino-Alto Adige.

Perché in questo modo bisogna andare un poco per induzioni, bisogna andare un poco a parlare con chi ha voglia di rispondere, con chi non ha voglia di rispondere, con chi risponde per niente o con chi risponde a metà o a due terzi a seconda di quella che è la opportunità che il potere esecutivo ritiene più utile per i propri interessi e per la propria impostazione della Regione. Io ho qui, signor assessore, la relazione della V) commissione permanente al bilancio e alle partecipazioni statali, la relazione di quella che corrisponde alla nostra commissione legislativa alle finanze; e,

senza ritoccare un argomento che ho già trattato, mi piace solo in questo momento rilevare che, assieme al bilancio, assieme agli stati di previsione, sono stati consegnati ai deputati, rispettivamente ai senatori, una serie di allegati, che vorrei dire è numerosissima, e non voglio evidentemente tediare l'on. Consiglio leggendola tutta quanta partitamente. In questa serie di allegati sono contenuti tutti quei bilanci degli enti autonomi, delle partecipazioni, delle aziende speciali, di tutto quello che è inevitabilmente inerente con il bilancio dello Stato. Qui noi non abbiamo avuto niente; l'unico documento che ci è stato consegnato è stato quello sulla azienda delle terme di Levico, e anche quello ci è stato consegnato un paio di giorni prima, in modo che l'esame che si sarebbe potuto fare dettagliato e accurato, ha dovuto essere strozzato in quel po' di tempo che la partecipazione costante e continua, come noi crediamo di fare, alle sedute del Consiglio, ci ha consentito di utilizzare. Ecco perché io mi riservo, signor Presidente del Consiglio, tutti i diritti regolamentari che sono dati per le discussioni, in quanto qualsiasi accordo che possa essere intervenuto in difformità dal Regolamento, è un accordo che naturalmente vale in quanto si mantengano ferme le precedenti consuetudini e le precedenti norme. Così mi riservo il diritto di parlare per due volte su ogni argomento, che nessun accordo di altra natura può togliermi, perché è un diritto regolamentare. Perché devo fare questa premessa? Perché adesso io mi trovo a dover parlare con il signor assessore competente, dopo che per la seconda volta, ad una mia domanda, è stato risposto soltanto parzialmente e soltanto imprecisamente. Per cui è inevitabile che io debba poi, dopo la risposta del signor assessore, riprendere la parola per tirare le conclusioni che manifestino il parere e il giudizio del gruppo liberale. E di-

co subito, tanto per venire a un caso concreto che è stato toccato anche nell'intervento del signor assessore questa mattina, che intendo parlare della gestione del demanio forestale, del patrimonio forestale. L'ho chiesto più di una volta nella discussione dei precedenti esercizi finanziari, l'ho chiesto anche in sede di commissione alle finanze. Ora, di fronte a queste richieste, credo che il responsabile personalmente del settore, ma più di tutto la Giunta nella sua interezza e nella sua completezza, abbia un unico dovere: il dovere di prendere carta e matita e mettere i dati precisi sulla carta. Perché le risposte che ci vengono date così, un poco in commissione, un poco qui in aula, mi si consenta di dire che non sono affatto soddisfacenti. Questa mattina il signor assessore, molto gentilmente e cortesemente, rispondendo appunto a questa richiesta mia, ha dato questi dati qui: le spese complessive — io la prego poi di volerci dire cosa significa questo termine, perché complessivo può essere complessivo di due fattori, di tre fattori, di cinque fattori, io non so come la intenda — le spese complessive del demanio forestale ammonterebbero a 213 milioni, più le spese per il personale. Non so a quale personale lei si riferisca, perché se mi ricordo bene ha parlato di 47 unità impiegate o di lavoro, che penso siano fuori dei ruoli normali, penso . . .

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Va be', va be', sarebbero 120 milioni, il che significa che tutto assieme avremo una spesa per la gestione del demanio forestale di 333 milioni, mentre lei ha detto che le entrate di quest'anno sarebbero corrispondenti a 295 milioni e che questa differenza di circa 40 milioni sarebbe imputabile, non

tanto a tutte quelle motivazioni alle quali si sono riferiti sempre gli assessori che avevano l'amministrazione del settore che oggi amministra lei, ma sarebbero determinate da particolari situazioni di fine d'anno e in parte anche alluvionali — la mancata possibilità di espletamento di aste per la vendita di legname e via dicendo —. Ora, signor assessore, mi consenta di dirle con estrema franchezza che non è la prima volta che io domando queste cose, ed è per questo che io mi lamento che la Giunta regionale non sia ad un dato momento arrivata alla decisione di dire: mettiamo in carta questi dati, li mettiamo in carta, se occorre li mettiamo in carta con cifre, con ore di lavoro, perché la situazione è estremamente complessa. Ho già detto nell'intervento in discussione generale, che non posso che felicitarmi con la decisione della Giunta regionale di chiarire questa situazione estremamente confusa, provvedendo alla creazione di un'azienda autonoma per la gestione delle foreste demaniali. A questo proposito, riferendomi ancora al documento n. 3389/A della Camera dei Deputati, che riguarda appunto la relazione della Commissione al bilancio per l'esame degli stati di previsione dello Stato, le faccio presente che uno degli elementi che sono stati forniti ai deputati, se lei vede a pag. 45 del documento da me citato, è proprio « stati di previsione dell'entrata e della spesa dell'azienda di Stato per le foreste demaniali per l'anno finanziario 1967 ». D'accordo, qui noi non abbiamo una azienda speciale per l'amministrazione delle foreste demaniali, ma, caso mai, la mancanza di questa azienda speciale, alla cui istituzione siete oggi arrivati dopo anni e anni di tergiversazione, caso mai la mancanza di questa azienda speciale e la mancanza di poter produrre perciò un bilancio dell'azienda stessa, era un elemento che avrebbe dovuto indurvi a maggior ragione a cercare

di fornire al Consiglio quegli elementi che da anni vi veniamo richiedendo, e ai quali, mi si consenta di dire così, una risposta conclusiva, affermativa, certa non l'avete ancora mai data neppure una volta. E verrò adesso dimostrando questa mia asserzione. Lei mi dice: spese complessive 213 milioni. Questa è una somma, questa è una cifra di somma, per giudicare la quale bisognerebbe, signor assessore — e io mi auguro che lo faccia, guardi, mi auguro che lo faccia, se è nella sua possibilità, che lo faccia oggi stesso, altrimenti che domandi addirittura di poter proseguire alla prossima seduta, per poter sciogliere questo nodo che da anni va avanti —. Questa è una spesa che rappresenta una somma, e la somma è un complesso di addendi. Lei ci vuole dire una volta, con chiarezza, analiticamente, cifra per cifra, voce per voce, quali sono gli addendi che conducono a questa sommatoria finale di 213 milioni? Perché « spese complessive » altrimenti per me non significa niente. Non significa niente « spese complessive », non significa niente, specialmente dopo l'osservazione che ho fatto e che non è stata contestata dal signor assessore alle finanze, che esistono i cosiddetti capitoli seppia, i cosiddetti capitoli di mimetizzazione, entro i quali si nascondono delle spese, che possono essere contabilmente e per possibilità rappresentate dalla dizione dei capitoli di legge, passate e gabellate per spese imputate a scopi diversi, mentre invece sono spese che devono essere considerate afferenti a quelle delle quali si parla; allora parlavo dell'azienda di Levico, oggi parlo del demanio forestale. 213 milioni, più 120 milioni rappresentati da queste 47 unità — mi pare di non ricordare male, come lei ha detto questa mattina, 47 unità impiegate; penso solo impiegate o operaie, non lo so — che sarebbero destinate a prestare il loro lavoro e servizio per la gestione del demanio forestale.

Se lei prende in esame, signor assessore, quelli che sono gli allegati distribuiti al bilancio della Regione, lei vedrà che esiste una categoria, chiamata « di ruolo personale tecnico delle foreste », il cui importo complessivo di spese per il solo personale, è di 212.449.222 lire. Se va sotto, in quella stessa pagina, trova la esistenza di un ruolo speciale sottufficiali e guardie forestali, che comporta un importo annuale mensile di stipendi e salari per 386.299.184 lire.

(INTERRUZIONE).

CORSINI (P.L.I.): No, no, mi lasci arrivare alla conclusione. Poi vediamo ancora il personale in posizione di comando, per il quale io debbo indurre — forse sbagliando, me lo dirà lei — che almeno una buona parte rappresenti del personale che presta la sua opera per il settore delle foreste. Questo vede una spesa annuale di 117 milioni; se noi tagliamo i primi gradi e pensiamo soltanto ai marescialli capi, ai marescialli ordinari, ai brigadieri, alle guardie scelte, e via dicendo, tagliamo l'importo di 14 milioni, comprensivo delle prime qualifiche, ci rimane pur sempre la spesa di 103 milioni annui. Sommati questi tre addendi — vede che io glieli do analiticamente — abbiamo una spesa per il personale di 701.748.406 lire, compresi quivi che cosa? Compresi solo gli oneri diretti, che se poi noi dobbiamo calcolare gli oneri riflessi, che sono valutabili sicurissimamente in misura superiore al 50% — facciamo globalmente un 60 per cento, non si formalizzi se è il 59 o il 61 — 6 per 7 uguale 42, 701 milioni, 402 milioni, arrivano a 1 miliardo e 300 milioni. Questo è il costo del personale della Regione, che agisce nel settore forestale. Non voglio dire nel settore del demanio forestale, questo no, ma

però questa differenza ce la deve fare lei, signor assessore; lei ci deve dire quali di queste unità prestano la loro opera e prestano il loro servizio soltanto nel settore delle foreste demaniali, quante ore di lavoro occupano per questo settore coloro che prestano il loro servizio misto, parte per un compito, parte per un altro, e da questa somma deve in sostanza enucleare quale è il costo del personale addetto alla gestione, al governo, alla amministrazione, al lavoro inerente al demanio forestale, il patrimonio demaniale forestale della Regione. Quando avrà fatto questa escorporazione, quando ci avrà detto, con nome e cognome, ore di lavoro e di impiego di servizio, ove ci sia una prestazione mista, quello che l'assessorato valuta di costo del personale per la gestione del demanio forestale, allora noi potremo prendere per buona ed accettare la sua cifra delle spese complessive di 213 milioni all'anno, più le altre 47 persone che lavorano e che costano circa 120 milioni all'anno. In mancanza di questa analisi, mi consenta di dire che la sua affermazione del valore del costo del personale e delle altre spese, che assomma a 333 milioni, ha la stessa validità che la mia affermazione che costa 200, che costa 500, che costa 1000. Lei è tenuto qui moralmente a darcela questa documentazione. Ora questa documentazione è da anni che veniamo chiedendola, ma da anni non riusciamo ad averla. L'abbiamo chiesta anche — lei non era presente per dir la verità, di questo gliene do atto, ma speravo che le fosse stata dagli uffici trasmessa questa richiesta — in sede di commissione legislativa; l'ho ripetuta qui in sede di discussione generale, e oggi la sua risposta mi lascia totalmente insoddisfatto; totalmente insoddisfatto, non perché io possa qui affermare che non si spendono i 333 milioni di cui lei ha parlato, che se ne spendono in più o che se ne spendono in

meno, ma perché questa affermazione è fondata semplicemente su una sua dichiarazione, non è fondata affatto su un documento probativo. Ora come si fa a tirare le conclusioni, su che cosa e su quanto rende la gestione delle foreste demaniali o su quanto costa in passività la gestione delle foreste demaniali, se non si sa con esattezza quali sono i costi amministrativi, i costi di lavorazione, i costi di produzione del materiale semilavorato e via dicendo? Noi dobbiamo prendere per buone le sue parole. Ora io non voglio dubitare, evidentemente, della persona dell'assessore Grigolli, ma io qui ho il diritto di avere dei conti analitici, e io ho desiderio, e lo ripeto esplicitamente per la millesima volta, che ho desiderio e ho diritto di avere questi conti analitici, alla fine dell'esame dei quali io potrò dire: è proprio così, 233 milioni costa, non uno di più, non uno di meno. 295 milioni si incassa, non uno di più, non uno di meno, e perciò il deficit da lei ammesso, corrispondente a circa 40 milioni, è il deficit reale, il deficit effettivo. Senza questa dimostrazione, non domandi che noi facciamo un atto di fede; anzi, le dico subito che noi partiamo proprio da un presupposto diverso: siccome nell'esame dei bilanci della Regione dal 1958, fatti in questa sede, ma anche prima, fatti fuori di questa sede, abbiamo dovuto purtroppo constatare che la gestione delle foreste demaniali è sempre stata gravemente passiva per la Regione, noi partiamo da una supposizione completamente diversa e completamente cauta, e direi anche un poco sospettosa. E questo sospetto ci è venuto nel momento in cui abbiamo trovato negli altri esercizi finanziari, negli altri bilanci finanziari della Regione, abbiamo trovato la mimetizzazione delle spese in altri capitoli diversi. La mimetizzazione delle spese che c'è sempre stata, che non riusciamo a trovare più — guardi, io glielo

confesso, confesso la mia ignoranza e la mia ingenuità — non riusciamo a trovare più dal momento in cui anche il bilancio della Regione si è adeguato a quello che è il bilancio dello Stato. Ma in questa sede, in aula, o in sede di commissione, è stato accertato nel passato che molte spese sostenute per le foreste demaniali, invece che essere conglobate all'interno di quello che era il reddito delle foreste demaniali, erano mimetizzate in altri capitoli, capitoli di strade per la migliore agibilità del bosco, lavori per poter meglio trasportare il legname tagliato e via dicendo. Ora anche di questo noi dobbiamo tener conto, perché qui mi pare che noi facciamo un'azione di strabismo amministrativo: chiudiamo gli occhi nel momento in cui la constatazione di un qualche cosa che è realtà di fatto ci dà fastidio, chiudiamo gli occhi e invece di dire che la gestione delle foreste demaniali ci costa tanto, diciamo che ci costa un po' meno e il restante lo trasportiamo su altri capitoli dove la spesa si mimetizza in altro modo. Io capisco che ci si può dire: ma in fondo anche questi lavori per le strade del bosco sono pur utili e sono pur necessari per la gestione delle foreste demaniali! Io questo non lo contesto, ma lo voglio trovare nel conto, lo voglio trovare come uno di quegli addendi che mi portino a quella che è la somma risultante finale. Signor assessore, proprio in questo momento in cui la Giunta si è convinta che è meglio tagliare questo cordone ombelicale, questa placenta di trasfusione tra la Regione e l'amministrazione delle foreste — cosa che noi liberali abbiamo auspicato, l'ho detto nel mio primo intervento fino dall'anno 1956 — proprio in questo momento in cui la Giunta si è convinta che questo è necessario fare, direi che non è soltanto onestà politica e amministrativa, ma è anche opportunità presentare al Consiglio il consuntivo chiaro, preciso, fino

all'ultima riga. Perché sarebbe estremamente inopportuno se domani, a quella che è la futura azienda speciale per la gestione delle foreste demaniali, si dovessero porre a carico della stessa, come passività, tutte quelle spese che oggi sono state nella realtà una passività e che sono state mimetizzate in altri capitoli di spesa. Questo non mi pare che sarebbe opportuno; non fareste neanche un bel servizio agli amministratori di questa nuova azienda, amministratori che io non credo di sbagliare molto dicendo che per la massima parte saranno vostri e del vostro colore, e speriamo che almeno la minoranza non solo linguistica ma anche la minoranza politica abbia la possibilità di entrare in questo consiglio di amministrazione per esaminare costi, conti, vendite e via dicendo. Il problema, signor assessore, non è la prima volta che lo trattiamo. L'abbiamo trattato in presenza sua la prima volta in cui abbiamo discusso il bilancio delle foreste, da quando lei era assessore, e le abbiamo domandato molti dati, e lei, non so se nella sua ingenuità di novizio e non so se oggi ancora si rallegrerà di quello che ha detto — io me ne rallegravo comunque e credo che ce ne siamo rallegrati tutti — ha confessato con estrema chiarezza che un mc. di legname tagliato e trasportato a valle dall'iniziativa privata, costa due terzi rispetto ai tre terzi che costa un mc. di legname, tagliato, semilavorato, portato a valle sul piazzale di vendita, a cura e a spese dell'amministrazione pubblica. L'ha confessato lei, signor assessore. Io l'avevo provocata a questa confessione, ma lei onestamente l'ha confessato. Non voglio oggi dire le cifre, perché può darsi che sbaglia, ma mi pare che si trattava, forse se lei mi aiuta, da un mille . . .

GRIGOLLI (assessore economia monta-

na e foreste - D.C.): A 4800, pur nella ingenuità ottimistica . . .

CORSINI (P.L.I.): Ecco, a 4800 . . .

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Va bene, signor assessore, questa era una previsione che faceva per il futuro, adesso la esamineremo, ma è certo che allora ha dovuto confessare, e ha confessato, non poteva far diversamente. Insomma, cosa deve fare un uomo moralmente e politicamente onesto? Non può mescolare le cifre come si mescolano le carte per giocare a scopa; ha dovuto confessarlo, era la verità. Un terzo in più costava tutta questa operazione fatta dall'ente pubblico, rispetto a quello che costava la stessa operazione fatta dall'iniziativa privata. Non solo fatta dall'iniziativa privata, ma fatta anche dagli stessi comuni. Gli stessi comuni portano a dover constatare che il costo di taglio di prima lavorazione e il trasporto a valle fino sul piazzale di vendita del legname, fatto dai Comuni, oltre che fatto dai privati, costa, ripeto, un terzo in meno di quello che costa all'ente pubblico.

MANICA (P.S.U.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Caro collega Manica, io non so, ma veramente non riesco a capire queste interruzioni, se mi consente, perché che cosa vuol dire che c'è di mezzo qualche misurazione non onesta? Cosa vuol dire questo? Ma allora noi dobbiamo accettare come un dato di fatto che il costo previsto dai

comuni non è un costo reale, ma dipende dalla disonestà delle amministrazioni comunali? Ma io queste cose qui, mi scusi, non posso ammetterle come elemento di calcolo e di valutazione. Che qualche volta queste cose avvengano io ne sono ben sicuro, come è sicuro lei, ma che questo debba essere un elemento che includiamo per una valutazione economica del settore, io questo proprio non mi sento di accettarlo. Comunque si è detto, in quella occasione, che la verità era questa, che il costo per la gestione pubblica era di un terzo superiore al costo della gestione dell'iniziativa privata o dell'iniziativa comunale. Meglio ancora se, attraverso le interruzioni dell'assessore Manica, io debbo eliminare anche gli enti comunali. La mia tesi viene a rafforzarsi; viene a rafforzarsi nel senso che il privato, come tale, fa sempre e sicuramente meglio di quello che faccia l'ente pubblico. Perché questa è l'unica dedizione che io ne tiro. Adesso ci troviamo in presenza di quelli che sono stati i dati prodotti dalle alluvioni, e con questa esperienza ormai ventennale. Signor assessore, l'altro giorno lei protestava quando io in un altro mio intervento parlavo scherzosamente delle ferite che i tronchi delle nostre foreste portano ancora dalla prima guerra mondiale. Protestava perché diceva: ma no, lasciamo stare queste sciocchezze, ecc. Come l'altro giorno l'assessore Zelger protestava quando io ricordavo il famoso libro di testo diffuso nelle scuole elementari della provincia di Bolzano, dove la battaglia fra i cimbri e i romani era avvenuta a Salorno invece che a Vercelli. E va bene, lei protestava; ma guardi, non è lei responsabile di questo, ma per anni ci siamo sentiti dire che lo sbilancio a deficit della gestione dell'azienda delle foreste demaniali derivava non da cattiva amministrazione, non da una non sufficientemente buona amministrazione; derivava dal

fatto che dovevamo ricostituire il patrimonio boschivo del passato, che dovevamo riparare i danni della seconda e anche della prima guerra mondiale, che molti alberi che si tagliavano non avevano quel valore che avevano, perché c'erano dentro ancora le schegge degli schrapnell dell'impero austroungarico o che so io, in qualche zona anche delle artiglierie del regno d'Italia e via dicendo. E noi abbiamo sempre accettato queste scuse con una certa difficoltà. Non le possiamo più accettare dopo che abbiamo dovuto constatare noi e lei che la differenza riguarda proprio il costo della gestione e il costo del lavoro. Questo non lo possiamo più accettare. Abbiamo accettato così, perché qualche volta un ragionamento ci tappa la bocca, non ci tappa il cervello, ma ci tappa la bocca perché dobbiamo, a un dato momento, prendere atto e basta. Ma però dopo questo, dopo il suo riconoscimento, io mi domando per quale motivo oggi, per il ricupero di quelli che sono stati i tronchi abbattuti o divelti, o portati via, una volta che erano già stati tagliati e accatastati dagli eventi alluvionali, perché ancora una volta si è ricorsi a questo tipo di intervento e di gestione da parte dell'ente pubblico. È in grado, signor assessore, di dimostrare qui, — l'ha fatto in parte in sede di commissione, sarebbe opportuno che lo facesse in seduta pubblica di fronte alla Stampa — è in grado di dimostrare veramente che il costo e il reddito di tutti questi lavori fatti dall'Ente regione avrà un risultato migliore che se si fosse affidato tutto questo settore alla iniziativa privata e alle varie ditte? È in grado di farlo? Però le domando un conto di natura economica, ché se a un dato momento lei mi introduce motivi di natura sociale, io non li rifiuto, ma allora dobbiamo dire con franchezza che la gestione di questo settore non è fatta con un criterio economicistico, ma è fatta magari con

un pregevole e apprezzabile criterio di natura sociale. Noi facciamo questi lavori, pur perdendoci, per poter dare occupazione a X, a Y, a Z, a questo, a quest'altro, per tenere in piedi questa situazione, per tenere in piedi quest'altra situazione. Evidentemente il mio collega Manica segue con molta attenzione quello che sto dicendo, perché mi ha interrotto per la seconda volta.

MANICA (P.S.U.): *(Interrompe)*.

CORSINI (P.L.I.): Il salario, assessore Manica, viene pagato e dall'ente pubblico e dalla ditta privata . . .

MANICA (P.S.U.): Bisogna vedere anche in che misura . . .

CORSINI (P.L.I.): E dall'ente pubblico e della ditta privata viene pagato, da tutti e due.

MANICA (P.S.U.): Come e in che misura!

CORSINI (P.L.I.): Questo, caso mai, torna a vostro svantaggio di sindacalista, che non siete riusciti a far fare dei contratti collettivi di lavoro che salvaguardino sufficientemente gli operai.

MANICA (P.S.U.): Il rispetto da parte dei datori di lavoro!

CORSINI (P.L.I.): No, torna a svantaggio vostro; è una confessione che non riu-

scite a concludere che ben poco. Comunque il salario viene pagato e dagli uni e dagli altri. Perciò il richiamarsi al fatto che in questo modo si pagano dei salari, non è né un criterio economico e neanche un criterio di valutazione sociale, ripeto, perché evidentemente non intervengono le essenze angeliche a trasportare i tronchi a valle, quando questo trasporto sia preso a carico di una iniziativa privata, invece che da un ente pubblico. Sono degli operai, sono degli uomini, che alla fine della settimana hanno anch'essi la loro busta paga, che devono essere anch'essi regolarmente notificati per le previdenze sociali, per la Cassa di malattia, per tutte quelle che sono le assicurazioni di varia natura. Ora, signor assessore, lei non è che corra un rischio in senso negativo, corre un rischio in senso positivo; corre il rischio, che è certo, di trovarsi qui fra due o tre anni, ancora come assessore del settore, quando faremo i conti di questa gestione. E quando ci direte — e ve lo domanderemo, e se non saremo noi, ve lo domanderanno chi ci sostituirà su questi banchi — il conto analitico, ora per ora, minuto per minuto, lira per lira, di quello che avete speso per questa operazione e di quello che avete incassato per questa operazione. E allora io faccio una previsione: allora verrete ancora qui un'altra volta a confessare che da un punto di vista economico abbiamo perduto, ma che però ci sono stati altri motivi di natura diversa che ci hanno indotti a questa perdita. Allora ce lo deve dire oggi, con chiarezza, che noi, attraverso questa operazione, facciamo un'intervento di natura sociale, non un intervento di natura economica, anche perché quello ci consentirebbe di domandarvi se effettivamente quelle alcune decine, forse centinaia di milioni che andremo perdendo in questo modo, non avrebbero potuto ottenere migliore collocazione per altri interventi che, accanto

alla validità di natura sociale, avessero e abbiano anche quello della validità di natura economica.

Per concludere questo argomento, io ripeto quello che ho detto all'inizio: non creda, signor assessore, di avere dato al Consiglio alcun elemento che possa sufficientemente sostenere la vostra tesi e consentire a noi anche di riconoscere eventualmente il nostro torto. Io la invito formalmente in questa occasione, anche se il bilancio correrà e anche se arriveremo alla conclusione dell'approvazione o non approvazione del bilancio — questo ormai non sta più neanche sulle ginocchia degli dei, sta sulle ginocchia della S.V.P. — la invito, anche passata questa discussione, a volerci fornire nominativamente i dirigenti, a livello di funzionari, a livello di impiegati delle varie categorie, gli operai, le varie gerarchie del corpo delle foreste, che sono esclusivamente impiegati e che prestano la loro totale opera a vantaggio e a favore della gestione del patrimonio delle foreste demaniali. Di dirci ancora nominativamente quante ore, coloro che sono dipendenti della Regione e che svolgono un servizio misto, impiegano a favore di qualsiasi altro lavoro e di qualsiasi altro settore, che faccia parte delle competenze del suo assessorato, e di quante ore impieghino a favore del settore delle foreste demaniali. Di reperire, nei vari capitoli seppia, tutti quei 2 o 3 milioni, 10 o 12 milioni, che hanno una denominazione diversa e che vengono spesi per conservare il patrimonio delle foreste demaniali; di tirare le somme di tutta questa presentazione analitica e di dirci poi alla fine altrettanto analiticamente: tanto abbiamo incassato per la vendita di questo legname, tanto abbiamo incassato per la vendita di quest'altra partita e via dicendo. Solo in quel caso lei metterà il Consiglio in grado di tirare una conclusione posi-

tiva per la vostra tesi, negativa per la nostra o viceversa. Solo però in quel caso potremo ragionare su dei dati precisi e assoluti. Fino a quel punto lì noi, lo confessiamo, manteniamo un giudizio diverso. Noi abbiamo l'impressione, la convinzione, che da 19 anni, quello che era un patrimonio enorme, grandissimo, che avrebbe potuto dare alla Regione delle entrate non dico astronomiche, ma delle entrate sufficienti per reperire altri fondi necessari, è stato un patrimonio gestito male o comunque con criteri non economicistici. E se mi dite che i boschi hanno un valore educativo e che bisogna insegnare alle prossime generazioni ad amare il bosco e via dicendo, io sono perfettamente d'accordo, ma allora impostiamo le cose su un modo completamente diverso.

Passo al secondo argomento: la conferenza dell'Adige. Da un anno circa il gruppo liberale sollecita la Giunta per fare anche quello che avrebbe potuto fare prima e che non ha fatto, e non solo per colpa della Giunta; la discussione su quelle che sono state le responsabilità del Governo l'abbiamo già fatta, io non intendo riaprirla e ho dato allora e do atto anche oggi che se situazioni come quelle che abbiamo visto si sono create, e in parte almeno potevano essere evitate, c'è una corresponsabilità della Giunta di non essere riuscita a battere sufficientemente i pugni sul tavolo, e c'è una maggiore responsabilità da parte del Governo. Il quale Governo, purtroppo, non soltanto questo vostro governo, io debbo dare atto alla verità, tutti i governi d'Italia aspettano che ci scappi il morto per correre ai ripari; tutti i governi d'Italia hanno sempre fatto così . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Tutti, tutti, tutti, caro amico Ceccon, anche i tuoi, se mi permetti, anche i tuoi, precisamente.

Conferenza dell'Adige: cosa facciamo, signor assessore. Facciamo un'accademia o facciamo che cosa? Ecco, questa è una domanda alla quale io desidererei che lei rispondesse questa sera o domani o dopodomani, o quando accadrà che mi fornirà questa risposta. Perché dal modo in cui è stata impostata, io ho una viva preoccupazione: ho la viva preoccupazione che si faccia una grande accademia. E lei stesso questa mattina ha detto che sono stati invitati uomini di primo piano di questo settore; io però, esaminando attentamente il programma che voi avete avuto la compiacenza di inviarci, credo di poter fare anche in questo una previsione: la previsione che alla fine della giornata, o delle due giornate, si concluderà che ancora non siamo maturi per decidere e per deliberare, e che dovremmo avere un'altra giornata di convocazione della conferenza per l'Adige; questa giornata seconda, che seguirà magari a quella seconda dell'industria che, convocata nell'anno 1964, o ottobre del '63, non mi ricordo, a metà dell'anno 1967 non ha ancora avuto la sua seconda giornata. Io ho visto i relatori. Di uno solo mi dispiaccio — guardi, glielo dico con franchezza estrema — e me ne dispiaccio — poi farò il nome — non perché dubiti della sua capacità, non perché dubiti della sua preparazione professionale, non perché dubiti della sua preparazione amministrativa e giuridica: al capo del Genio civile di Trento, io faccio atto di omaggio e di ossequio sotto tutti questi aspetti. Non avrei voluto vederlo presente, come relatore alla conferenza dell'Adige, perché è parte in causa. Mi scusi, signor assessore, ma è parte in causa.

GRIGOLLI (assessore economia monta-

na e foreste - D.C.): Se è per questo, anche il prof. Marzolo è direttore . . .

CORSINI (P.L.I.): Mi scusi, signor assessore, ma è parte in causa. Va be', io esprimo il mio parere e ho diritto di esprimerlo. Non avrei voluto vederlo presente, perché è parte in causa. È parte in causa per lo meno, fino al momento in cui la Magistratura non si sarà pronunciata su quegli avvenimenti, sui quali noi avevamo chiesto un'inchiesta consigliare e che voi maggioranza, e non solo maggioranza, avete naturalmente religiosamente respinto. Non avrei voluto vederlo presente, perché io non so quale sia lo scopo; non l'avete ancora dichiarato quale sia lo scopo di questa conferenza dell'Adige. È uno scopo meramente accademico, uno scopo di studio? Facevate meglio a fare quello che avevamo suggerito e che avevate accettato, signori, e che voi non avete poi ottemperato a questo impegno del Consiglio. Facevate meglio a chiamare una commissione di tecnici e deferire ad essa, in privata sede, fuori dei discorsi dinanzi ai microfoni, fuori di quelle che sono le ripercussioni della Stampa, lo studio quieto, severo, da un punto di vista scientifico, di tutti questi problemi. Ricordate il famoso ordine del giorno, in cui avete respinto il nostro, o per lo meno ci avete invitato a ritirare il nostro ed avete però incluso, in un ordine del giorno dell'ottobre del 1965, avete incluso questa accettazione di deferire ad uno studio, ad una commissione tecnica tutti questi problemi. Se il vostro intento è quello meramente accademico, la conferenza dell'Adige è un errore, è un errore fondamentale. Se invece il vostro compito, il vostro intento è quello di arrivare a delle conclusioni deliberative, allora era meglio mantenersi tra relatori estranei alla vicenda. Signor assessore,

io rivolgo per la millesima volta a lei la domanda, che ho rivolto al Presidente della Giunta regionale già da cinque volte, e attraverso quest'aula alle autorità responsabili e competenti, di non volerci dire niente altro che l'ora e il minuto in cui si è conosciuto il luogo in cui l'Adige aveva rotto gli argini. Fino al momento in cui questa dichiarazione, da parte di chiunque, non viene, il nostro sospetto di pesantissime responsabilità permane. Voi ce lo dovete dire. Se non ce lo dice il Commissario del governo, non ce lo dice il Capo del Genio civile, non ce lo dice il Presidente della Giunta provinciale di Trento, non ce lo dice il Sindaco di Trento, non ce lo dice lei, noi e l'opinione pubblica abbiamo tutto il diritto di ritenere che questo viene tenuto nascosto perché è grave imbarazzo, perché questo è gravissimo imbarazzo.

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): Lo ha detto il sottosegretario ai lavori pubblici in Parlamento!

AGOSTINI (P.L.I.): Ma cosa vuoi che sappia il sottosegretario, venuto su per difendere posizioni ben note!

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): In una dichiarazione ufficiale lo ha detto.

CORSINI (P.L.I.): Comunque, signor assessore, su questa vicenda io ho più piacere — non si offenda il sottosegretario De Cacci — ho più piacere di sentire la dichiarazione di un uomo che fa parte di questo Consiglio regionale e che è direttamente responsabile nei confronti nostri e nei confronti delle popola-

zioni del Trentino-Alto Adige, piuttosto che di un membro del governo, il quale, per necessità, è difensore di istituto — e fa bene dal suo punto di vista — difensore di istituto di quelli che sono gli organi e gli uffici dello Stato. Me lo dica lei, signor assessore, mi dica: la falla di Roncafort è stata individuata alle 6 di mattina, alle 7, alle 9, alle 11, alle 11,22 — dico così, un minuto per caso — alle ore 11,22 del 5 novembre. Perché si trovano delle cose stranissime. Lei l'avrà letto come l'ho letto io oggi sulla stampa, che adesso la città di Trento non è mica stata allagata perché l'acqua abbia tracimato vicino al ponte di S. Giorgio o perché ci sia stata la breccia di Roncafort. No, la città di Trento, fra tutte le altre sciagure, ha avuto anche la sciagura dell'intasamento dell'Adigetto. Perché se l'intasamento dell'Adigetto non ci fosse stato, invece che andare in barchetta, noi in quel giorno saremmo andati in lumachella o in carrozzella. Ecco. Ora queste cose, signor assessore, lei non pensi che non vengano fuori alla conferenza dell'Adige, perché la conferenza dell'Adige non è un'Accademia dei Lincei e neanche l'Accademia Pontaniana e neanche l'Accademia degli Agiati. È una conferenza che si tiene dopo un momento in cui le nostre popolazioni hanno sofferto, e gravemente sofferto; e a noi la conferenza dell'Adige, sul tipo accademico, non ci interessa niente. Noi vogliamo che attraverso la conferenza dell'Adige si arrivi a qualche conclusione. Se a questa conclusione voi non arrivate, avete fallito completamente il vostro scopo.

Poi, signor assessore, le posso domandare con che criterio sono stati fatti gli inviti di partecipazione alla conferenza dell'Adige? Il suo assessorato avrà seguito un criterio; avrà detto, per esempio: invitiamo soltanto professori di grado universitario. Non invitiamo nessun uomo politico, perché gli uomini politici

sono sospetti, tutti sospetti, dal primo fino all'ultimo; oppure invitiamo anche gli uomini politici, ma allora, evidentemente, ne invitiamo di tutte le correnti, anche della odiata corrente liberale; oppure invitiamo soltanto dei funzionari, invitiamo soltanto dei tecnici a livello degli uffici. Io non lo so, guardi, faccio delle domande; soltanto che io avrei veramente desiderio che nella sua risposta lei ci esponesse i criteri con i quali sono stati fatti gli inviti di partecipazione alla conferenza dell'Adige. Per esempio, signor assessore, dopo tutto quello che è stato discusso nell'anno scorso e in quest'anno, a proposito di alluvioni, di responsabilità, ordini del giorno presentati e via dicendo, non le sarebbe sembrato un atto di opportunità quello di rivolgere un invito ai signori capigruppo, perché dicessero se avevano anch'essi il desiderio di fare intervenire qualcuno dei loro tecnici, degli uomini di loro fiducia, ad esaminare questa situazione? Io credo che questo ci sarebbe stato dovuto. Perché purtroppo, disgraziatamente, la politica è riuscita a corrompere tante cose, e a un dato momento l'unica imparzialità sulla quale possiamo credere è quella della presenza contemporanea di tutte le correnti politiche. L'unica imparzialità alla quale io mi sono ridotto a credere, è questa: la contemporanea presenza di tutte le correnti politiche. Perché si sa come vanno le cose, io l'ho già detto in sede di discussione generale, sono cose, addirittura — mi consenta, signor assessore, mi piacerebbe vederla esplodere di indignazione anche lei o di ribellione — sono cose paurose quelle che sono accadute intorno alla vicenda alluvionale, perché si sono sentite spiegazioni e giustificazioni delle più strane e delle più molteplici, le più diverse: uomini che c'erano e che poi non c'erano, riunioni che si sono tenute e poi ci è stato negato che si siano tenute.

Il Genio civile che ha scoperto la falla contemporaneamente ai tecnici della provincia e poi il Genio civile che ha mandato la fotoelettrica, e poi il Genio civile che ha mandato l'uomo con il binocolo; e poi non è vero neanche che è stata la falla di Roncafort, ma sono state altre cose e altri motivi che hanno provocato la inondazione della città di Trento. Ma dovremo pur uscire da questa situazione, e uscire da questa situazione non si può che in un unico modo: un dibattito franco, aperto, non una accademia. Un dibattito franco e aperto che chiuda il passato e la impostazione dei temi di studio, sui quali poi intervenire sul piano decisionale per il futuro. Questo volevo dirle. Ma il mio rammarico che i gruppi non siano stati consultati, questo sì, signor assessore, questo glielo devo dire con estrema franchezza. Io avrei avuto piacere, ma penso anche tutti gli altri gruppi politici, avrei avuto piacere che ci si fosse detto: volete che a questa conferenza dell'Adige invitiamo qualche uomo tecnico preparato, di cui voi avete fiducia? A noi poi liberali sarebbe stato particolarmente dovuto, perché le ricordo, signor assessore, che siamo stati noi a proporre, e poi con il conforto di tutte le minoranze, a proporre che venisse formata questa commissione di tecnici a livello universitario nazionale e internazionale per lo studio dei problemi dell'Adige. Le aggiungerò qualche cosa di più, signor assessore: che noi abbiamo persino l'impressione che gli uomini che studiano veramente questi problemi e che non sono ingruppati con voi, non siano graditi...

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): Questo è un processo alle intenzioni!

CORSINI (P.L.I.): No, no no, glielo di-

co subito, nessun processo di intenzioni. Guardi, io non mi nascondo mai. Un ingegnere di Trento ha mandato una lettera al signor Presidente della Giunta regionale e al signor Presidente della Giunta provinciale, in cui si parlava di due problemi interessantissimi e importantissimi, connessi l'uno con l'altro: lo sfruttamento del corso dell'Adige per un'iniziativa di produzione di energia idroelettrica, che vedeva contemporaneamente la regolamentazione del fiume Adige da Salorno fino ad Ala, per quanto ci riguarda, e successivamente anche per la pianura veronese e per la pianura veneta; e la risposta che ha avuto è stata quella che, siccome si trattava di una questione connessa con la tutela del paesaggio, la Regione non aveva competenze, la Provincia non è entrata in merito. Siamo di fronte ad un progetto elaborato sul piano tecnico, siamo di fronte a delle pubblicazioni fatte su riviste trentine, ho dovuto interessarmi io presso i suoi uffici per far invitare un tecnico di questa natura, di questo piano e di questa capacità. Ecco, lei vede che non faccio processo alle intenzioni, le ho dato la dimostrazione che non faccio processo alle intenzioni. Voglio dire che se volevate effettivamente una conferenza dell'Adige, come doveva essere necessariamente organizzata, ancora una volta non dovevate arroccarvi al di là di quei banchi; dovevate considerare che la popolazione del Trentino - Alto Adige è qui rappresentata da tutti quanti noi, non soltanto da voi. Questo voglio dire.

Sistemazione idrogeologica. Per concludere devo dire questo, signor assessore: che sono rimasto dispiaciuto, come è rimasta dispiaciuta la Giunta e come, in occasione della presentazione di un ordine del giorno, è stato anche espresso da altre parti, che per quanto riguarda il disegno di legge che prevede lo stanziamento di 200 miliardi di lire per la sistema-

zione idrogeologica del terreno, non siano state tenute nella giusta considerazione le potestà e i diritti della Regione autonoma; non si sia introdotto un articolo, tipo 86 bis, l'articolo introdotto nel secondo decreto per i provvedimenti conseguenti alle alluvioni. È anche questo un aspetto negativo che stanno attraversando le autonomie regionali. Non godiamo buona stampa, è meglio che ce ne rendiamo conto; non godiamo buona stampa in sede governativa e in sede parlamentare, e non godiamo buona stampa, non perché ci siano i cattivi oppositori delle autonomie regionali, non godiamo buona stampa perché, anche se si continua a parlare di attuazione dell'ordinamento regionale la stessa maggioranza continua a rinviarlo, di mese in mese, preoccupata di quelle che sono le difficoltà che effettivamente si incontrano. Forse, signor assessore, anche questo però ci consente di tirare una conseguenza e un ammaestramento. Non è che io spero che il Consiglio sia capace di fare molto, me ne rendo ben conto. Qualche volta i canali diretti che ha il Presidente della Giunta con l'on. Moro possono, a volte, servire di più. Però, nel momento in cui si è presentato il caso del decreto legge poi convertito in legge, il secondo decreto, quello riguardante le alluvioni, allora si è fatta una commissione consiliare, che ha tenuto contatto con i parlamentari e ha tenuto contatto con lo stesso governo. Siamo andati e abbiamo parlato con il sen. Trabucchi, abbiamo parlato con il rappresentante designato del governo, l'on Scaglia — è un veneto — ci siamo presentati con quella poca forza che abbiamo noi, ma con quella dignità che ha sempre una deputazione consiliare. Sarà stato merito dell'on. sen. Berlanda, che aveva preparato le vie del Signore, sarà stato merito del sen. Unterrichter, che anch'egli aveva collaborato a preparare i sentieri del Signore, fatto è che

quando una deputazione consiliare si è recata in Senato e si è recata presso il Governo a chiedere che venisse introdotto un articolo aggiuntivo nel decreto legge, poi convertito in legge, per i fondi da stanziarsi a sollievo e a rimedio dei danni alluvionali, il risultato è stato raggiunto. Questa volta la Giunta ha creduto di dover disattendere l'aiuto del Consiglio. C'era quel disegno di legge, 200 miliardi: io lo so, signor assessore, che lei ha fatto presente la necessità che anche per quel disegno di legge si prevedesse a erogare alle Regioni una quota parte, in modo che poi fossero gli stessi organi regionali ad intervenire . . .

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Lo abbiamo detto anche al Ministro quando è venuto a Trento.

CORSINI (P.L.I.): Sì, ho detto che lo so che lei l'ha fatto presente. Le dico qualche cosa di più: in una riunione, non voglio dire ad alto livello, perché ne facevo parte anch'io, ma a livello comunque di dirigenti del partito liberale, io, raccogliendo questa istanza della Giunta e questa istanza dell'assessorato, mi ero fatto portatore, anche personalmente, all'interno del mio partito, di questa esigenza. La conclusione è stata negativa, però, questa volta. Non vi dice niente questo, signori della Giunta? Non vi parla della necessità veramente di stabilire una maggiore vicinanza di rapporti tra Giunta e Consiglio? Non vi dice che qualche volta, quello che non siete capaci di fare da soli, potrebbe darsi che foste capaci di fare in nostra compagnia? Ecco, questa è la mia conclusione, la mia conclusione che si rifà sia a questo argomento particolare, sia a quello della conferenza dell'Adige, sia a quello parti-

colarmente della istituzione dell'Azienda speciale per la gestione delle foreste demaniali.

PRESIDENTE: Cap. 1255 e 1256.

Cap. 1255

Spese per opere di rimboscimento a difesa dalle valanghe, rinsaldamento, nonché per opere costruttive ed attrezzature connesse (R. D.L. 30 dicembre 1923, n. 3267)

L. 100.000.000

Cap. 1256

Spese per l'esercizio di opere di sistemazione idraulico-forestale di bacini montani e per la manutenzione straordinaria delle opere esistenti, nonché per l'acquisto delle attrezzature necessarie (art. 5 legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5)

L. 500.000.000

Su questi due capitoli, la parola al cons. Margonari.

MARGONARI (D.C.): Signor Presidente, signori colleghi, signor assessore per l'economia montana e le foreste, io desidero prendere brevemente la parola sui cap. 1255 e 1256 del bilancio e rispettivamente su parte della relazione del signor assessore, che peraltro io ho seguito con molto interesse e ho anche apprezzato per la chiarezza e per la puntualizzazione degli aspetti più importanti della vita e dell'attività del suo assessorato. È ormai chia-

ro, dopo le recenti calamità, che da parte di tutti c'è la convinzione che in questo particolare e delicato settore debba essere fatto qualche cosa di straordinario, specie, ripeto, dopo le recenti calamità. Io non vorrei qui cadere in contraddizione con quanto ho detto recentemente, durante il dibattito sulle alluvioni, dove ricordo bene di aver sostenuto la tesi dell'eccezionalità del fenomeno, tesi cioè che io non mi ero evidentemente sognato, ma che avevo rilevato da dati che mi erano stati gentilmente forniti e che del resto io stesso, come gli uomini della strada, l'uomo qualunque, avevo potuto appurare, anche senza conoscerne le cifre e l'entità, perché fenomeni di quel genere, per fortuna di Dio, capitano assai raramente. Abbiamo visto quella volta la concomitanza di due fenomeni: lo scioglimento delle nevi e contemporaneamente pioggia a dirotto su tutta la nostra provincia e particolarmente su alcune parti del bacino imbrifero dell'Adige. Ora, in quella sede, io ho sottolineato questi dati, l'eccezionalità di questi fenomeni, ma ciò non toglie che sia nello stesso tempo altrettanto convinto dell'importanza delle opere idraulico-forestali, delle opere che tengano conto di studi sulla natura del suolo, sulla fenomenologia delle precipitazioni, su tutto ciò che è inerente alla possibilità di frenare, di diminuire la veemenza dell'acqua, là dove essa capita sopra un territorio. Del resto è risaputo che non soltanto in Italia, ma anche dove la lotta con l'acqua è stata sempre uno dei motivi fondamentali della vita di un popolo — parlo dell'Olanda — si spendono annualmente somme ingenti pre la difesa dall'acqua, per il prosciugamento di terre, per togliere al mare terreni che possono essere utili alla vita degli uomini. Anche lì, nonostante, ripeto, le enormi spese, ingenti somme di denaro che l'Olanda ogni anno stanziava per le sue difese idriche, succedono

dei disastri come quelli che abbiamo registrato qualche anno fa e che hanno scosso, hanno commosso un po' tutta Europa. Ripeto quindi che quanto io ho detto in quella sede non è affatto in contraddizione con quanto sto dicendo ora, a qualche mese di distanza dall'alluvione. Sono e resto della convinzione che il fenomeno è stato assolutamente eccezionale, ma sono nello stesso tempo della convinzione che sia indispensabile, in linea generale, come metodo di attività e di lavoro e di intervento della cosa pubblica e nello stesso tempo per risanare i danni causati dalle recenti alluvioni, che sia indispensabile un intervento massiccio da parte dell'ente pubblico. Ho sentito dalla relazione dell'assessore, che le spese previste per opere idraulico-forestali nella nostra regione, assommano a cifre che sono veramente imponenti. Ci sarà anche qui un programma minimo, un programma massimo, comunque ho sentito delle cifre che vanno dai 45 miliardi ai 70 miliardi. Sono veramente cifre che fanno un po' pensare. Ciò non toglie che esse non debbono scoraggiarci ma debbono invece responsabilizzare la nostra attività, il nostro lavoro e metterci sulla strada di realizzazioni che siano organiche e il più possibile complete, per risistemare, per riattare quello che è stato rovinato, e nello stesso tempo per creare nuove briglie, nuove difese, nuovi studi, nello stesso tempo per evitare, per quanto possibile, futuri danni. Come è possibile procedere in questo particolare settore? Lei stesso, assessore, stamattina, nella sua relazione, ci ha indicato le vie attraverso le quali la Regione ritiene di poter risolvere, per lo meno nel limite delle possibilità, questo problema. Non può la Regione evidentemente da sola, anche se è compito suo, intervenire e agire in questo settore. Lei ha parlato della legge - ponte sui fiumi, che è stata approvata dal Senato e che stanziava 200

miliardi a carico dello Stato per opere nel settore idraulico - forestale e nel settore agricolo. Mi pare, se ho ben capito, che dei 200 miliardi, 110 sarebbero destinati alle opere idraulico - forestali. C'è poi anche citata da lei, nella sua relazione, la legge sulla sistemazione del suolo, che è già allo studio da parte di una commissione, la commissione De Marchi, che è stata nominata recentemente dal ministro Mancini. Questa commissione dovrebbe effettuare, prima della stesura della legge, uno studio sommario dei dati pervenuti in seguito alle alluvioni, e poi tutti quei dati che sono indispensabili affinché la legge sia veramente attiva in questo delicato, particolare, urgente settore della attività pubblica. E infine poi l'intervento regionale: il bilancio della Regione. Le soluzioni tecniche non sono certo di nostra competenza, e particolarmente mia competenza, che in questo settore sono un profano. Noi le soluzioni tecniche le lasciamo ai tecnici, agli ingegneri; è compito di studiosi, è compito di tecnici, di uffici statali e di uffici tecnici regionali. Noi comunque salutiamo con vivo interesse la prossima conferenza dell'Adige. Io a questo proposito non sarei così pessimista, come ha dimostrato di esserlo il collega prof. Corsini. La conferenza dell'Adige è una meta che il nostro governo regionale si era prospettato, anche prima delle alluvioni, e che vediamo con vera soddisfazione e con piacere andare finalmente in porto, per lo meno come prima fase di studio. Che noi siamo così ingenui da pensare che in due giorni si sistemi il bacino imbrifero dell'Adige, da Resia fino a Mori — perché è quello che particolarmente ci interessa — per una superficie, che, se non vado errato, è di 10.400 Km. quadrati; io penso che sia un po' difficile pretendere, da due giorni di studio, che tutto si realizzi e che si esca da queste due giornate con le idee chiare e con le

prospettive sicure e con un metodo di lavoro con un programma di lavoro, che poi possa essere via via nel tempo — naturalmente denaro permettendo — realizzato. Sarà questa conferenza dell'Adige un primo motivo o per lo meno un'occasione buona perché gli elementi che possono venire presi in esame da questa commissione di tecnici, e non di politici, siano esaminati con il rigore scientifico che è caratteristico del metodo usato da questi tecnici, e possa dare poi qualche effetto, effetto in cui noi confidiamo. Io francamente non voglio polemizzare con il collega Corsini, che fra il resto non è presente, ma diffiderei da una conferenza dell'Adige che fosse composta da politici, da uomini che, pur tecnici, siano inviati in questa commissione dai gruppi politici. Io penso che il governo regionale, che la Giunta abbia scelto, nei limiti delle sue competenze e possibilità, degli uomini che siano all'altezza del loro compito e che evidentemente diano al governo regionale e rispettivamente al governo nazionale delle indicazioni precise di ordine tecnico, per realizzare poi quelle opere che è indispensabile realizzare in questo delicato settore. Io son ben convinto che si potrebbe fare anche un'altra discussione di carattere politico, come quella che abbiamo fatto in Consiglio regionale, su questo argomento: se ne possono fare anche due. Io veramente non avrei nulla in contrario di rifare questa discussione, ma non vedrei, nell'ambito della conferenza sull'Adige non vedrei volentieri un'impostazione che fosse di natura, di carattere politico, che verrebbe poi a concludersi in un dibattito su difese, autodifese, recriminazioni, che non approderebbero certamente a nulla di concreto. Io ritengo e ho fiducia — mi si consenta questa fiducia — che sia un esame accurato dell'argomento e che non si limiti soltanto all'asta dell'Adige, da Resia fino a Mori, ma che abbracci

un po' anche tutto il resto del bacino dell'Adige, che, abbiamo detto, interessa tutta la nostra regione per vastissime zone. Del resto è risaputo che l'Adige, da Mori fino alla foce, anche se il suo percorso è molto più lungo che nella prima parte, non è più soggetto a pericoli così gravi come nella prima parte, in quanto c'è quella famosa opera idraulica, la galleria Adige-Garda, che riesce veramente a salvare la pianura nel momento in cui le piene si presentano, si prospettano; parte dell'acqua viene convogliata verso il Garda, bacino immenso, e questo evidentemente non è che lo dica per mie conoscenze tecniche, ma perché anch'io mi interesso di queste cose, leggo, e qualche cosa riesco anche a portar via . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): Come l'Adige?

MARGONARI (D.C.): Naturale, come l'Adige, come l'Adige.

Lo studio idrogeologico della nostra zona è oggi più che mai indispensabile, ho già detto prima, soprattutto perché forse da molto tempo uno studio di questo genere, uno studio organico non viene fatto, e anche perché dopo le recenti alluvioni c'è stato uno scardinamento generale, e fenomeni di frane, di smottamenti, di asportazioni di materiali, di case, hanno fatto sì che veramente ci sia oggi la necessità di un intervento, il più presto, il più sollecito possibile. Abbiamo a disposizione — e penso che la conferenza dell'Adige possa anche far tesoro di questi elementi, di questi dati — abbiamo a disposizione documenti che abbracciano un periodo di tempo che è di circa un secolo. Nel nostro ufficio del Magistrato delle acque abbiamo dati che risalgono al 1860, ancora dati raccolti durante il periodo auto-

ungarico e dopo, dati che riguardano precipitazioni, fenomeni di piene, inondazioni, che riguardano tutto il periodo della metà del secolo scorso fino ad oggi. Penso che gli studiosi possano far tesoro anche di questi elementi, oltre che di studi sul terreno, sulla geologia, sui ghiacciai, su tutto ciò che ha direttamente o indirettamente maggiore o minore influenza sui fenomeni che stiamo trattando. Quindi è uno studio che dovrebbe riuscire interessante e che potrebbe anche portare qualche giovamento. Io non mi dilungo evidentemente su queste cose, dico solo che anche recentemente so che studi di questo genere vengono fatti, anche prima e contemporaneamente agli studi che vengono fatti dai nostri uffici tecnici, anche dalla Camera di commercio di Bolzano, la quale ha pubblicato recentemente un interessante opuscolo, che io ho avuto occasione di leggere in questi ultimi giorni, che tratta proprio di tutti gli aspetti di questo importante e complesso problema: gli aspetti geologici, gli aspetti idrici gli aspetti di precipitazioni, piene e tutto ciò che è inerente all'oggetto che verrà trattato nella conferenza dell'Adige. Lo studio che io cito è stato pubblicato, ripeto, recentissimamente, in gennaio, dalla Camera di commercio di Bolzano, a cura degli ing. Martinelli, Perwanger e dott. Stakul. Io ritengo che non soltanto questo, che pure è molto aggiornato e notevole per la serietà dell'impostazione, ma anche altri studi possono essere tenuti in considerazione dai nostri uffici tecnici, ai fini di un'impostazione organica di questo importante problema.

Un aspetto poi che desidero sottolineare al signor assessore, è di tenere il più possibile i contatti col centro, per quel che concerne l'esito delle due leggi a cui abbiamo prima fatto cenno. Qui evidentemente non può la Regione da sola affrontare queste enormi

spese, con tutta la buona volontà. Noi dovremmo tenerci vicini al centro, e vedere in che modo sarà possibile per la nostra zona fruire dei 200 miliardi — che poi si riducono, per quel che riguarda le opere idraulico-forestali, al 110 — e rispettivamente poi, per l'altra legge, che penso sia ancora più notevole, quella sulla sistemazione del suolo, in modo che la nostra regione abbia il maggiore contributo possibile, il maggiore aiuto possibile dallo Stato per la sistemazione del nostro suolo e per la risoluzione, per lo meno per quanto possibile, di questo importante problema. Del resto io ritengo che opere di questo genere non debbano essere poste fra le opere improduttive. Purtroppo, quando le inondazioni non ci sono, sembra che l'urgenza in altri settori sia tale da non consentire spese che sembrano improduttive, che sembrano inutili. Quando l'inondazione non c'è, evidentemente c'è il commercio, c'è l'industria, c'è l'agricoltura, ci sono tanti altri settori che hanno bisogno di interventi immediati e, si ritiene, produttivi. A questo proposito io vorrei un po' ripetere quanto ha detto ieri nella relazione l'assessore Segnana. Ci sono delle spese che sembrano, lì per lì, improduttive, in quanto sono a lunga scadenza, e forse noi siamo distolti dal farle, dall'affrontarle, perché la risoluzione, i frutti li vediamo molto lontani, mentre invece penso sia saggio considerare produttivo anche questo aspetto di spese a lunga scadenza, tipo agricoltura e — stiamo parlando di questo argomento — proprio tipo lavori idraulico-forestali, che a dir la verità sono produttivi. Quando si vede l'effetto così drammatico, così tremendo di un'alluvione, si vede quanto è produttivo il cercare in tutti i modi, nei limiti del possibile, di preservarci, di difenderci. Per questo io ritengo che sia produttivo per la montagna, per le valli e per

la pianura, che noi questo denaro lo spendiamo. Per questo insisto che non è soltanto problema nostro, non è soltanto problema regionale, ma è un problema nazionale, e del resto il Governo ha dimostrato di comprenderlo come tale, mettendo allo studio due importanti disegni di legge, che io ho citato, ripetendo quanto ha detto precedentemente il signor assessore. Del resto c'è poi anche un altro aspetto, che è quello della occupazione. Durante i lavori per il ripristino di opere idraulico-forestali, per la costruzione di nuovi impianti idraulico-forestali, per l'imbrigliamento di torrenti, per l'arginatura di torrenti e di fiumi, evidentemente c'è bisogno della manodopera — mi pare che questo non sia neanche il caso di sottolinearlo — manodopera che, se ho ben capito quanto ha detto lo assessore nella sua relazione, dovrebbe impiegare ben mille unità lavorative in questa nostra regione, che soffre anche del fenomeno negativo della disoccupazione. Anche questo non è un aspetto da trascurarsi, vicino all'altro fondamentale, che è quello della sistemazione idraulico-forestale. Senza contare che — anche qui ripeto quanto è stato detto dall'assessore — se quell'accordo con gli uffici statali, con il Genio civile, potesse venire in porto, per il passaggio alla Regione di determinati corsi d'acqua, allora il numero degli uomini che dovranno lavorare in questo settore per questi lavori e le ore lavorative conseguenti potranno essere in numero ancora superiore.

Questo io ritenevo di far presente all'assessore, prima di tutto per sottolineare gli aspetti molto positivi della sua relazione e della sua opera, del suo lavoro, e in secondo luogo per raccomandargli, quanto è nelle sue possibilità, di tenersi in contatto con Roma per quel che riguarda i due disegni di legge prima

citati, e per vedere con gli uffici statali di eliminare certi attriti, certe incomprensioni, che possono nascere per via della questione delle competenze. Ci troviamo di fronte a lavori che devono essere fatti, e qualche cosa evidentemente bisogna sacrificare da una parte e dall'altra, perché le cose vengano effettivamente fatte nel minor tempo possibile, salvo naturalmente restando anche la forma, alla quale evidentemente non possiamo venir meno, se vogliamo che le cose non subiscano poi strascichi amministrativi, che possono portare anche notevoli nocuenti al nostro lavoro.

Concludo, ringraziando l'assessore per quanto egli ha riferito, e ripetendogli quelle raccomandazioni che io ritengo utili per conto mio che egli tenga presenti.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Bolognani.

BOLOGNANI (D.C.): Brevemente, signor Presidente e signor assessore, alcune considerazioni. I problemi della montagna sono importantissimi nel Trentino-Alto Adige, dove il territorio è essenzialmente montano, basti pensare che il 77% giace al di sopra dei 1000 m. e la estensione di piano che abbiamo si riduce, come superficie territoriale, appena a pochi fondovalle, pari a un 2%, per cui il 98% è distribuito sugli scoscesi fianchi vallivi. Conosciamo tutti che questo territorio, per la sua natura in valli diversamente orientate, con clima più vario, anche con piovosità varia, è esposto fortemente al degradamento atmosferico e all'erosione idrica, da cui solo in parte protetto dal bosco e dalle cotiche erbose dei pascoli alpini. Gli effetti di questa protezione, che si misurano non solo qui ma anche nella vicina pianura padano-veneta, oggi non basta-

no più basta aver riguardo alle alluvioni recenti, per comprendere come queste protezioni, che in passato, per lunghi decenni, sono stati sufficienti, oggi non lo sono più, per cui è indispensabile un intervento di sistemazione idraulico-forestale e idraulico-agraria notevole. Di qui l'importanza di una sala gestione delle competenze di un assessorato foreste dell'economia montana. Da noi si è soliti distribuire il territorio, la superficie agraria utile, in tre zone: la frutticola e intensiva, quella a ordinamento colturali misti e una zona zootecnica silvo-pastorale boschiva. E così io, da profano, pensavo che solo la terza zona fosse interessata a bosco, mentre osservando degli studi ho notato che il bosco ha un'incidenza maggiore nella prima zona, quella frutticola intensiva, dove assume un valore del 50%, mentre nella terza zona è appena un 40%. Si può dire pertanto che da parte del suo assessorato l'attenzione va rivolta a tutto il territorio regionale. Se guardiamo anche i dati in ettari di superficie agraria forestale, noi vediamo che su 1 milione 137 mila ettari, ben più di un milione sono destinati a bosco, pascolo, distribuito fra i 600 mila ettari di proprietà dei comuni, frazioni ed altro, e oltre 400 mila ettari di privati o di associazioni. Questi dati, molto confusi e schematici, ci fanno comprendere quale debba essere l'attenzione della Giunta regionale, dell'assessorato responsabilizzato di questo problema, nei confronti dell'economia regionale in genere e montana in particolare, per cui possiamo fare delle raccomandazioni, raccomandazioni cui altri hanno accennato, ed anche lei, signor assessore, ne ha accennato nella sua relazione, ma io intendo sottolineare. Innanzitutto dovrà essere sviluppata un'azione per valorizzare notevoli superfici boschive, specie di zone collinari destinate a boschi cedui, e che si presentano, almeno in

buona parte, a essere sensibilizzati a colture boschive più valide e più redditizie. Dovrà essere anche realizzata, con mezzi adeguati alla imponenza del problema, una valida politica di interventi per lo sviluppo della viabilità montana a servizio dei boschi, delle malghe, delle aziende boschive in particolare, senza della quale non c'è una silvicoltura redditizia, non si sviluppa una apicoltura redditizia; ma è importante anche — e lei ne ha accennato stamattina nella sua relazione — per il turismo, importante anche socialmente per consentire i collegamenti di insediamenti agricoli sparsi, di media ed alta montagna.

Il cons. Volgger stamattina, citando un ordine del giorno del suo partito, raccomandava una più intensa azione per la viabilità interpodereale: ciò mi trova consenziente, tanto più che a Bolzano, proprio per la natura del suo Labitat, una necessità maggiore di queste strade esiste effettivamente. Non parlo poi della necessità di coltivare meglio una politica in favore dell'approvvigionamento idrico. Si tratta di infrastrutture che sono da considerare prioritarie rispetto al riassetto delle aziende forestali o foraggiere di alta montagna. Per stare all'economia tipica del bosco, raccomandando ancora che sia aumentata e meglio strutturata la dotazione legnosa dei boschi di alto fusto e che vada avviata verso forme colturali basate, diremo, su una selvicoltura adatta all'ambiente, al fine anche di aumentare il reddito e migliorare le condizioni del bosco, da un punto di vista sanitario, ma soprattutto in funzione della sua natura di difesa idrogeologica. Quindi è da segnalare la necessità di rinfoltire con piantagioni più appropriate notevoli estensioni di bosco, in genere di proprietà privata o di piccole associazioni, al fine di renderle adeguate alle possibilità ecologiche, per consentire un miglioramento di questo bosco.

In particolare poi è da raccomandare il rimboschimento delle superfici nude che stanno al limite della vegetazione a notevoli altitudini, in quanto rappresentano una protezione di quei territori di altitudine notevole e nello stesso tempo sono protezione delle zone boschive sottostanti, in genere meglio dotate, e ciò perché fino ad oggi molte volte lo sregolato esercizio del pascolo da parte del bestiame in alpeggio ha rovinato quelle superfici.

Le malghe: io non approfondisco questo tema, ma nella apicoltura queste rappresentano uno dei cardini fondamentali, per cui se una buona volta da noi si affrontasse — in provincia di Trento, in particolare — il problema delle malghe con una maggiore attenzione, noi potremmo vedere a breve distanza di anni aumentare le disponibilità foraggiere, assicurato un miglioramento funzionale di queste vaste aree, proprio ai fini anche di uno sviluppo zootecnico. È pacifico che bisognerà affrontare tradizioni che consentono e permettono ancor oggi, negli anni in cui viviamo, una conduzione patriarcale delle stesse, e che se possono essere folcloristiche e piacere al turista che ogni tanto ci passa, non sono però soddisfacenti da un punto di vista di redditività. A questo proposito bisognerà vedere anche quali remore e quali impacci arrechino a questo miglioramento aziendale, nel senso di dar maggiore funzionalità alle malghe, una serie di diritti di uso civico che generalmente gravano su queste aziende.

Il collega Margonari ha toccato il problema idraulico ed anch'io mi sento in dovere di chiedere, di raccomandare la massima attenzione al problema della sistemazione idraulico-forestale dei bacini montani, al fine di eliminare o almeno di attuare — perché si tratta di un'opera probabilmente notevole, che forse va oltre anche la nostra generazione — quel no-

tevole difetto idrologico che si riscontra in molte vallate. Sappiamo tutti che questa opera costituirà di per sè una valida prospettiva di sviluppo, in quanto da essa dipende la sicurezza fisica del territorio, la conservazione e il funzionamento delle strutture, delle attrezzature sociali delle comunità. E solo facendo questa elimineremo nel futuro gravi perdite di capitali fondiari, di capitali di esercizio, di scorte di prodotti, ecc., quali sono quelle che sono state qui denunciate a seguito delle alluvioni più o meno recenti.

Per concludere io vorrei sottolineare due principi che dovrebbero animare il legislatore, noi in quanto legislatori, l'ente pubblico, lo Stato, in quanto legislatore, e soprattutto l'amministratore, nel considerare i problemi della montagna. Si tratta di due principi — non so se sarò abile nel presentarli bene — che, tenuti presenti, potranno farci intravedere la soluzione dei secolari problemi della montagna, che altrimenti non sarebbero che risolti parzialmente, nonostante le notevoli cifre di intervento. Se guardiamo solo le cifre di intervento solo sulla legge della montagna, dal periodo del suo funzionamento al suo scadere, noi vediamo oltre 12 miliardi 615 milioni di lavori fatti, con contributi di 5 miliardi 762 milioni. E nell'ordine troviamo anche una logica di intervento: 5 miliardi 662 milioni di lavori di fabbricati rurali, poi troviamo bonifiche di pascoli montani per 2 miliardi 266 milioni; 2 miliardi 40 milioni per strade e teleferiche, poi vengono acquedotti, ecc. Però direi che non notevole, non decisivo è l'intervento sulla montagna, se non si ha riguardo a questi due principi che adesso enuncio: anzitutto la montagna, i problemi della montagna, secondo me — e anche nella sua relazione, assessore, mi pare di averlo notato — non vanno visti in funzione della sola economia

agricola-silvo-pastorale, cioè dell'azienda agricola, del reddito dell'azienda boschiva. Sarebbe secondo me un grave errore se il legislatore, l'amministratore considerasse i problemi della montagna solo da questo punto di vista. Perché bisogna tener presente che c'è una penetrazione notevole tra settori economici, e qui la necessità di vedere anche i problemi della montagna in funzione, tanto per citarne uno dei più fondamentali, in funzione delle possibilità turistiche della montagna, con tutta la gamma di aziende, di industrie connesse a questo settore. La montagna è ricercata dallo sportivo dell'alpinismo, dell'amante dello sport della caccia, della pesca, degli sportivi della neve, che ogni anno crescono sempre di più, da chi viene per consumare il suo tempo libero e cercare il rilassamento; è praticamente la terra delle vacanze la montagna. È quindi una miniera da valorizzare in questo senso, con servizi recettivi, con infrastrutture, con parchi naturali o attrezzati; è una zona da dotarsi di un artigianato tipico locale. Quindi l'economia della montagna va considerata globalmente, considerando tutti i settori: primario, secondarie, un po' meno il terziario. Tutti i settori economici quindi meritano particolare considerazione, e se il primo, cioè l'agricoltura, la azienda silvo-pastorale, l'azienda boschiva, sono quelle che devono tirare per forza di cose la maggior attenzione, gli altri però non sono da meno e non vanno abbandonati.

Un secondo principio, secondo me, è che la montagna non va vista a sè, cioè non si può dire: il problema della montagna nasce, si sviluppa, si chiude al di sopra dei 300, dei 400 metri; sappiamo che la montagna è una zona caratteristica, è una zona generalmente ancora depressa, almeno per certe zone, però non dobbiamo vedere il problema della montagna nascere e finire lì, ma dobbiamo vedere la

montagna integrata anche con il piano, e questo a maggior ragione da noi. È vero che noi siamo tutti in montagna, però c'è anche un piano, cioè un'asta dell'Adige; ci sono poche zone che possono rappresentare dei poli di pianura e quindi tutta questa asta dell'Adige e certe poche zone ben individuate, poli di sviluppo, che sono da considerare in funzione complementare della montagna. Sappiamo che nella zona a economia silvo-pastorale, quindi tipica della montagna — tanto per rifarmi alla distinzione del territorio, della superficie che avevo prima dato, — esiste una ruralità, per esempio, del 36,9%, contro un 22,7 per cento della prima zona, quella ad agricoltura intensiva. E di qui ecco un grosso problema che viene posto, quello dell'esodo della popolazione, di tutta quella in soprappiù, di quella che non trova l'occupazione nell'industria terziaria molto ben ubicata in montagna, e che solo se parte consente alle aziende silvo-pastorali di montagna una migliore ristrutturazione; di qui i moti pendolari di quella popolazione, che non può essere occupata nelle industrie turistiche locali. Per cui penso che solo rendendo la montagna integrata nel piano, il problema della montagna secondo me si risolve validamente. La montagna potrà essere per molti residenti, le aziende agricole potranno integrarsi solo se il piano è adattato, se è vista globalmente l'economia di un territorio; le aziende agricole potranno integrarsi con redditi turistici — e lo fanno già — ma anche con redditi industriali, potranno, cioè diventare, almeno parte di azienda, cioè quelle che non sono una unità economica funzionale, potranno essere aziende a tempo parziale, come si dice, e di qui quindi la necessità di vedere il sorgere di una industrializzazione, in certi fondovalle, il sorgere di grosse infrastrutture — strade, servizi pubblici — che favoriscano il moto pen-

dolare di gente che viene a lavorare al piano, e contemporaneamente essere la naturale via dell'afflusso dal piano alla montagna per il movimento turistico.

Pensiamo poi a certi tipi di industrie, che stanno al piano e che danno lavoro a domicilio fuori. Se noi guardiamo una buona parte dell'economia giapponese, zona montagnosa, lì ci sono i grossi centri, ma se noi guardiamo le statistiche della gente impegnata in lavoro a domicilio vediamo che è notevole. Infatti oggi non è solo il settore tradizionale dell'abbigliamento che dà lavoro a domicilio, ma anche per esempio molte industrie elettriche. Oppure guardiamo anche all'Appennino emiliano, che trova complemento nella pianura per lavoro a domicilio.

Ecco, questo volevo dire: che il problema della montagna non va visto a sè, ma va visto coordinato, almeno a livello di un governo regionale, coordinato con i problemi del piano. Penso quindi che se la Giunta, se gli enti pubblici — Stato, Regione, Provincia, gli enti pubblici preposti al governo della cosa pubblica, e in particolare anche lei assessore, in base alle sue competenze — terranno conto di questi principi discutibili, ma che io ritengo abbiano una certa validità, si potrà fare una valida politica della montagna e avviare a soluzione i problemi della stessa, che forse, prima ancora che tecnici ed economici, sono sociali, perché al fondo di ogni nostra considerazione politica sta l'uomo come centro che muove la nostra attività e il nostro impegno.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Signor Presidente, prima di iniziare il mio intervento, vorrei pre-

garla se gentilmente, al momento in cui lei ritiene opportuno, anche per necessità della riunione dei capigruppo, volesse interrompermi per poter proseguire poi la prossima seduta.

Il bilancio dell'assessorato all'economia montana e foreste costituisce senz'altro uno dei pilastri della amministrazione regionale, per la sua importanza politica, finanziaria ed economica. Ma, signor assessore, non ne abbia a male, se definisco il suo bilancio l'immagine riflessa, per quanto ingrandita, della fisionomia del bilancio generale di questa Regione. Se il bilancio della Regione è stato definito da noi un bilancio di ordinaria amministrazione, in maggiore misura questa caratteristica è presente nel suo assessorato. Lo definiamo bilancio al di sotto della normale amministrazione; bilancio di emergenza, bilancio della fiducia. E ci tengo a chiarire: emergenza, in quanto molti eventi e molti fattori nuovi sono sopravvenuti proprio in seguito a fattori di emergenza, di estrema urgenza, di necessità contingente, sviluppatasi o creatasi dopo l'approvazione dell'ultimo bilancio, dopo quindi l'esame politico da noi svolto sull'ultimo e penultimo bilancio di questo assessorato. Bilancio di fiducia. Se esaminiamo i vari capitoli di stanziamenti e di finanziamenti in esso contenuti, risalta subito alla nostra attenzione un fatto che è questo: la riduzione dei finanziamenti, la soppressione di capitoli, che indicano la mancanza assoluta di una propria politica, la mancanza assoluta di un potere e di una potestà regionale o assessorile, diciamo così, di fare una propria programmazione con proprie rispettive linee di indirizzo economico, politico e sociale, nell'ambito di questa competenza; un bilancio che si basa quindi sulla fiducia di possibilità e di potere di intervento, che sono al di là del presente, che poggiano sulla possibilità, sulla buona fiducia — l'on. assessore ci ha anche informati a titolo di cronaca — in

quella che può essere la partecipazione dello Stato nella elaborazione o nella realizzazione di una determinata politica in questo settore. Cioè l'assessorato è privo di una potenza propria, è impotente sotto il profilo di una impostazione sua nel settore così valido e così importante, come è il settore dell'economia montana e delle foreste. Parliamo più di economia montana che di foreste, perché non vorrei in nessun modo che si confondesse e che si riducesse l'importanza di questo assessorato, attribuendo allo stesso la competenza di gestione, di amministrazione, di sorveglianza, di politica sulle foreste. È l'assessorato all'economia montana alla base di questa politica che deve seguire l'assessore, che seguiamo noi con tutta la nostra diligenza possibile; non sono le foreste, ma sono gli uomini, l'uomo che abita nel territorio della regione Trentino - Alto Adige, che in prevalenza è territorio montano, che in prevalenza è territorio economicamente e socialmente depresso, più depresso di qualsiasi altro territorio nell'ambito del nostro arco alpino, è l'uomo che deve essere preso di mira, prima di ogni e qualsiasi altra considerazione che si debba e si possa fare. È il più importante assessorato abbiamo detto, ma manca di una sua propria politica, manca di una sua propria linea. Se questo l'abbiamo detto in sede di discussione del bilancio generale della Regione, lo diciamo con sottolineatura in questo particolare settore della politica della Regione, che è quello dell'economia montana: manca di una propria politica. Un articolo dopo l'altro, o che è ridotto, o che è soppresso, o che è messo per memoria; non è dotata la amministrazione di questo assessorato di suoi mezzi, di sue prospettive, di suoi indirizzi. Attendiamo quello che verrà attraverso il Piano Verde, attendiamo quello che verrà attraverso gli stanziamenti delle leggi pro alluvioni, attendiamo di poter

operare in questo settore attraverso i fondi che verranno stanziati dalla nuova legge sulla montagna, attendiamo in poche parole quello che è l'intervento dello Stato, attendiamo la benevolenza dello Stato. Su questa fiducia noi operiamo. Null'altro. Mi sembra che questo sia troppo poco. Mi sembra che non si possano sprecaire gli anni e deludere le attese, le aspirazioni delle nostre popolazioni di montagna, nella prospettiva, anche se reale in determinati casi, di interventi, di finanziamenti, di mezzi. Questo ci sembra che sia troppo poco.

È stato parlato a lungo di quella che è l'economia delle foreste, ripeto, confondendo e attribuendo a ciò troppa importanza. Tuttavia esaminiamo quale è la prospettiva per questo settore nella nostra regione: le foreste — innanzitutto richiamandoci alle foreste demaniali, per dare subito una risposta al consigliere liberale, prof. Corsini — previste dall'art. 58 dello Statuto di autonomia come passate, e come effettivamente sono passate, alla Regione, non ci devono creare illusioni di nessun genere. Non dobbiamo ritenere che questo passaggio di proprietà e di competenza, in questo caso di proprietà assoluta, di un patrimonio, così definito troppo roboantemente anche dal prof. Corsini e sottolineato fin troppo, questo passaggio di un patrimonio come quello delle foreste demaniali, costituisca chissà quale vantaggio e chissà quale partita attiva nell'ambito di tutte le nostre competenze, nell'ambito di tutta la politica economica della nostra regione. I signori consiglieri ricordano, ognuno a seconda delle zone in cui è vissuto e che conosce, che non molti anni fa, non troppi anni fa, le foreste non costituivano nemmeno un minimo di presupposto, di ambizione, da parte delle popolazioni, al punto che venivano molte volte rifiutate le eredità o il passaggio di proprietà delle foreste stesse, poi-

ché costituivano una parte passiva. Ora non è così, non è che sia una parte passiva, ma non è nemmeno che sia una parte così attiva, come si vuol far credere attraverso la disquisizione e le dimostrazioni che sono state apportate dal prof. Corsini. Io avrei preferito che al posto delle foreste demaniali ci avessero consentito di poter ottenere, quale competenza per la nostra regione, a titolo di statuto di autonomia, qualche cosa d'altro; per esempio la facoltà di disporre dello sfruttamento delle forze delle nostre acque, dell'energia elettrica, o tante altre competenze che sarebbero state più valide e più attive sotto il profilo economico. Ma forse, attraverso anche quelle che son state le consultazioni delle nostre rappresentanze politiche di quel tempo, si è deciso di accettare, non richiedere, ma accettare, anche con una certa rassegnazione e buona volontà il passaggio di questa competenza, in quanto ciò consente alla Regione di curare più agevolmente quelli che sono gli interessi non direttamente visti sotto il profilo economico delle foreste stesse, ma gli interessi indiretti che derivano da una buona coltivazione delle foreste, da una buona salvaguardia di questi patrimoni, allo scopo di una migliore difesa del suolo. Esclusivamente a questo titolo io ritengo che noi dobbiamo accettare con entusiasmo la disciplina di questo settore, la competenza in questo settore, perché torna a tutto vantaggio di quella che si chiama la politica della difesa del suolo. Quindi interessi indiretti ingentissimi; interessi immediati, economicamente validi, diretti, io direi pochi, anzi non so se sbaglierò, quasi nessuno. Perché se noi andiamo a contabilizzare tutte le spese relative alla coltivazione, alla salvaguardia, alla disciplina di tutto il patrimonio forestale, quello a titolo di proprietà regionale, chiamato demaniale, e tutte le foreste private e degli enti locali, pen-

so che la partita attiva si riduca a ben poco. E se non sbaglio, vorrei persino arrivare a dire che il complesso, eccezion fatta per quelle zone specifiche, specializzate e da tempo industrializzate, a parte cioè qualche rara eccezione di zone particolari, il complesso è da considerarsi passivo. Basta arrivare a contabilizzare quali sono gli oneri che ricadono su questo settore, dovuti al mantenimento dei custodi comunali, se fossero pagati come richiedono le tariffe sindacali. Contabilizzate gli oneri di stipendi, salari e gli oneri sociali di tutti i custodi comunali, di tutte le guardie forestali che sono a carico della Regione, poi conosciamo quali sono gli oneri dei nostri funzionari, tutte le spese inerenti al trasporto, esbosco, ecc. del legname, e vediamo che per il legname prodotto, i 600 mila mc. di legname prodotto, più qualche migliaio di mc. di legna da ardere, vediamo che non c'è da rallegrarsi, perché questo settore noi lo consideriamo non economicamente attivo, ma lo consideriamo valido sotto un profilo generale. Per dire al prof. Corsini che il suo ragionamento può e dovrà senz'altro essere valido se lo intendiamo volto esclusivamente alla ricerca di tutte quelle possibili manovre o di quei possibili accorgimenti che possono ridurre la spesa per la gestione, mettiamo in questo caso delle sole foreste demaniali; valido il discorso perché mai si riuscirà a sufficienza a individuare, mai cesserà l'obbligo di ricercare quei metodi più economici per la gestione delle segherie, dell'esbosco.

Desidero dare una risposta al prof. Corsini — non una risposta; la risposta spetta logicamente all'assessore — fare un'osservazione su quanto è stato detto in merito alla economicità della gestione delle foreste. Il prof. Corsini ha esplicitamente parlato delle foreste demaniali; lo stesso discorso può valere per tutto il resto delle foreste, indipendente-

mente dalla proprietà, e ritengo valida, ultra-valida la necessità di ricercare sempre più i migliori sistemi di gestione. Quale ex assessore di questo campo, ho avuto modo di indicare a suo tempo quali potevano essere i sistemi per una resa e per una economicità migliore nella gestione di questo importante settore; ripeto, non importante sotto il profilo economico, ma importante sotto un profilo generale, globale per la salvaguardia di un patrimonio, che non è quello forestale, ma è quello del suolo. E ho avuto modo di far presente che non sono i 3 mila, i 6 mila, né i 9 mila mc., e nemmeno il totale dei 30 mila mc. di legname delle foreste demaniali, che possono rivoluzionare un sistema, onde rendere, in questo caso sì, economico e attivo il bilancio di tutto questo insieme. E ho avuto modo di rispondere a suo tempo che i 100 mila mc., come è stato rilevato attraverso indagini e studi fatti dall'assessorato, potrebbero giustificare una rivoluzione nella gestione, nella lavorazione più che nella gestione, o anche meno di 100 mila, anche 50 mila mc. sarebbero sempre qualche cosa di più economicamente valido, agli effetti di una migliore gestione e migliore lavorazione, sotto il profilo della resa economica; quantità di cui noi non disponiamo, di cui non disporremmo nemmeno se potessimo aggiungere, a quelle che sono le nostre provvigioni, e provvigioni degli altri comuni limitrofi ai nostri centri di proprietà, alle nostre zone di proprietà del nostro demanio forestale. Non ci si arriverebbe comunque, ma a parte questo, io ritengo che accorgimenti di altro genere possano essere individuati, certamente non con la costituzione di un'azienda speciale o non soltanto con la costituzione di un'azienda speciale per la gestione e l'amministrazione delle foreste demaniali, ma quotidianamente, continuamente, col procedere dell'esperienza e col procedere del

tempo, si possono rinvenire vari piccoli accorgimenti per ridurre quelle che sono le spese. Perché se le spese per i comuni sono di tre terzi, prendendo come termine di paragone un intero, preso dal prof. Corsini, e due terzi sono le spese per la lavorazione dello stesso prodotto per l'ente pubblico, io penso che questi due limiti possono essere ravvicinati, nel senso di portare una migliore gestione e minore spesa nell'ambito dell'ente pubblico. Io sono sempre convinto che una gestione, un'amministrazione di un ente pubblico, costi sempre di più di quella che possa essere l'iniziativa privata. Ecco che il prof. Corsini ha lui stesso pronunciato il giudizio, il parere, che consiste nell'affidare alla gestione privata, all'iniziativa privata questa amministrazione, il che non è possibile; avremo allora la necessità di cedere il patrimonio. Siamo necessariamente legati ad un'amministrazione di carattere pubblico e sappiamo — se non lo sanno certuni e non lo vogliono credere certuni, io sono di questa convinzione — che la amministrazione fatta dall'ente pubblico è sempre più costosa. Non dico che l'ente pubblico non riesca a evadere il fisco e l'iniziativa privata evada il fisco, non lo affermo, e non affermo nemmeno che il privato paghi meno di quanto paga l'ente pubblico, ma non affermo neanche che gli oneri sociali costino di più al privato che all'ente pubblico. Ciò nonostante esiste questo dato di fatto, che l'ente pubblico costa sempre di più di quanto costi il privato nel fatto di gestione e di amministrazione di qualsiasi cosa e di qualsiasi attività.

Le competenze che ha questo assessorato, l'assessorato all'economia montana, abbiamo detto, non devono essere confuse con le competenze relative all'amministrazione delle foreste demaniali. Prendiamo tre comuni, i più grossi del Trentino: questi amministrano di

più, hanno maggiore patrimonio di quello che è il patrimonio della Regione. Tre comuni dei più grossi dispongono di più patrimonio di quello che è il patrimonio regionale. È una errata interpretazione quella di dire: la Regione dispone di un patrimonio forestale, incidiamo in questo patrimonio al momento in cui non dovesse quadrare il bilancio, facciamo un taglio straordinario. Di quelle frasi e di questi propositi ne sono stati enunciati in questa sede, ma io dico che questi giudizi e queste impostazioni sono assolutamente da scartare, sono assolutamente errate. Io vorrei che il signor assessore lo dicesse con queste stesse parole che ho detto io, perché io sono convinto che l'assessore è della stessa idea, deve esserlo, altrimenti non sarebbe obiettivo, il che non metto nemmeno nel minimo dubbio.

Le foreste dei comuni, le foreste dei privati: su queste foreste che cosa noi dobbiamo fare? Quale è il compito della nostra regione? Signori, non quello di incentivare la erosione di questo patrimonio, non quello di accondiscendere alla politica purtroppo tentata e tentata dagli amministratori comunali, quella di incidere nel patrimonio forestale per la normale amministrazione o anche per la straordinaria amministrazione nei bilanci dei comuni. Signori, il 4 novembre, se non qui da noi in altre zone, ma anche qui da noi, è sopravvenuto, almeno in gran parte, proprio per questa politica, che la Regione del Trentino - Alto Adige ha però difeso nel corso della sua esistenza. Ma sta di fatto che le zone a mancata vocazione forestale hanno contribuito moltissimo a quelle che sono state le conseguenze delle precipitazioni atmosferiche abbondanti del 4 novembre, cioè le alluvioni devono andare a ricercare le loro origini e le cause in una politica di esbosco eccessivo o di tagli eccessivi

che sono stati effettuati nel corso dei tempi passati. La Regione ha tenuto duro e io raccomandando al signor assessore di fare quanto ha fatto in questi ultimi tempi e di seguire l'indirizzo politico generale in fatto di tutela del bosco in questi ultimi vent'anni. Tenere duro, non arrivare a una politica di commiserazione e non lasciarsi sensibilizzare da quelle che possono essere le richieste e dei comuni e dei privati. Perché dobbiamo dire loro chiaramente: il bosco non ha una funzione né capitalistica, né una funzione politica di erosione e di sfruttamento, ma il bosco ha la esclusiva funzione della difesa del suolo. Se il bosco ci dà qualche reddito, ben venga, ce lo dà e ce lo darà sempre, ma la funzione base del bosco è quella del mantenimento della difesa del suolo e niente altro. Se bisogni esistono, bisogni esistono per il nostro bilancio, bisogni esistono per il bilancio familiare delle aziende private di tutte le valli dell'Alto Adige dove prevale la proprietà privata e altrettanti bisogni esistono per i bilanci delle amministrazioni comunali del Trentino, di tutta la Regione comunque, ma diseduciamo questi amministratori, questi proprietari, dalla loro convinzione, non atavica, ma moderna, data dalla necessità, dal bisogno, di sfruttare troppo il bosco.

Io, visto il tempo che sta per scadere, mi limito a illustrare solo un problema relativo all'assessorato economia montana e foreste, chiedendo poi al signor Presidente di volermi concedere il rinvio a martedì. Un tema di straordinaria portata, proprio perché mi sembra di aver sentito, e mi sembra di sentire attraverso organi di stampa, giornali di opinione, giornali non di partito, giornali che hanno una voce anche decisiva sulla formazione dell'opinione in campo politico ed economico, che esista la tendenza a ridurre la necessità, in primo luogo, di ridurre i quadri del personale nel-

l'insieme di quello che è il servizio pubblico dello Stato, della Regione, ecc., degli enti, ecc., a tutti i livelli quindi. Non vorrei che la nostra Regione, non vorrei che lo Stato, vorrei che a nessun livello si arrivi a ridurre, a pensare minimamente di ridurre il potenziale personale nel settore forestale, nel settore agrario, come ebbi ieri a far rilevare all'assessore Segnana. Non dico che nell'assessorato o nella Giunta regionale di centro sinistra questo proposito sia nato; può darsi che questa infezione, questa tendenza, cerchi di penetrare anche nella nostra amministrazione. E vengo a spiegare subito quale è la nostra posizione e la nostra osservazione che in merito abbiamo fatto. Riteniamo che il personale forestale, come quello agrario, abbia le funzioni — anche sottolineate dal cons. Kapfinger, dall'assessore Brugger e da altri — di assistenza, di consulenza tecnica, di cura di tutti i problemi della repressione, alle contravvenzioni, alla tutela fisica del bosco, ma insegni inoltre alle popolazioni della montagna l'amore al rispetto del bosco, del suo sviluppo, del suo incremento; assistenza tecnica, consulenza perché il patrimonio boschivo, il patrimonio forestale in generale, venga conservato, rispettato, ma quello che conta, incrementato. Ho avuto modo ancora di far presente che siamo agli ultimi posti per quanto riguarda l'incremento del patrimonio boschivo. Anche noi come Regione, pur avendo fatto molto, siamo sempre ai margini di quella che è la assistenza tecnica, di quella che è la consulenza, di quella che è la cura, non solo del bosco, ma la cura dell'anima del bosco, cioè la educazione delle popolazioni a un maggiore rispetto e a un maggiore amore verso questo patrimonio, che è la salvaguardia del suolo nel suo insieme e che può anche costituire, con l'andare del tempo, una fonte di reddito; io non ci credo moltissimo, ma può sempre esse-

re considerata, sotto certi aspetti e per certe zone, una certa qual fonte di reddito. Ma per fare ciò occorrono anche qui i missionari, occorrono anche qui gli uomini, occorre il personale. Perciò non riduzione dei quadri del personale in questo settore, ma aumento. È questo un patrimonio che noi abbiamo per l'avvenire: una polizza assicurativa per i nostri figli, per la nostra terra, per il nostro patrimonio.

Vi do, signori consiglieri — il signor assessore ne è alla conoscenza — una piccola dimostrazione di quella che è la insufficienza della nostra spesa per quanto riguarda il mantenimento di un certo stock di personale adatto per la cura, la sorveglianza e la disciplina del settore dell'economia montana e foreste. La Regione Trentino - Alto Adige ha nel suo organico previsti 70 ispettori forestali; credo che i posti coperti siano un po' meno . . .

(*INTERRUZIONE*).

PRUNER (P.P.T.T.): Prego? 52. Sì, ecco 52 i posti coperti, 70 quelli previsti nell'organico. Ispettori forestali che curano l'alpicoltura, l'applicazione delle leggi speciali, la sistemazione idraulico - forestale, tutto insieme il patrimonio di questi 600 mila ettari di bosco. In media ogni ispettore deve salvaguardare 8500 ettari di bosco. La Svizzera, che ha 950 mila ettari di bosco circa ha 252 ispettori forestali cantonali, e n. 9 ispettori forestali

federali; media, un ispettore ogni 4 mila ettari di bosco. Lei, signor assessore, non sarà mai sprovvisto di documenti sufficienti per dimostrare che quanto si spende nella nostra regione per il personale forestale, per il patrimonio forestale in genere, per la politica forestale e dell'economia montana in genere, non è mai troppo. Anche se questa economia forestale non rende i miliardi, non rende in centinaia di milioni, come vorrebbe che rendesse il prof. Corsini, nonostante ciò bisogna che noi si spenda quello che va speso. La Germania ha 1816 laureati forestali, con un patrimonio boschivo differente di 7 milioni 100 mila ettari, però ha un tecnico forestale ogni 3800 ettari di bosco. La Francia, che ha un patrimonio forestale maggiore di 11 milioni di ettari, ha 1781 conservatori delle acque, delle foreste, ispettori forestali, e la media è di un ispettore ogni 6500 ettari; non molto rosea la situazione, ma sempre migliore della nostra.

PRESIDENTE: Il cons. Pruner sospende il proprio intervento. La seduta è tolta e il Consiglio riprende martedì. Porto i miei auguri per le feste pasquali a tutti i signori consiglieri, alla Stampa e agli impiegati.

Anche la seduta dei capigruppo è fissata per martedì alle ore 9,30.

Ore 18.35.